



**Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle**

Tätigkeitsbericht 2004

Tätigkeitsbericht 2004

Halle (Saale), im Mai 2005

Herausgeber:
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG HALLE - IWH
Präsident: Professor Dr. Ulrich Blum

Kleine Märkerstraße 8, 06108 Halle (Saale)
Postfach: 11 03 61, 06017 Halle (Saale)
Telefon: (03 45) 77 53-60, Fax (03 45) 77 53-820
Internet: <http://www.iwh-halle.de>

Druck: Druckhaus Schütze GmbH
Fiete-Schulze-Straße 6, 06116 Halle (Saale)
Tel. (03 45) 5 66 66-0, Fax (03 45) 5 66 66 66

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Über das IWH	7
Forschungsabteilungen	15
Konjunktur und Wachstum	16
Arbeitsmarkt	30
Regional- und Kommunalforschung	39
Strukturwandel	55
Mittel- und Osteuropa	66
Wissenschaftliche Konferenzen, Workshops, Gastvorträge	77
Publikations- und Vortragstätigkeit, Wissenschaftliche Beratung, Mitarbeit in Organisationen	89
Publikationen des IWH	90
Externe referierte Publikationen	99
Weitere externe Publikationen.....	101
Veröffentlichungen im Internet	104
Lehrtätigkeit	104
Ausgewählte Vorträge	105
Wissenschaftliche Beratung, Mitarbeit in Organisationen	117
Organisation des IWH	121
Organisationsstruktur	122
Mitglieder des Vereins	123
Vorstandsrat	125
Wissenschaftlicher Beirat	126
Vorstand	126

Am 1. November 2004 übernahm ich die Präsidentschaft des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle. Dieses Institut, das seit seiner Gründung viel Reputation aufgebaut hat und nachhaltig von seinem letzten Präsidenten, Professor Dr. Dr. h. c. Rüdiger Pohl geprägt wurde, stellt eines der wichtigen Zentren wissenschaftlicher Forschung und wirtschaftspolitischer Beratung in Deutschland dar. Dies ist ihm ganz besonders zu danken, aber natürlich auch den Mitarbeitern, insbesondere Herrn Professor Dr. Udo Ludwig, der das Amt des Präsidenten in der Übergangszeit vom Sommer 2004 bis zum Herbst 2004 vertrat.



*Professor Dr. Ulrich Blum
Präsident des IWH*

Fundierte wirtschaftswissenschaftliche Beratung wird in einer Zeit der schwieriger werdenden ökonomischen Orientierung immer bedeutsamer, damit sicher aber auch kontroverser. Das Jahr 2004 war auch geprägt von einer elementaren Diskussion um die Frage einer „richtigen Ausrichtung“ der Wirtschaftspolitik in Deutschland, aber auch in Europa, und es erschien oft so, als würden alte, bereits überwunden geglaubte Grabenkämpfe zwischen den verschiedenen ökonomischen Schulen aufbrechen. Dies hat sicher auch damit zu tun, dass die Notlage in öffentlichen Haushalten immer größer wird, die Problemlage in den Arbeitsmärkten immer schwieriger zu handhaben ist, zugleich die Erfolge Deutschlands auf dem Weltmarkt immer großartiger erscheinen. Diese Diskrepanz, insbesondere die Entkopplung des privatwirtschaftlichen Erfolgs von der Lage des Gemeinwesens, hat die ökonomische Forschung zwar schon vor langer Zeit vorhergesagt, wenn sie denn eintritt, ist sie aber schwer zu bewältigen.

Diese veränderte Situation ist auch der Expansion der Europäischen Union in Richtung Osten und Süden zu verdanken, die langfristig enorme ökonomische Potenziale für das zentral gelegene Deutschland bedeutet, aber kurzfristig erhebliche Anpassungsreaktionen in einem schlecht vorbereiteten Land erzeugt. Neben Ratschlägen für proaktive Wirtschaftspolitik wird sich die Wirtschaftsberatung der Institute in den nächsten Jahren auch an ihrer Fähigkeit messen lassen müssen, die Bewältigung des aufgestauten Reformbedarfs mit möglichst geringen sozialen Kosten zu begleiten. Auch wird sie verständlich machen müssen, weshalb der für den Osten zweite große Umbauprozess durchaus mit erheblichen Schmerzen ablau-

fen wird, weil hier die Chancen an den Außengrenzen zunächst von beachtlichen Problemen in lokalen Märkten überlagert werden.

Dies geht einher mit einer bedrohlichen Entwicklung, die die Mitte und der Osten Deutschlands infolge der demographischen Implosion nehmen. Die Angleichung der Lebensverhältnisse wird unter den aktuellen Bedingungen noch schwieriger zu erreichen sein, als dies früher gedacht war. Das IWH wird sich hier mit Vorschlägen, wie die Weiterentwicklung des Landes zwischen Erzgebirge und Ostsee stabilisiert werden kann, weiter einmischen.

A handwritten signature in black ink, consisting of two distinct parts. The first part is a stylized, cursive name, and the second part is a long, horizontal flourish.

Über das IWH

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) wurde mit Wirkung zum 1. Januar 1992 gegründet. Es gehört zu den Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft, die von Bund und Ländern zu je 50% institutionell gefördert werden.

Das IWH wird in privater Rechtsform als eingetragener Verein geführt. Entsprechend der Satzung verfolgt das Institut ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige, insbesondere wissenschaftliche Zwecke. Im Rahmen dieser Zielsetzung führt das IWH neben seinen durch die institutionelle Förderung finanzierten Aufgaben in begrenztem Umfang auch Drittmittelforschung durch.

Forschungsprogramm

Nach der Gründung des IWH stand zunächst die Transformation der ostdeutschen Wirtschaft und der Länder Mittel- und Osteuropas, die sich im Umbau der Wirtschaftsstruktur, den Handelsbeziehungen, den Arbeitsmärkten und der Veränderung der Wettbewerbslandschaft zeigte, im Zentrum der Analysen. Dieser Fokus wurde zunehmend auf europäische und internationale Fragestellungen erweitert. Ausgangspunkt bilden dabei wirtschaftspolitische Fragestellungen, die aufgegriffen Theorien und Modellen zugeordnet und schließlich mittels moderner statistischer und ökonometrischer Verfahren überprüft werden. Dabei sind makroökonomische Fragen von Konjunktur und Wachstum, integrationsökonomische Fragen der internationalen Standortkonkurrenz, strukturpolitische Fragen der regionalen und sektoralen Entwicklung sowie der Finanzierung öffentlicher Haushalte, der Wettbewerbsstrategien von Unternehmen, der Bedeutung von Humankapital in einer modernen, international verflochtenen Wirtschaft oder Fragen der Entwicklung von Städten und der Modernisierung der kommunalen Wirtschaftstätigkeit von besonderer Bedeutung.

Die Ergebnisse fließen in die laufende Berichterstattung über die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ein, zu deren Zweck das IWH auch Umfragen durchführt und statistische Informationen speziell aufbereitet.

Im methodischen Bereich arbeitet das IWH insbesondere an der Weiterentwicklung von panelökonometrischen Verfahren. Das IWH ist an der Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute sowie am European Forecasting Network beteiligt.

Das IWH unterhält Kooperationsbeziehungen zu einer Vielzahl ausländischer Forschungseinrichtungen, Universitäten und öffentlichen Institutionen,

insbesondere in den Reformländern des Ostens, den westeuropäischen Ländern, den USA und Kanada.

Seit dem 1. November 2004 ist Professor Dr. **Ulrich Blum** **Neuer Präsident** des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle. Gleichzeitig übernimmt er eine Professur für Volkswirtschaftslehre an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. In den Jahren 1992 bis 1994 war Prof. Blum Gründungsdekan an der Fakultät der Wirtschaftswissenschaften der TU Dresden und bis 2004 Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaft. Professor Blum tritt die Nachfolge von Professor Dr. Dr. h. c. Rüdiger Pohl an, der in seiner gut zehnjährigen Amtszeit die wissenschaftliche Arbeit am Institut maßgeblich geprägt hat und sich an seinem Lehrstuhl an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg nun wieder dem Wissenschaftsbereich Geld und Währung widmet. In den Monaten Juli bis Oktober 2004 wurde das IWH von Professor Dr. Udo Ludwig, Leiter der Abteilung Konjunktur und Wachstum, kommissarisch geleitet.

Im Jahr 2004 verfügte das IWH nach wie vor über **Mitarbeiter** einen Stellenplan mit 61,25 Stellen. Für wissenschaftliches Personal standen 38,5 Stellen zur Verfügung.

Im Jahr 2004 verließen elf Mitarbeiter das Institut, zwei Mitarbeiter wurden neu eingestellt. Zum 31.12.2004 beschäftigte das IWH damit insgesamt – institutioneller und Drittmittelhaushalt zusammengenommen – 62 Mitarbeiter im Angestelltenbereich, davon 33 Wissenschaftler. Das Durchschnittsalter der wissenschaftlichen Mitarbeiter hat sich mit 42 Jahren geringfügig erhöht, das Gesamtdurchschnittsalter belief sich auf 44 Jahre. Der Anteil der weiblichen Mitarbeiter betrug 50%, im Bereich der Wissenschaftler 40%. Altersteilzeit wurde im Jahr 2004 von sechs Mitarbeitern in Anspruch genommen. Der Anteil an befristeten Arbeitsverhältnissen hat sich infolge des Ausscheidens der großen Anzahl von Mitarbeitern auf 42% verringert.

Zum Stichtag 31.12.2004 beschäftigte das Institut 20 studentische Hilfskräfte. 15 Studenten absolvierten im Berichtsjahr ein Praktikum am IWH. Darüber hinaus wurden drei Doktoranden beschäftigt.

Der Gesamtetat des Instituts belief sich im Jahr 2004 auf rund 4,9 Mio. Euro, davon 4,5 Mio. Euro institutio- **Budget**

nelle Förderung. Die Drittmittel sind gegenüber 2003 geringfügig gestiegen und erreichten eine Höhe von 412 000 Euro. Der Anteil der Personalausgaben blieb mit etwa 77% auf dem hohen Niveau der Vorjahre und stellte damit den wesentlichen Ausgabenblock dar. Gegenüber 2003 wurden die Investitionsausgaben im Jahr 2004 zurückgefahren und erreichten eine Höhe von gut 96 000 Euro, die vorwiegend der EDV-Ausstattung zugute kamen.

Die Kosten-Leistungsrechnung (KLR) wurde wie geplant implementiert. Damit liegt eine wesentliche Voraussetzung zur Einführung von Programmbudgets vor. Entsprechend den Richtlinien der BLK zur Einführung von Programmbudgets in den Instituten der Leibniz-Gemeinschaft wird das IWH mit dem Haushalt 2006 Programmbudgets einführen.

Publikationsreihen Das Institut veröffentlicht die Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Forschung sowohl in verschiedenen externen Zeitschriften und Verlagen als auch in institutseigenen Reihen. Zu den institutseigenen Reihen gehören

- die „Wirtschaft im Wandel“,
- die „Sonderhefte“ und
- die „IWH-Diskussionspapiere“.

Mit der Zeitschrift *Wirtschaft im Wandel* informiert das IWH kontinuierlich über Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Forschung zu ökonomisch relevanten Fragestellungen, insbesondere der konjunkturellen, strukturellen, regionalen und kommunalen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland sowie des Transformationsprozesses in den Ländern Mittel- und Osteuropas.

In den *Sonderheften* veröffentlicht das Institut sonstige Beiträge wie Gutachten, gemeinsame Berichte verschiedener Institutionen und Konferenzmaterialien.

Über das Internet stellt das Institut einem fachlich interessierten Personenkreis seine *IWH-Diskussionspapiere* zur Verfügung. Die Diskussionspapiere stehen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Autoren. Die darin vertretenen Auffassungen stellen keine Meinungsäußerung des IWH dar.

Zu den externen Verlagen gehört die Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden. Hier gibt das IWH unter dem Titel *Schriften des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle* eine eigene Buchreihe heraus. In ihr werden vor-

wiegend Dissertationen sowie empirische Untersuchungen, die einen größeren Umfang haben, publiziert.

Der Bestandsaufbau der Bibliothek wurde im Jahr 2004 entsprechend den Forschungsschwerpunkten des Instituts fortgesetzt. Die Bibliothek verfügte Ende des Jahres über rund 39 000 Titel, davon 36 500 elektronisch erfasst und inhaltlich erschlossen. Das entspricht einem Jahreszuwachs von rund 2 300 Titeln/Bänden neuer bzw. retrospektiver Katalogisierung. Darüber hinaus stehen zahlreiche Zeitschriften (352) und Statistikreihen (570) zur Verfügung. Es wurden ca. 6 950 Zeitschriften- bzw. Fortsetzungshefte dem Bestand hinzugefügt und der Bibliothekskatalog um 2 275 unselbständige Katalogisate erweitert. Somit ergibt sich 2004 ein Gesamtzuwachs aus Monographien, Online-Dokumenten, Zeitschriftenheften und Unselbständigen von ca. 10 150 Einheiten.

Bibliothek

Die Bibliothek bietet über ihren OPAC zurzeit den Zugriff auf 1 891 (2003: 746) Online-Dokumente an. Das Angebot wird durch zahlreiche Informationslinks ergänzt.

2004 war das zweite vollständige Arbeitsjahr, in dem das neue Bibliothekssystem LIBERO angewendet wurde. Benutzerdienste wie Recherche, Vormerkungen, Ausleihe, Ausleihkonto wurden Nutzern online und attraktiv angeboten. Ausleihe, Verbuchung und Rückbuchung erfolgte mittels Nutzersausweisen und Barcodesystem.

	2002	2003	2004
Freihand/Magazin			
Nutzer	5 701	5 938	5 826
Entleihungen	6 543	7 321	7 631
Fernleihe			
Monographien	316	231	214
Kopien	273	223	267

Das IWH unterhält Arbeitskontakte zu einer Vielzahl von Forschungseinrichtungen, Universitäten, Ministerien, Verwaltungen und Verbänden der Wirtschaft im In- und Ausland.

Arbeitskontakte

Wie in den Vorjahren stand die Zusammenarbeit mit den wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten DIW Berlin, ifo Institut München,

IfW Kiel, RWI Essen, HWWA Hamburg sowie dem ZEW Mannheim im Vordergrund.

Die Zusammenarbeit mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU), und hier insbesondere mit der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, wurde im Jahr 2004 fortgesetzt. So wurde im Berichtszeitraum mit der MLU bereits der 5. Workshop „Makroökonomie“ durchgeführt. Anliegen ist, vor allem jungen, empirisch forschenden Wissenschaftlern ein Forum zu bieten, eigene anwendungsbezogene Forschungsergebnisse darzustellen und mit erfahrenen Wissenschaftlern zu diskutieren. Workshops in Kooperation mit der Martin-Luther-Universität haben sich zu einem wichtigen Element der Wissensvermittlung und des Erfahrungsaustausches am Institut entwickelt und werden auch zukünftig durchgeführt.

Die bilaterale Arbeitsgruppe „Simulationsmodelle“ hat unter anderem das makroökonomische Modell, das auch bei der Gemeinschaftsdiagnose der sechs Wirtschaftsforschungsinstitute Anwendung findet, weiterentwickelt.

Das IWH und die Martin-Luther-Universität kooperieren im Rahmen des neuen Masterstudiengangs „Empirische Ökonomik und Politikberatung“ an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der MLU. Der Studiengang, der in den vergangenen Semestern sehr erfolgversprechend angelaufen ist, will junge Menschen in die Lage versetzen, praxisbezogene ökonomische Analysen zu erstellen und diese in der Öffentlichkeit wirksam zu präsentieren. Der Masterstudiengang verbindet die Kernkompetenzen der Fakultät in der ökonomischen Analyse mit der praxisbezogenen Kompetenz des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, u. a. durch Praktika am IWH. Dieser Theorie-Praxis-Bezug ist ein wichtiger innovativer Aspekt des Studiengangs, der in dieser Form in Deutschland einmalig ist.

Das IWH hat sich auch im Jahr 2004 an der „Langen Nacht der Wissenschaften“, die von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg alljährlich durchgeführt wird, beteiligt. Diese Veranstaltung wurde wiederum genutzt, einer breiten Öffentlichkeit wesentliche Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschungstätigkeit des Instituts vorzustellen sowie Antwort auf die zahlreichen Fragen von Bürgern zu aktuellen wirtschaftspolitischen Problemen zu geben.

Im Rahmen eines Netzwerkprojekts (FP 5), das durch die EU gefördert wird, werden gemeinsam mit drei Forschungsinstituten aus Westeuropa und sechs Instituten aus EU-Beitrittsländern Untersuchungen zum Thema Konvergenz durchgeführt.

Darüber hinaus hat das Institut mehrere ausländische Delegationen empfangen und zahlreiche Konsultationen und Gespräche mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Kammern, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden sowie ausländischer Botschaften, Wirtschafts- und Handelsvertretungen geführt.

Das Institut ist im Internet unter der Adresse <http://www.iwh-halle.de> zu erreichen. Hier stellt das IWH allgemeine Informationen über das Institut zur Verfügung, informiert über wissenschaftliche Veranstaltungen und veröffentlicht ausgewählte Ergebnisse seiner wirtschaftswissenschaftlichen Forschung, u. a. die Beiträge der Reihe *Wirtschaft im Wandel*.

Internet

Seit September 2004 berichtet das IWH auch mit seinen *Newslettern* über die neuesten Veröffentlichungen, über durchgeführte und geplante wissenschaftliche Veranstaltungen des Instituts, Stellenanzeigen und weitere das Institut und seine Mitarbeiter betreffende Fragen. Die IWH-Newsletter erscheinen monatlich und können von Interessierten direkt per Email bezogen werden.

Das Interesse der breiten Öffentlichkeit an den wissenschaftlichen Arbeiten des Instituts ist weiter gestiegen. Neben einer verstärkten direkten Kontaktaufnahme zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern konnte 2004 gegenüber den Vorjahren im Internet eine beträchtliche Erhöhung der Anzahl der Sichtkontakte sowie auch der Anzahl der unterschiedlichen Besucher registriert werden.

	2002	2003	2004
Anzahl der Sichtkontakte mit einzelnen Seiten	418 360	498 339	942 703
Anzahl der Besuche (zusammenhängende Seitenabrufe)	92 318	137 851	276 757
Durchschnittliche Anzahl der abgerufenen Seiten pro Besuch	4,2	3,6	3,41
Anzahl der unterschiedlichen Besucher	41 237	45 678	92 316
Durchschnittliche Anzahl von PageViews pro Tag	1 147	1 366	2 582
Durchschnittliche Anzahl von Besuchen pro Tag	254	378	758

Forschungsabteilungen

Konjunktur und Wachstum

Leiter: Prof. Dr. Udo Ludwig

Das Konjunkturteam des IWH wurde für die Treffsicherheit seiner Prognose für das Jahr 2004 von der FTD zum Prognostiker des Jahres gekürt.

Zwar war auch für das Jahr 2004 die Konjunkturprognose insgesamt von starken Unsicherheiten geprägt. Allerdings fielen die Prognosekorrekturen wesentlich geringer aus. Während die gesamte Zunft ihre Vorhersagen für die Jahre 2001 bis 2003 immer weiter zurücknehmen musste – teilweise erfolgten deutliche Korrekturen von mehr als einem Prozentpunkt – so waren die Änderungen für das Jahr 2004 im Allgemeinen eher marginal. Nahezu alle Experten teilten die Erwartung, dass die deutsche Wirtschaft mit $1\frac{3}{4}$ zulegen würde. Allerdings zeigten sich grundlegende Unterschiede im Hinblick auf die Entwicklung einzelner Aggregate und in Bezug auf die Transmissionswege der wirtschaftspolitischen Impulse. Im Dezember des Berichtsjahres überprüfte die Financial Times Deutschland die Treffsicherheit von fünfzig Prognosen nicht nur im Hinblick auf die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts, sondern legte eine Vielzahl von Kriterien zugrunde. In diesem differenzierteren Prognosevergleich schnitt die IWH-Prognose am besten ab.

„Anders als einige Kollegen ahnten die Experten um IWH-Konjunkturchef Ludwig auch, dass die Steuerreform zu Jahresanfang wenig Schub für den Konsum bringen würde. Dem werde der ‚anhaltende Beschäftigungsabbau‘ ebenso entgegenstehen, wie ‚die erwarteten Kürzungen von Leistungen aus den Sozialversicherungssystemen‘, schrieb die Experten im Dezember 2003. Damit nicht genug: Anders als die Zweitplazierten lagen die Hallenser Forscher zudem richtig bei der Erwartung, dass die Firmen 2004 kaum mehr Geld in Ausrüstungen und Bauten investieren würden als 2003. ...

All das reichte zwar auch bei den IWH-Experten nicht zur punktgenauen Prognose für Konsum und Export. Mit den prognostizierten Raten von einem und gut sechs Prozent samt treffender Investitionsskepsis lagen sei am Ende aber am besten.“ (Financial Times Deutschland, 21. Dezember 2004, S. 16).

Getestet wurde die am Ende 2003 abgegebene Prognose sowie deren Aktualisierung nach jedem abgelaufenen Quartal des Prognosezeitraums.

Die Prognoseleistung erschöpfte sich jedoch nicht darin. Das IWH war außerdem im Herbst des Jahres 2004 mit der Ausrichtung der Gemeinschaftsprognose der sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in Deutschland betraut und organisierte die zweiwöchige Klausur von 50 Wissenschaftlern in Halle. Es wurden gemeinsame Stellungnahmen zur konjunkturellen Entwicklung und zu den wirtschaftspolitischen Weichenstellungen abgegeben.

Schließlich hat das Team im Auftrag der Europäischen Kommission ein weiteres Jahr im europäischen Prognosenetzwerk EFN zusammen mit sieben universitären und außeruniversitären Forschungsinstituten aus fünf westeuropäischen Ländern halbjährlich Konjunkturprognosen für die Euro-Region abgegeben.



Herbsttagung 2004 der sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in Halle

Konjunkturprognosen und Wirtschaftspolitik

Die Delle im Konjunkturverlauf 2004 entfachte erneut die Diskussion um die anhaltende Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft. War nach den exportinduzierten Produktionszuwächsen die Grenze des Wachstums von der Angebotsseite her erreicht oder lagen Störungen im üblichen Übertragungsmuster von Nachfrageanstößen vor?

Konjunkturprognosen für Deutschland

Anzeichen für Verspannungen zwischen Angebot und Nachfrage konnten allerdings nicht ausgemacht werden, obwohl sich der Wachstumstrend in den 1990er Jahren abgeschwächt hatte: Die Lohn- und Preissteigerungen blieben moderat. Ursachen für die Verzögerungen im wirtschaftlichen Aufschwung sind eher bei der Unterauslastung der vorhandenen Produktionskapazitäten und der Unsicherheit der Wirtschaftsakteure hinsichtlich der Folgen des Reformkurses der Regierung auszumachen. Die Konjunkturprognose des IWH für 2005 und 2006 geht deshalb von einem allmählichen Anziehen des Wachstumstempos der Produktion bei zunehmender Auslastung der Produktionskapazitäten und von einem Abbau der Unsicherheiten aus.

Im Einzelnen bedeutet dies: Die konjunkturellen Impulse verlagern sich allmählich vom Ausland auf das Inland. Insbesondere ziehen die Ausrüstungsinvestitionen an. Unternehmen stoßen zunehmend an Kapazitätsgrenzen; ihre Gewinnerwartungen hellen sich mit der Konsolidierung der Bilanzen und den gesunkenen Lohnstückkosten auf. Die privaten Haushalte werden ihre Kaufzurückhaltung allerdings erst später aufgeben. Die Unsicherheit über die Einkommensperspektiven wird mit der steigenden Transparenz über die Auswirkungen der Reformen am Arbeitsmarkt und im Bereich des Gesundheitswesens schwinden. Anregend auf den Konsum wird auch die erwartete konjunkturelle Aufhellung am Arbeitsmarkt wirken. Diese Entwicklung trägt bis in das Jahr 2006. Die Zuwächse beim Konsum bleiben jedoch insgesamt moderat, sodass von der Nachfrageseite kein Druck auf die Preise ausgehen wird. Auch die Lohnabschlüsse signalisieren keinen Preisschub, und die zwischenzeitlich kräftig gestiegenen Energiekosten dürften wieder leicht sinken.

Im Zuge der Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität wird sich im Jahr 2005 die Lage am Arbeitsmarkt leicht aufhellen. Allerdings werden weitere Vollzeitarbeitsplätze verloren gehen, die Zahl der Beschäftigten im Niedriglohnssektor wird sich dagegen erhöhen. Das Arbeitsvolumen in Stunden wird deutlich langsamer zunehmen als die Beschäftigtenzahl. Mit der Umsetzung der letzten Stufe der Arbeitsmarktreformen (Hartz IV)

wird die registrierte Arbeitslosigkeit zunächst sprunghaft steigen. Die Ausweitung des Angebots „zusätzlicher Arbeitsgelegenheiten“, so genannter Ein-Euro-Jobs, und der erhöhte Druck zur Arbeitssuche werden im Verlauf des Jahres zur Verringerung der Zahl der Arbeitslosen beitragen. Obwohl Entlastungseffekte von Seiten der Konjunktur hinzukommen, wird die Arbeitslosigkeit alles in allem im Jahr 2005 über dem Stand vom Vorjahr liegen und erst 2006 auch im Jahresdurchschnitt sinken.

Die Geldpolitik wird im Prognosezeitraum expansiv bleiben können, denn die gesamtwirtschaftliche Kapazität im Euroraum ist bis über das Jahr 2005 hinaus unterausgelastet. Allerdings ist das hohe Wachstum der Liquiditätsnachfrage im Euroraum ein Risikofaktor für die Preisniveaustabilität. Trotz des eindeutig auf Konsolidierung angelegten Ausgabekurses in den derzeitigen Finanzplanungen wird mit einer Defizitquote von 3,5% auch im Jahr 2005 deutlich gegen die im Stabilitäts- und Wachstumspakt gezogene Grenze verstoßen – und dies, obwohl das Defizit durch Einmalmaßnahmen auf Bundesebene gesenkt wird.

Seit geraumer Zeit zeichnete sich ab, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) in seiner ursprünglichen Form nicht länger aufrechtzuerhalten war. Im Jahr 2004 verstießen vier europäische Staaten gegen das Defizitkriterium. Für Deutschland war dies der dritte Verstoß in Folge. Das IWH hatte schon mehrfach auf einen wesentlichen Konstruktionsfehler im Pakt aufmerksam gemacht und so die Diskussion über mögliche Reformen inhaltlich mitgeprägt.

Glaubwürdigkeit der Finanzpolitik

Der SWP wurde verabschiedet, damit „die Glaubwürdigkeit der Gemeinschaftswährung“ gewährleistet sei, untergräbt dabei jedoch die Glaubwürdigkeit der nationalen Finanzpolitik. Seine Ausrichtung auf in mittlerer Frist ausgeglichene oder gar Überschüsse aufweisende Finanzierungssalden wird nicht daran angeknüpft, dass die zukünftige Handlungsfähigkeit des Staates sichergestellt und damit eine nachhaltige Finanzpolitik betrieben werden soll. Der SWP krankt an einem Konstruktionsfehler: Er stellt auf Defizitziele ab.

Diese als Punktziele definierten Vorgaben zum gesamtstaatlichen Defizit lassen sich von den wirtschaftspolitisch Verantwortlichen nicht kontrollieren. Wird die wirtschaftliche Zukunft falsch eingeschätzt – und das war im Jahr 2004 der Fall – laufen sämtliche Planungen aus dem Ruder und die Finanzpolitik wird un stetig und unberechenbar. Nicht zuletzt hier liegt der Grund dafür, dass die im Prinzip richtigen Ansätze der Agenda 2010 in der Bevölkerung kaum als solche erkannt werden und da mit die nennenswerten

Tabelle:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2005 und 2006

	2004	2005	2006
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Private Konsumausgaben	-0,3	0,7	1,3
Staatskonsum	0,2	1,4	-0,3
Anlageinvestitionen	-0,1	1,4	1,4
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	1,8	4,3	4,6
Bauten	-1,7	-1,2	-1,5
Inländische Verwendung	0,9	1,5	1,5
Exporte	9,5	5,9	5,0
Importe	8,2	7,1	4,9
Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,3	1,7
<i>dar.:</i> Ostdeutschland*	1,2	1,0	1,5
<i>Nachrichtlich:</i> USA	4,4	3,4	2,9
Euroraum	1,7	1,7	1,9
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Arbeitsvolumen, geleistet	0,4	0,6	0,7
Tariflöhne je Stunde	1,4	1,6	1,5
Effektivlöhne je Stunde	0,4	1,2	1,3
Lohnstückkosten ^a	-1,2	0,1	-0,1
Verbraucherpreisindex	1,6	1,5	1,2
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) ^b	38 385	38 695	39 020
Westdeutschland**	32 765	33 060	33 340
Ostdeutschland*	5 620	5 635	5 680
Arbeitslose ^c	4 369	4 560	4 290
Westdeutschland**	3 067	3 240	3 020
Ostdeutschland*	1 302	1 320	1 270
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote ^d	10,2	10,5	9,9
Westdeutschland**	8,6	8,9	8,3
Ostdeutschland*	18,8	19,0	18,3
	<i>in % zum nominalen BIP</i>		
Finanzierungssaldo des Staates	-3,9	-3,5	-2,3

^a Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^b Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturpassungsmaßnahmen. – ^c Nationale Definition. – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – * Ohne Berlin. – ** Mit Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat, Bureau of Economic Analysis; Prognose des IWH (Stand: 20. Dezember 2004).

Steuererleichterungen zu Jahresbeginn 2004 konjunkturell verpufften. Wo die Glaubwürdigkeit leidet, steigt die Ersparnis, nicht der Konsum.

Der SWP ist nicht für eine Situation ausgelegt, in der eine Stagnation über drei Jahre anhält und die Defizite in den öffentlichen Haushalten sich im Gefolge der konjunkturellen Entwicklung immer mehr kumulieren. Folglich muss ein solcher Pakt die konjunkturelle Entwicklung stärker beachten. Das IWH hat daher mehrfach betont, dass eine erfolgreiche Konsolidierungsstrategie nur durch einen wohldefinierten Ausgabenpfad möglich ist. Damit wäre gesichert, dass der Konsolidierungswille in Zeiten guter Konjunktur nicht nachlasse, die Erholungsansätze in Zeiten schlechter Konjunktur aber nicht bereits zu Beginn abgewürgt würden. Ein Haushaltsausgleich wäre bei dieser Strategie vorprogrammiert, allerdings läge das Endjahr nicht von vorn herein fest. Der Ausgabenpfad hat dabei einer strikten Konsolidierung Rechnung zu tragen; dann wäre der Glaubwürdigkeit der Wirtschaftspolitik nicht nur Genüge getan, sie würde dadurch erst wieder geschaffen.

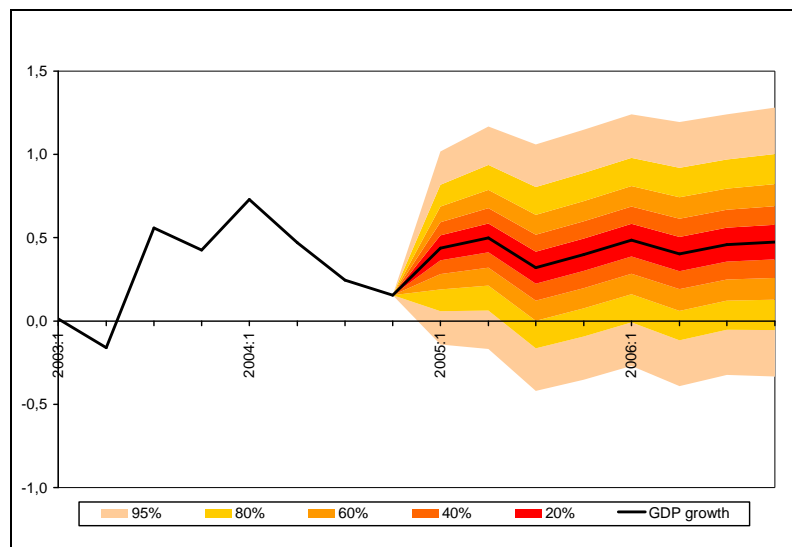
Im Rahmen des EFN erstellt das IWH ökonometrische Prognosen zur konjunkturellen Entwicklung im Euroraum. Im EFN kooperiert das IWH mit Universitäten aus Mailand, Florenz, Madrid, Barcelona und Cambridge sowie mit dem CEPII Institut (Paris) und Global Insight (Mailand). Zusätzlich zu den Punktprognosen werden Intervallprognosen generiert, um die Unsicherheit bei der Vorhersage zu quantifizieren. In Abbildung 1 sind die Quartalswachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts zusammen mit Konfidenzintervallen dargestellt, die den Prognosebereich für ein vorgegebenes Sicherheitsniveau bestimmen.

Konjunkturprognosen für den Euroraum

Der Fanchart weist für den Prognosezeitraum von 2005 bis 2006 positive Wachstumsraten aus. Dabei wird eine moderate wirtschaftliche Erholung vorhergesagt, die im Verlauf nicht spürbar an Fahrt gewinnt. Die Quartalswachstumsraten sind nahezu konstant um 0,5. Bei Vorgabe einer Sicherheitswahrscheinlichkeit von 80 Prozent für die Prognose ist das Risiko einer milden Rezession nicht auszuschließen. Eine genauere Analyse macht deutlich, dass die geringe wirtschaftliche Dynamik im Euroraum wesentlich von einer schwachen Entwicklung der Konsumnachfrage verursacht wird. Ungelöste Finanzierungsprobleme im Bereich der sozialen Sicherung und anstehende Strukturreformen insbesondere auf den Arbeitsmärkten haben zur Verunsicherung der privaten Haushalte beigetragen. Da die Produktionslücke negativ bleibt, werden von der realwirtschaftlichen

Seite keine inflatorischen Spannungen erwartet. Die EFN-Prognosen haben sich über die letzten Jahre hinweg als relativ robust erwiesen.

Abbildung 1:
Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts zum Vorquartal
- in % -



Quelle: EFN 2005 Spring report.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Arbeitskreis Konjunktur: Konjunkturausblick 2005: Deutsche Binnenkonjunktur zieht allmählich nach, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/2005, S. 4-22.

Arbeitskreis Konjunktur: Deutschland nach der Stagnation: Exportgetriebene Erholung erfasst die Gesamtwirtschaft nur langsam, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 9-10/2004, S. 250-282.

European Forecasting Network: EFN Report on the Euro Area Outlook, Spring and Autumn 2004, Internet: efn.uni-bocconi.it

Konjunkturforschung

Die Besonderheiten des Konjunkturverlaufs in Deutschland nach dem Boom 2000 wurden zum Anlass genommen, ökonomische und statistische Zusammenhänge zwischen einigen Komponenten empirisch neu zu testen und ihre Aussagekraft genauer zu untersuchen. So wurden Ergebnisse zur

Beziehung zwischen Export und Produktion, zur Wirkung von Medienberichten auf das Konsumentenverhalten und zum Erklärungsgehalt dynamischer Faktormodelle vorgelegt.

Außenwirtschaftliche Impulse, die Deutschland 1993 aus der Rezession geführt hatten, scheinen neuerdings weniger Wirkung auf die gesamtwirtschaftliche Produktion zu entfalten. Hier wurde untersucht, inwieweit veränderte Importmuster dafür verantwortlich sein können. Es zeigte sich: Während

Basarökonomie

die Ausfuhren bis in die 1990er Jahre hinein nur zu 25% von Einfuhren gespeist wurden, kletterte ihr Importgehalt im Jahr 2000 auf 38% (vgl. Abbildung 2). Entsprechend hätte sich ihre Antriebskraft für die Produktion im Inland deutlich verringert. Der zweite Blick zeigt jedoch, dass dieser Sprung vor allem mit der Wiederausfuhr vorher importierter Güter verbunden ist. Die exportinduzierten Importe der Ausfuhr stiegen unter Ausschluss der Re-Exporte seit Anfang der 1990er Jahre nur um weniger als 5%. Die eigentliche Exportgüterproduktion in Deutschland absorbierte zwar im Jahr 2000 auch relativ mehr importierte Vorleistungsgüter als zuvor. Der direkte und indirekte Importgehalt an Vorleistungsgütern war aber mit 28% deutlich geringer als unter Einbezug der Wiederausfuhr und hat sich zuletzt nur um 6 Prozentpunkte erhöht. Dies ist weniger dramatisch und steht eher im Einklang mit dem allgemeinen Trend der zunehmenden Internationalisierung der nationalen Produktions- und Wertschöpfungsprozesse als mit der Ausbreitung einer Basarökonomie in Deutschland. Trotzdem gibt es auch außenwirtschaftlich Indizien für die Abwanderung arbeitsintensiver Produktionsabschnitte in das Ausland aufgrund von Kostenvorteilen. Der damit verbundene Entzug an Wertschöpfung und Arbeitsplätzen wird aber in Deutschland bislang durch die kräftigen absoluten Exportzuwächse überkompensiert.

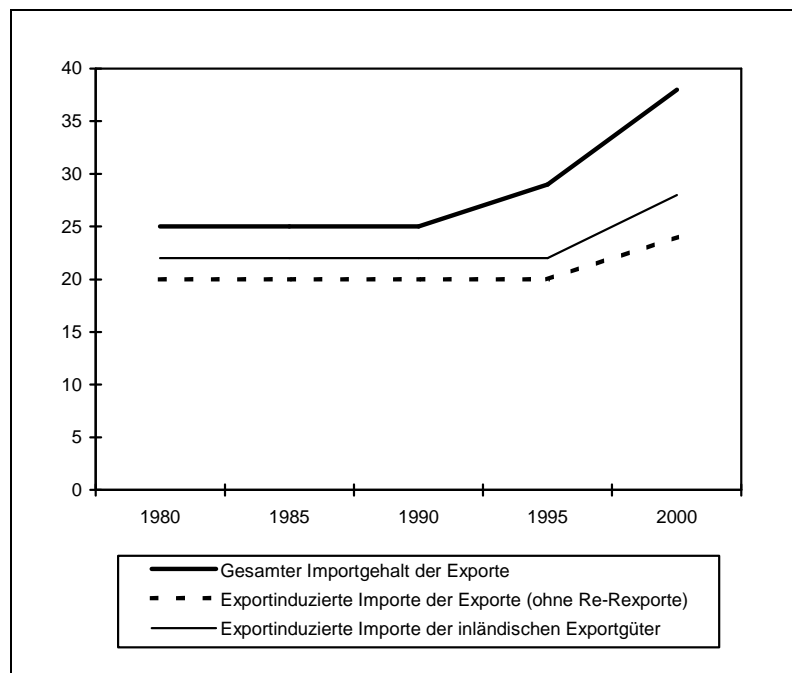
Heutzutage zählt die Erfassung und Auswertung sog. Stimmungsindikatoren zum Standardprogramm der Konjunkturbeobachtung. Selten wird allerdings das zugrunde liegende theoretische Konzept und die damit verbundene Operationalisierung psychologischer Phänomene hinterfragt.

Medieneinflüsse auf Konsumverhalten

Vor diesem Hintergrund wurden am Institut Forschungen zu den Wechselwirkungen zwischen Konsumentenstimmung und Verbrauchsverhalten der privaten Haushalte (in Deutschland) aufgenommen und insbesondere die Rolle wirtschaftsbezogener Medienberichterstattung für das Kaufverhalten beleuchtet. Der Medien-Einfluss wurde dabei in Form von sog. „Medienindikatoren“ operationalisiert, welche die

Tendenz der wirtschaftsbezogenen Berichterstattung in ausgewählten Nachrichtensendungen des deutschen Fernsehens, ermittelt anhand der Häufigkeit positiver bzw. negativer Meldungen, abbilden. Die Einbeziehung dieser Medienvariablen in eine Standard-Konsumfunktion ergab, dass der Medienberichterstattung ein Erklärungsbeitrag für das Konsumentenverhalten zu attestieren ist: Wenn sich die Anzahl positiver Wirtschaftsmeldungen im Quartal erhöht, so steigt in der Folgeperiode die Wachstumsrate der privaten Konsumausgaben, umgekehrt wirken negative Nachrichten dämpfend auf den Verbrauch. In gleicher Weise wurde das Basis-Konsummodell um den etablierten „Consumer Confidence Indicator“ erweitert, und es zeigte sich, dass die Medienindikatoren und das Konsumklima vergleichbare ökonomische Resultate, also eine vergleichbare Aussagekraft, aufwiesen.

Abbildung 2:
 Stilisierter Verlauf des Anteils des gesamten Importgehalts bzw. der exportinduzierten Importe am Export in Deutschland zwischen 1980 und 2000
 - in % -



Quellen: Statistisches Bundesamt: Input-Output-Tabellen; Berechnungen des IWH.

Die konjunkturelle Entwicklung lässt sich anhand einer Vielzahl von Indikatoren beschreiben, die sich unter Umständen auf eine relativ kleine Zahl von unabhängigen Triebkräften (Faktoren) zurückführen lassen. Zur Bestimmung dieser Triebkräfte ist ein dynamisches Faktormodell für Deutschland spezifiziert worden, das auf 121 Quartalszeitreihen beruht und zur Prognose der Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts genutzt wird. Dabei werden gesamtwirtschaftliche und sektorale, reale und monetäre Zeitreihen betrachtet. Die unabhängigen Triebfedern sind im Allgemeinen robuster als die Einzelindikatoren, sodass sich verlässlichere Prognosen angeben lassen. Die Prognoseleistung wird relativ zu alternativen Zeitreihenverfahren und Frühindikatoren für verschiedene Prognosehorizonte evaluiert. Als konkurrierende Methoden werden VAR Modelle und der Geschäftsklimaindex des ifo Instituts verwendet, der in der wirtschaftspolitischen Diskussion stark beachtet wird. Das Faktormodell beruht auf einer breiteren Informationsgrundlage, was sich letztlich in der Qualität der Prognosen dokumentiert. So zeigt das Faktormodell die vergleichsweise beste Performance. Allerdings ist die Verbesserung der Prognoseleistung meist nicht statistisch signifikant. Darüber hinaus wird der Nutzen aggregierter Prognosen überprüft. Während die VAR- und die ifo-Prognose profitieren, wenn sie mit der Faktorprognose kombiniert werden, ist dies in umgekehrter Richtung nicht der Fall. Damit kann die Faktorprognose durch die Kombination mit konkurrierenden Prognosen nicht weiter verbessert werden. Insgesamt zeigt sich, dass der Einsatz von dynamischen Faktormodellen zu einer verbesserten Prognose der konjunkturellen Entwicklung beitragen kann.

Prognosen mit Faktormodellen

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Dreger, C.; Schumacher, C.: Estimating Large-scale Factor Models for Economic Activity in Germany. *Journal of Economics and Statistics* 224, 2004, pp. 731-750.

Brautzsch, H.-U.; Ludwig, U.: Verliert der deutsche Export an gesamtwirtschaftlicher Antriebskraft?, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 15/2004, S. 435-441.

Finanzmärkte

In der globaler werdenden Weltwirtschaft spielt die grenzüberschreitende Konjunkturübertragung eine wachsende Rolle. Ein hoher Stellenwert kommt dabei den Finanzmärkten zu. Hier wurden theorieorientierte Untersuchungen zur Internationalisierung der Kapitalverflechtungen sowie zum Zu-

sammenhang von Zentralbanktransparenz und Währungskrisen fortgesetzt und publiziert.

Internationale Unternehmensverflechtungen

Im Rahmen internationaler Kapitalverflechtungen wurde ein multinationales Unternehmen mit jeweils einer Produktionsstätte in einem Entwicklungsland und einem Industrieland modelliert, welches aufgrund von Kapitalmarktperfektionen kreditbeschränkt und daher auf die Begebung von Kreditsicherheiten angewiesen ist. Da sich die Werte der als Kreditsicherheiten hinterlegten tangiblen Vermögensgegenstände jedoch dadurch unterscheiden, in welchem Land diese installiert sind, hängt die Kreditvergabebereitschaft von Banken nicht nur von der Gesamtausstattung des Unternehmens an solchen Vermögensgegenständen ab. So entziehen sich Kreditsicherheiten möglicherweise einem Zugriff durch Banken, wenn Rechtsunsicherheit oder mangelnde Fungibilität die Verwertung vor Ort verhindern. Banken machen daher Kreditvergabeentscheidungen auch vom Verhältnis der Aktivitäten des Unternehmens im Entwicklungs- und im Industrieland abhängig. Zwei wesentliche Erkenntnisse können gezogen werden: Erstens führt eine Verminderung des Vermögens zu einem Rückgang der Investitionen in allen Produktionsstätten, wobei jedoch die Niederlassung im Entwicklungsland hiervon stärker betroffen ist. Zweitens haben länderspezifische makroökonomische Schocks asymmetrische Effekte auf die Investitionen in den betrachteten Ländern. So nehmen nach einem adversen Schock im Industrieland die Investitionen sowohl im Industrie- als auch im Entwicklungsland ab, da die Finanzierungsbeschränkung des Gesamtunternehmens verschärft wird. Hingegen ist die Investitionstätigkeit im Industrieland kaum von einem adversen Schock im Entwicklungsland betroffen, da das Unternehmen hierauf mit einer Reallokation der Ressourcen zugunsten der Produktionsstätte im Industrieland reagiert.

Transparenz von Zentralbanken

Beim Thema Zentralbanktransparenz und Währungskrisen wurde die Multiplizität von Gleichgewichten auf Märkten für Währungen mit fixem Wechselkurs untersucht: Die Zentralbank kann den Wechselkurs nur dann verteidigen, wenn nicht zu viele Marktteilnehmer die Währung attackieren. Mit Hilfe der Theorie globaler Spiele ist in jüngerer Zeit gezeigt worden, dass die Multiplizität von Gleichgewichten bei Vorliegen von ausreichend präziser privater Information verschwinden kann. Dieses Ergebnis hat in der Literatur zu der Vorstellung geführt, dass eine erhöhte Transparenz der Zentralbank die Bedingungen für Eindeutigkeit des Gleich-

gewichts auf den Währungsmärkten verschlechtert, weil sie die Präzision öffentlicher Information gegenüber privater Information erhöht. Es kann jedoch für Informationsstrukturen, die etwas komplexer sind als im einfachsten Fall, gezeigt werden, dass eine transparentere Informationspolitik der Zentralbank auch die privaten Informationen verbessert. Es ist sogar denkbar, dass die öffentliche Information dabei unverändert bleibt, und in diesem Fall ist Transparenz der Zentralbank mit Sicherheit dabei dienlich, Multiplizität von Gleichgewichten zu vermeiden.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Dietrich, D.: Financing FDI into Developing Economies and the International Transmission of Business Cycle Fluctuations, in: Swiss Journal of Economics and Statistics 2004, Vol. 140 (4), pp. 449-481.

Lindner, A.: Does Transparency of Central Banks produce Multiple Equilibria Currency Markets?, in: Scandinavian Journal of Economics (forthcoming).

Sektorale Wettbewerbsfähigkeit

Der Aufbau eines wettbewerbsfähigen Unternehmenssektors in den neuen Bundesländern begann mit hohen Kostenbelastungen. Der Umstellungskurs der Währung und die Politik der raschen Lohnangleichung verschärften die an sich schon geringe Marktgängigkeit der Produkte und die Wettbewerbsfähigkeit der ehemaligen DDR-Betriebe beim Einstieg in die Marktwirtschaft. Wo stehen die gebliebenen Unternehmen heute? Die Auswertung der jährlichen Kostenerhebungen im produzierenden Gewerbe zeigen, dass es mehr als zehn Jahre dauerte, bis die Kosten auf ein Niveau gedrückt werden konnten, bei dem die Produktion rentabel wurde. Allerdings verlief die Entwicklung zwischen Baugewerbe und Verarbeitendem Gewerbe recht unterschiedlich.

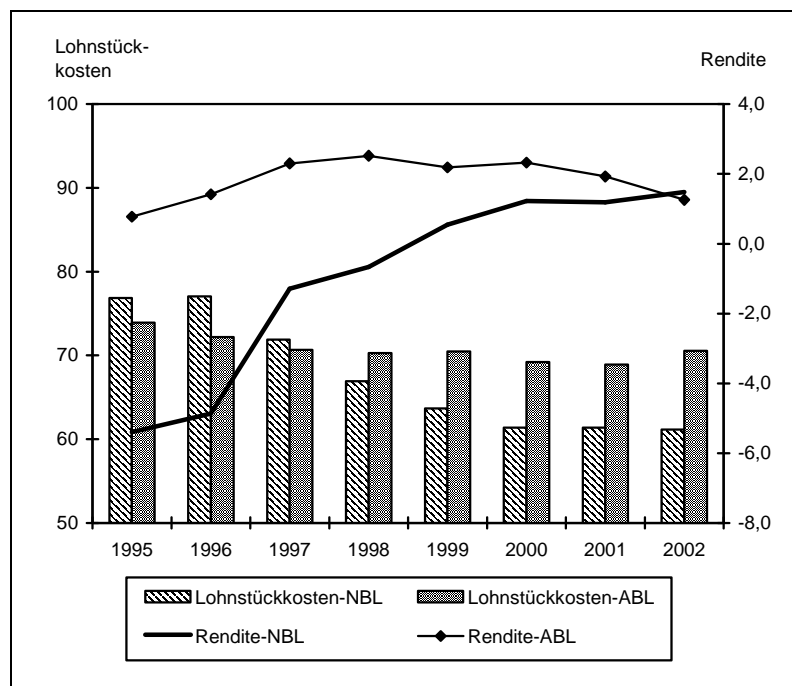
Im Verarbeitenden Gewerbe ist die Kostenbelastung kontinuierlich gesunken. Unrentable Betriebe sind vom Markt gegangen, die überlebenden Unternehmen haben ihre Produktion und Beschäftigung an die Marktverhältnisse angepasst. Im Jahr 1998 hat die Lohnkostenbelastung in den ostdeutschen Unternehmen das westdeutsche Niveau unterschritten.

Verarbeitendes Gewerbe

Weitere vier Jahre vergingen, bevor die westdeutsche Branche auch bei der Rendite eingeholt wurde. Bis dahin wurde der Lohnkostenvorteil noch durch anteilig höhere Kosten für Vorleistungen, Abschreibungen und Fremdkapitalzinsen aufgezehrt. Das Verarbeitende Gewerbe Ostdeutsch-

lands hat im Jahr 2002 erstmals seit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion bei der Rendite mit der westdeutschen Branche gleichgezogen.

Abbildung 3:
Lohnstückkosten^a und Rendite^b im Verarbeitenden Gewerbe Ost- und Westdeutschlands^c



^a Anteil der Personalkosten an der Bruttowertschöpfung. – ^b Anteil des Gewinns bzw. Verlustes am Bruttoproduktionswert. – ^c Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten; Ostdeutschland mit Berlin-Ost, Westdeutschland mit Berlin-West.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Fachserie 4, Reihe 4.3.1/4.3.2/4.3.3/4.3; Sonderauswertung der Kostenstrukturerhebung für das IWH; Berechnungen des IWH.

Anders als die Industrie hat das ostdeutsche Baugewerbe eine Sonderentwicklung durchlaufen. Die beim Start in die Marktwirtschaft vorhandenen Schwächen im Wettbewerb gegenüber den westdeutschen Bauleistungsanbietern konnten während des Baubooms in den ersten Jahren nach der deutschen Vereinigung innerhalb nur eines halben Jahrzehnts abgebaut werden. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre gingen die errungenen Vorteile bei stark

abnehmender Pro-Kopf-Leistung und steigenden Lohnstückkosten wieder verloren. Wettbewerbsnachteile gegenüber westdeutschen Konkurrenten bestehen hinsichtlich der Arbeitskosten aber nur im Bauhauptgewerbe. Ein Ausgleich dieser Nachteile über andere Kostenelemente gelingt hier im Schnitt nur den großen Unternehmen. Im Ausbaugewerbe bestehen dagegen nach wie vor Lohnkostenvorteile. Diese werden zwar durch höhere Vorleistungskosten im Vergleich zu den westdeutschen Konkurrenten geschmälert, sie sichern aber in allen Betriebsgrößen positive Renditen und tragen zur Erklärung des Marktanteils in den alten Bundesländern bei.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Brautzsch, H.-U.; Ludwig, U.: Gewinne der Industrieunternehmen in Ostdeutschland noch im Aufholprozess, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 3/2004, S. 63-70.

Loose, B.; Ludwig, U.: Ostdeutsche Bauunternehmen im Schnitt mit schmalen Gewinnen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 14/2004, S. 417-423.

Abteilung Arbeitsmarkt

Leiter: Dr. Herbert S. Buscher

Die Arbeitsmarktreformen in Deutschland

Mit der Agenda 2010 begann im Jahre 2004 einer der größten Umgestaltungsprozesse der Strukturen auf dem Arbeitsmarkt und der sozialen Sicherungssysteme in der Bundesrepublik Deutschland.

Eingebettet ist diese Arbeitsmarktreform in ein Gesamtreformpaket, der Agenda 2010, die zusätzlich Reformen bei den sozialen Sicherungssystemen, dem Bildungssystem und dem Steuersystem vorsieht und die Innovationskraft und -fähigkeit der deutschen Wirtschaft erhöhen soll.

Die sich auf den Arbeitsmarkt beziehenden Reformen laufen in der Öffentlichkeit unter der Überschrift „Hartz I - IV“. Ziel der Hartz-Reformen ist eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, die als Ergebnis eine deutliche Verringerung der Arbeitslosenzahlen zeigen bzw. umgekehrt zu einer spürbar höheren Beschäftigung führen soll. Mit dieser Zielrichtung lassen sich die Arbeitsmarktreformen in vier größere Blöcke einteilen:

Hartz I - IV

- Institutionelle Reformen: Umbau der früheren Bundesanstalt für Arbeit, die Errichtung von JobCentern und Personalservice-Agenturen (PSA);
- Verbesserte Betreuung der Arbeitssuchenden: Verringerung der Fallzahlen für die Betreuung von Arbeitslosen, das Prinzip „Fördern und Fordern“;
- Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II (ALG II); Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld;
- Verbesserung der Eigenkapitalstruktur von kleinen und mittleren Unternehmen, erleichterte Möglichkeiten, aus der Arbeitslosigkeit in die Selbständigkeit zu wechseln (Ich-AG), Schaffung von Mini- und Midi-Jobs.

Unter Hartz I (Erstes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt) fallen Maßnahmen, die der Erschließung von Beschäftigungsmög-

lichkeiten und der Schaffung neuer Arbeitsplätze dienen. Stichwortartig fallen hierunter die Personalservice-Agenturen (PSA), die Arbeitnehmerüberlassung, Förderung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer und die Verpflichtung der von Arbeitslosigkeit bedrohten Personen, sich frühzeitig bei ihrer zuständigen Arbeitsagentur zu melden. Im Zweiten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz II) sind die Minijobs geregelt und die Förderungsmöglichkeiten bei Gründung einer Ich-AG. Unter Hartz III versteht man im Wesentlichen die Schritte zur Reform der früheren Bundesanstalt für Arbeit zur Bundesagentur für Arbeit und die verbesserte Betreuungsdichte von Arbeitssuchenden. Schließlich regelt Hartz IV die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für erwerbsfähige Hilfebedürftige zur Grundsicherung für Arbeitssuchende, das so genannte Arbeitslosengeld II (ALG II).

Die Reformen auf dem Arbeitsmarkt werden durch eine so genannte Begleitforschung ergänzt, deren Aufgabe in der mikro- und makroökonomischen Evaluation der einzelnen Maßnahmen besteht und bereits 2006 dem Deutschen Bundestag erste belastbare Ergebnisse über die Arbeitsmarktformen vorlegen muss.

Von Beginn an verfolgte das IWH die Reformbestrebungen mit großem Interesse, ohne hierbei die notwendige kritische Distanz aufzugeben. Das Institut erachtet die Reformen für notwendig und richtig. Dies bedeutet jedoch nicht, dass einzelne Reformmaßnahmen hinsichtlich ihrer beschäftigungspolitischen Einschätzung nicht eher kritisch eingeschätzt werden. Andere Maßnahmen wiederum werden als ergänzungsbedürftig angesehen, und schließlich kann über einzelne Reformschritte noch keine Aussage getroffen werden, da hier noch keine verlässlichen Informationen vorliegen. Eine endgültige Einschätzung der Beschäftigungswirkungen der Reformen kann jedoch erst in einigen Jahren erfolgen.

Die Sicht des IWH

Bei der Einschätzung der Hartz-Reformen steht nicht die „Vermarktung der Reformen“ im Vordergrund, auch nicht die teilweise sehr heftig geführte Debatte um die Wirkungen in der kurzen Frist. Da es sich bei den Reformmaßnahmen überwiegend um so genannte „strukturelle“ Maßnahmen handelt, sind kurzfristige Erfolge nicht zu erwarten. Ein Horizont zwischen drei und fünf Jahren erscheint demgegenüber angemessener. Ebenfalls ist zu beachten, dass nicht der Staat neue Arbeitsplätze schaffen kann und soll (z. B. im zweiten Arbeitsmarkt). Dies ist letztlich Aufgabe und Verantwortung der Wirtschaft und der Tarifpartner. Aber es ist die Aufgabe des Staates, die Voraussetzungen für eine höhere Beschäftigung

und für eine geringere Arbeitslosigkeit so zu gestalten, dass es für die Unternehmen vorteilhaft ist, neue Arbeitsplätze zu schaffen oder Existenzgründungen vorzunehmen. Und in diesem Sinne weisen die Reformen auf dem Arbeitsmarkt „in die richtige Richtung“.

Ebenfalls zu begrüßen ist, dass mit der Einführung neuer Strukturen und Maßnahmen eine begleitende Evaluationsforschung einhergeht. Allerdings sollten die Ergebnisse dieser Forschungen dann konsequent genutzt werden, sich als wenig geeignet herausgestellte Instrumente entweder zu verändern oder abzuschaffen.

Zu den Arbeitsmarktreformen und den anderen in der Agenda 2010 formulierten Reformen gibt es aus der Sicht des IWH keine grundsätzliche Alternative, da in einer globalisierten Welt die Konkurrenz zwischen den Staaten zunimmt und ein Verschieben der Reformen oder gar ein Absetzen zu nachhaltigen Wettbewerbsnachteilen der deutschen Wirtschaft führen würde.

Eine auf solider Datenbasis begründete Einschätzung der einzelnen Reformen auf dem Arbeitsmarkt sowie der Reform als Ganzes kann zurzeit noch nicht mit der erforderlichen Seriosität geliefert werden. Nicht nur, dass einige Programme noch „laufen“, auch einige wichtige Reformvorhaben sind erst vier Monate in Kraft. Somit verbietet sich zurzeit eine Evaluation arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen und Reformschritte, die wissenschaftlichen Kriterien standhalten soll. Andererseits stellt sich die Frage, ob im Rahmen einer begleitenden Analyse der Reformen sich Tendenzen für die eine oder andere Maßnahme abzeichnen, die eine vorsichtige Einschätzung der zu erwartenden Ergebnisse erlauben. Dies gebietet nicht nur die Fairness, sondern auch das wissenschaftliche Erkenntnisinteresse selbst. Von Reformen auf dem Arbeitsmarkt sind in der Regel keine schnellen Ergebnisse zu erwarten. Hierfür sprechen verschiedene Gründe:

- Arbeitsmärkte reagieren relativ langsam auf Veränderungen ökonomischer Daten, sodass trotz der Reformen nicht von einer „Initialzündung“ ausgegangen werden kann;
- Änderungen im Regelwerk müssen zunächst bei den Betroffenen bekannt werden, bevor sie hierauf reagieren;
- Arbeitsplätze werden ganz überwiegend von der Privatwirtschaft geschaffen. Damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden, müssen die erwarteten Erträge eines zusätzlichen Arbeitsplatzes die zusätzlichen Kosten übersteigen. Oder anders ausgedrückt: Für einen Unternehmer muss sich ein zusätzlicher Arbeitsplatz „rechnen“.

Diese zeitlich verzögerte Reaktion, in Abhängigkeit von der aktuellen ökonomischen Lage, bewirkt, dass der Arbeitsmarkt in der Regel der konjunkturellen Situation nachfolgt. Auch dies ist bei einer Einschätzung der Reformen auf dem Arbeitsmarkt zu bedenken. In diesem Sinne lassen sich zwar einige Tendenzen der Arbeitsmarktreformen feststellen, ob diese aber von Dauer sein werden, muss einer späteren, gründlicheren Untersuchung vorbehalten bleiben.

Eine erste Einschätzung ausgewählter arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen

Noch während der Sitzungen der Hartz-Kommission wurde von politischer Seite beklagt, dass die bis dahin bekannt gewordenen Reformmaßnahmen zu wenig auf die Arbeitsmarktsituation in den neuen Bundesländern zugeschnitten sind. Darauf erweiterte die Kommission ihre in Module gefassten Vorschläge um ein weiteres Modul, das speziell der ostdeutschen Situation Rechnung tragen sollte, dem so genannten „Job-Floater“ oder später das Programm „Kapital für Arbeit“. Im Wesentlichen bestand das Programm darin, kleinen und mittleren Unternehmen „eigenkapital-ähnliche“ Kredite zu gewähren, wenn sie im Gegenzug eine arbeitslose Person zusätzlich in Beschäftigung bringen. Abgesehen von dem falschen Zuschnitt für Ostdeutschland und den sehr hohen Bonitätsanforderungen an die Unternehmen, wurde dieses Programm vorwiegend von westdeutschen Firmen in Anspruch genommen – mit einem sehr starken Verdacht, dass hier wesentlich „Mitnahme-Effekte“ eine Rolle gespielt haben. Konsequenterweise wurde dieses Programm dann auch nicht mehr fortgeführt.

Das Programm „Kapital für Arbeit“

Die Einkommensgrenze für geringfügige Beschäftigung wurde von 325 Euro auf 400 Euro monatlich angehoben (Mini-Job), worauf dann von Arbeitgeberseite pauschal 25% als Abgaben (Steuern, Sozialversicherungsbeiträge) zu entrichten sind. Zwischen 401 und 800 Euro sind die so genannten Midi-Jobs angesiedelt, die sich von den Mini-Jobs u. a. dadurch unterscheiden, dass mit steigendem Einkommen der Eigenanteil an zu entrichtenden Steuern und Sozialabgaben zunimmt.

Mini- und Midi-Jobs

Gedacht waren die Mini-Jobs vorwiegend als Hinzuverdienstmöglichkeit einerseits und als ein Instrument zum (teilweisen) Abbau von Schwarzarbeit. Während über Midi-Jobs nur wenig Informationen vorliegen, wurde

die Entwicklung der Mini-Jobs in der Öffentlichkeit heftig diskutiert, wobei insbesondere auf mögliche Verdrängungseffekte mit regulärer Beschäftigung hingewiesen beziehungsweise die Frage aufgeworfen wurde, ob in Deutschland ein Niedriglohnsektor gefördert und ausgebaut werden soll. Ende Dezember 2004 registrierte die Bundesknappschaft bzw. Mini-jobzentrale insgesamt 6,8 Millionen geringfügig entlohnte Beschäftigte, die insgesamt 7,35 Millionen Beschäftigungsverhältnisse eingegangen sind. Gegenüber dem Dezember 2003 erhöhte sich damit die Zahl um etwa 700 000 Personen. Von diesen Minijobbern sind knapp 2% in Privathaushalten beschäftigt. Im gewerblichen Bereich befinden sich mit knapp drei Millionen Personen die Minijobs in den Bereichen Grundstücks- und Wohnungswirtschaft, Vermietung, unternehmensnahe Dienstleistungen, Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz sowie Gebrauchsgütern.

Trotz der beeindruckenden Zahlen seitens der Bundesknappschaft ist Vorsicht bei der Interpretation angebracht. Minijobs als Hinzuverdienstmöglichkeiten bei bereits bestehenden Beschäftigungsverhältnissen, Minijobs durch Schüler, Studenten und Rentner/Pensionäre etc. sind in den Daten ebenso enthalten wie Minijobs, die als Zusatzverdienst von einem Ehepartner ausgeübt werden. Zu bedenken ist auch, dass eine unbekannte Zahl an vorher im Bereich der Schattenwirtschaft angesiedelten Jobs nun „legalisiert“ wurden, also nicht neu geschaffen wurden. Diese Einwände schmälern etwas die Bilanz der Bundesknappschaft. Untergliedert nach Alter werden von Personen bis 25 sowie 60 Jahre und älter bereits über 2,5 Millionen Minijobs ausgeübt.

Ebenfalls ungeklärt ist, in welchem Ausmaß Minijobs dazu verwendet wurden, vorher reguläre, d. h. sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, abzuschaffen und durch eine entsprechende Anzahl Minijobs zu ersetzen. Um hier detailliertere Aufschlüsse zu erhalten, bedarf es gründlicher Studien, die voraussichtlich erst in einigen Jahren zur Verfügung stehen werden. Hinweise hierauf finden sich in der Beschäftigungsstatistik: Zwar nimmt die Zahl der Beschäftigten seit einiger Zeit wieder zu, aber gleichzeitig nimmt die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse ab.

Arbeitslose Personen, die unproblematisch eine eigene Existenz aufbauen wollen, können dies über eine Ich-AG bewerkstelligen. Neben dem Überbrückungsgeld steht hiermit ein weiteres Förderinstrument zur Verfügung, das den Weg in die Selbständigkeit erleichtern soll. Die formalen Kriterien für eine Gründung sind sehr ge-

***Ich-AG als Instrument
der Existenzgründung***

ring, und eine Ich-AG kann bis zu drei Jahren seitens der Bundesagentur für Arbeit gefördert werden, wobei die Fördersätze sich jährlich verringern. Scheitert eine Ich-AG während des (bis zu) dreijährigen Förderzeitraums, dann hat die entsprechende Person wieder Anspruch auf Arbeitslosengeld, sofern ein entsprechender Anspruch noch zurzeit der Gründung der Ich-AG bestand. Folgt man der BA-Statistik, dann existierten Ende 2004 in Deutschland knapp 250 000 Ich-AGs. Hinzu kommen noch etwa 97 000 Personen, die mit Hilfe des Überbrückungsgeldes aus der Arbeitslosigkeit in die Selbständigkeit gewechselt haben. Nur bezogen auf die Ich-AG's hat sich der Bestand im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um mehr als 94,2% erhöht. Ob mit Hilfe einer Ich-AG der erfolgreiche Einstieg in die Selbständigkeit gelingt, kann erst solide nach Ablauf der Förderdauer geprüft werden. Dann müssen die Unternehmen zeigen, dass sie sich auch ohne staatliche Unterstützung am Markt behaupten können. Ebenfalls erst in den nächsten Monaten wird sich zeigen, wie viele der Ich-AG Gründungen als ernsthafte Schritte in die Selbständigkeit zu werten sind und in wie vielen Fällen es sich um Entscheidungen handelt, die nur auf Mitnahmeeffekte oder Vermeidungsstrategien (ALG II) abstellen.

Der formale Umbau der BA und die Errichtung von JobCentern anstelle der früheren Arbeitsämter (jetzt Arbeitsagenturen) ist noch im Gange. Insbesondere bestehen derzeit noch Koordinierungsprobleme zwischen den Mitarbeitern der BA und jenen aus den Kommunen, da hier nun zwei unterschiedliche Rechtskreise in Einklang gebracht werden müssen. Darüber hinaus sind noch Stellen für die Vermittler zu besetzen, damit die angestrebte Betreuungsdichte von 1:75 für Jugendliche und 1:150 für ALG II-Empfänger realisiert wird. Da im Rahmen der Zusammenlegung der beiden Transfersysteme zum ALG II zunächst die Anstrengungen auf eine Erfassung des Personenkreises und eine fristgerechte Auszahlung gerichtet waren, kamen vielerorts die Vermittlungsaktivitäten zu kurz. Hier ist in der zweiten Jahreshälfte 2005 mit einer Verbesserung zu rechnen, sodass ab diesem Zeitpunkt auch wieder mit verstärkten Vermittlungsaktivitäten zu rechnen sein wird. Ob allerdings eine verbesserte Betreuungsdichte allein ausreicht, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, ist jedoch eher unwahrscheinlich. Die Unternehmen haben auch die entsprechenden freien Arbeitsplätze den Vermittlungsagenturen zu melden, und diese wiederum haben „passgenau“ die gewünschten Personen zu vermitteln.

***Der Umbau der
Bundesagentur für Arbeit,
die JobCenter und PSA***

Dass dies alles andere als ein leichtes Geschäft ist, zeigen die bis heute wenig erfolgreichen Personal-Service-Agenturen (PSA). Von den auf privatwirtschaftlicher Basis operierenden PSA hatte man sich eine deutlich bessere Vermittlungsquote erhofft, da hier über die Gewinnerzielung bei der Vermittlung ein deutlich anderer Anreiz gesetzt wurde als bei den Arbeitsagenturen. Und hier zeigt sich sehr deutlich, dass eine effiziente Vermittlungstätigkeit zwar eine notwendige, aber beileibe noch nicht hinreichende Bedingung für höhere Beschäftigung ist. Gemessen an den Zahlen, die von der Hartz-Kommission genannt wurden, handelt es sich hier um einen eher bescheidenen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit.

Bei allem notwendigen Vorbehalt scheint dies ebenfalls auf die Mehrzahl der optierenden Kommunen zuzutreffen. Auch hier dürften sich im Vergleich zur BA höhere Vermittlungsquoten im günstigen Fall wohl eher auf mittlere Sicht realisieren lassen.

Der größte Reformschritt bestand in der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II. Als erwerbsfähig angesehene Personen, die eine der beiden Transferleistungen (oder eine Kombination aus beiden) bezogen, werden nun einheitlich unter dem gesetzlichen Rahmen des SGB II zusammengefasst. Die Betreuung dieses

***Das Arbeitslosengeld II
– Grundsicherung für
Arbeitsuchende***

Personenkreises obliegt den zu schaffenden Arbeitsgemeinschaften (ARGE) zwischen Arbeitsagentur und Kommune oder ausschließlich den Kommunen, sofern sie von ihrem Optionsrecht Gebrauch gemacht haben. Ein geringerer Teil wird auch bei den Arbeitsagenturen geführt. Von speziellen Gruppen abgesehen – Jugendliche bis zu 25 Jahre und ältere Arbeitnehmer – verbessert sich die Betreuungsdichte je Fallmanager auf etwa 150 zu betreuende Personen, mit denen verbindliche Eingliederungsvereinbarungen getroffen werden. Werden als zumutbar angesehene angebotene Arbeitsmöglichkeiten ohne zwingenden Grund abgelehnt, dann können zeitlich befristet bestimmte Kürzungsmaßnahmen bei den Transfers stattfinden. Ansonsten stehen den Beziehern von ALG II alle Fördermöglichkeiten offen, die auch für Empfänger von Arbeitslosengeld vorgesehen sind. Zusätzlich soll mit den so genannten 1-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheiten) die Arbeitsfähigkeit von Teilen von ALG II-Beziehern wieder hergestellt werden. Diese 1-Euro-Jobs müssen zusätzlich und gemeinnützig sein. Sie sind zeitlich auf 6 bis 9 Monate befristet ohne Verlängerungsmöglichkeit. Sofern der Mehraufwand aufgrund der Tätigkeit nicht anfällt oder nicht in der Höhe der Mehraufwandsentschädigung anfällt, kann er abzugsfrei zum ALG II von den Betroffenen behalten werden. Hierdurch

eröffnen sich rein finanziell gesehen unter Umständen bessere „Hinzuerdienstmöglichkeiten“ als bei der Aufnahme eines Mini-Jobs, bei dem 85% des Verdienstes auf die Transferleistung angerechnet werden. Diese Situation mag teilweise erklären, warum derzeit die Nachfrage nach 1-Euro-Jobs so unerwartet hoch ausfällt.

Gefahren mit 1-Euro-Jobs werden vorwiegend vom Handwerk vorgetragen, die hierin zumindest eine potenzielle Bedrohung sehen, dass die Kommunen durch einen verstärkten Einsatz von 1-Euro-Jobbern reguläre Beschäftigung verdrängen könnten. Ob und wenn ja, in welchem Umfang diese Befürchtungen berechtigt sind, kann erst in einigen Monaten beantwortet werden, wenn mehr Daten vorliegen.

Eine weitere Neuerung besteht darin, dass Kommunen ein Optionsrecht hinsichtlich der Betreuung von ALG II-Beziehern eingeräumt werden kann, sofern die Kommunen dies möchten. Dann liegt die Betreuung vollständig in den Händen der optierenden Kommune. Allerdings erfolgt die Mittelzuweisung aus Titeln des Haushalts der Bundesagentur. Bislang liegen noch keine belastbaren Ergebnisse vor, die über Erfolg oder Misserfolg der optierenden Kommunen Aufschluss geben können. Ebenfalls stehen noch Informationen aus, die darüber informieren, ob die Vermittlungstätigkeit der optierenden Kommunen im Vergleich zu den ARGE besser oder schlechter einzuschätzen ist.

Die Reform des deutschen Arbeitsmarktes vollzieht sich langsamer als von der Öffentlichkeit erwartet oder erhofft wurde. Dies überrascht aber nicht besonders, da Arbeitsmarktreformen eine relativ lange Zeit brauchen, bis sie Wirkungen zeigen können, d. h. zu einer geringeren Arbeitslosigkeit und höheren Beschäftigung beitragen können. Ihre Wirkungen zeigen sich um so schneller, je besser die gesamtwirtschaftlichen Voraussetzungen sind, wobei ein ausreichendes Wirtschaftswachstum nicht die unbedeutendste Rolle spielt. Gleichwohl ist es verfrüht, von einem „Scheitern“ der Arbeitsmarktreformen zu sprechen, nur weil sich die sichtbaren Erfolge nicht schnell einstellen. Hier ist von allen Beteiligten die notwendige Geduld gefordert und die Bereitschaft, die sich aus den Reformen ergebenden neuen Beschäftigungsmöglichkeiten konsequent zu nutzen. Auch wenn schnelle Erfolge der Reformmaßnahmen nicht unmittelbar sichtbar werden, so weisen die Reformen doch in die richtige Richtung, den Arbeitsmarkt in Deutschland flexibler zu gestalten, um so Chancen für neue Beschäftigungsverhältnisse zu eröffnen. Damit die Arbeitsmarktreformen sich auch auswirken können, sind jedoch begleitende und ergänzende Reformen notwendig. Diese betreffen die sozialen Sicherungssysteme ebenso wie den Bildungsbereich, die Innovationsbereitschaft sowie das Steuersystem.

Auch im kommenden Jahr gehört die Beobachtung und Beurteilung der Maßnahmen zur Reform des Arbeitsmarktes mit zu den wesentlichen Aufgaben der Abteilung, wobei sich der Schwerpunkt auf die Konsequenzen der Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe zum ALG II konzentrieren wird.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Buscher, H. S.: Hartz IV: 1-Euro-Jobs setzen falsche Anreize, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 11/2004, S. 300-306.

Buscher, H. S.: Arbeitslosengeld II und das kommunale Optionsgesetz, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 9-10/2004, S. 283-288.

Reinowski, E.; Schultz, B.; Wiemers, J.: (K)Ein Weg aus der Arbeitslosigkeit? Evaluation von Weiterbildungsmaßnahmen für verschiedene Zielgruppen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 14/2004, S. 424-429.

Regional- und Kommunalforschung

Leiter: Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld

Die Forschungstätigkeit der Abteilung Regional- und Kommunalforschung konzentrierte sich im Jahr 2004 auf Untersuchungen und die Erarbeitung von Politikempfehlungen zu drei Themenbereichen: (1.) die Entwicklung von interregionalen Disparitäten, (2.) die Bedeutung von räumlicher Nähe und von Agglomerationsvorteilen für (regional-) wirtschaftliche Wachstumsprozesse sowie (3.) die (regional-) wirtschaftlichen Effekte von kommunalen Leistungsangeboten und der ihnen zugrundeliegenden institutionellen Regelungen. Dabei haben die Aktivitäten der Abteilung zu den unter (2.) und (3.) genannten Themen in letzter Zeit gegenüber dem zuerst genannten Themenkomplex deutlich an Gewicht gewonnen. Es ist konsequent, diese Fokussierung der Abteilungsforschung zukünftig auch in einer veränderten Bezeichnung der Abteilung (als „Abteilung für Stadt- und Kommunalökonomik“) zum Ausdruck zu bringen.

Für die stärkere Fokussierung auf die Rolle von räumlicher Nähe und von Agglomerationsvorteilen waren verschiedene Faktoren von Bedeutung. Sowohl in jüngeren regionalökonomischen Theorie als auch im politischen Raum gibt es so etwas wie eine „Renaissance der Ballungsräume“. Dominierte in der Regionalökonomik lange Zeit eher die Ansicht, dass sich für jede Stadt und Region so etwas wie ein „Ballungsoptimum“ ermitteln ließe, und dass es jenseits dieses Optimums zu steigenden gesamtwirtschaftlichen Kosten kommen müsste, so macht sich heute eine optimistischere Auffassung breit, wonach die Grenzen des Wachstums von Städten sehr weit bemessen sind und eine Zunahme der Ballung zumeist tendenziell wohlfahrtssteigernd wirkt. Vorteile der räumlichen Nähe gelten zunehmend als relevante Standortfaktoren – zumal in einer Zeit, in der sich die Ausstattungsprofile von Regionen in Bezug auf andere Wachstumsfaktoren zunehmend an einander angleichen. Um die Wettbewerbsfähigkeit Europas gegenüber anderen Weltregionen zu erhöhen, wird eine bevorzugte Förderung der Ballungsräume ins Auge gefasst. Der zunehmend diskutierten „Clusterpolitik“ liegen ebenfalls Vorstellungen über Ballungsvorteile und räumliche Nähe zugrunde. Schließlich ist noch auf die Tendenz zu verweisen, dass sich immer mehr (mittelgroße) Städte mit benachbarten (mittelgroßen) Städten zu so genannten „Metropolregionen“ zusammenschließen. Diesen Bestrebungen liegt die Vorstellung zugrunde, dass durch eine Arbeitsteilung unter den beteiligten Städten gleichartige Vorteile

erreicht werden können, wie sie sonst nur in sehr viel größeren Agglomerationen möglich erscheinen.

Die kommunalen Leistungsangebote sind in jüngster Zeit aus mehreren Gründen verstärkt ins Blickfeld von Wirtschaftsforschung und -politik gerückt. So werden der demographische Wandel und seine Konsequenzen in besonderem Maße auf der lokalen Ebene spürbar. Daraus ergibt sich auch und gerade für die kommunalen Leistungsangebote ein verstärkter Anpassungszwang. Gleichzeitig gibt es unabhängig vom demographischen Wandel eine Tendenz zur Transformation der traditionellen Wirtschaftstätigkeit der Kommunen in Richtung auf mehr Wettbewerb und Aufbrechung von verkrusteten Strukturen in öffentlichen (kommunalen) Monopolen. Dabei spielen auch die kommunalen Finanzierungsengpässe eine Rolle. Allerdings steht den Reformabsichten eine starke Allianz von Personen und Organisationen entgegen, die den Status quo der traditionellen „kommunalen Daseinsvorsorge“ weitgehend bewahren wollen.

Einige der herausragenden Ergebnisse der Abteilungsforschung des Jahres 2004 werden im Folgenden vorgestellt.

**Stand der räumlichen
Konzentration von
unternehmerischen
Aktivitäten in
Ostdeutschland**

Der wirtschaftliche Aufbau in den Städten und Regionen der neuen Bundesländer hat in den letzten Jahren trotz großer politischer Anstrengungen und ungeachtet eines hohen Volumens an eingesetzten öffentlichen Finanzmitteln an Tempo verloren. Dabei ist die Entwicklung in regionaler Hinsicht nicht gleichmäßig verlaufen. Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass sich die Effektivität von regionalpolitischen Maßnahmen erhöhen lässt, wenn sie sich stärker als bisher an regionsspezifischen Stärken und Schwächen orientieren. Von Seiten der Wirtschaftsforschung und auch von der Politik wird vielfach die Erwartung vertreten, dass bei einer solchen Differenzierung vor allem Strukturen gestärkt werden sollten, die sich als „regionale Cluster“ oder zumindest als „potenzielle regionale Cluster“ bezeichnen lassen.

Dabei wird der Begriff des „regionalen Clusters“ keineswegs einheitlich verstanden. In Anlehnung an Michael Porter sind intensive Interaktionen zwischen räumlich benachbarten Unternehmen (sowie ggf. anderen Organisationen, z. B. Wissenschaftseinrichtungen) ein wesentliches Merkmal von „regionalen Clustern“; ein zweites Merkmal ist die produktionstechnische Verwandtschaft zwischen eng beieinander liegenden Unternehmen. Als Interaktionen sind über marktmäßige Transaktionen i. S. von Liefer-

beziehungen hinaus auch Netzwerkbeziehungen von Bedeutung, nicht zuletzt zur Weiterleitung des so genannten nichtkodifizierten Wissens („tacit knowledge“). Die Verwandtschaft zwischen räumlich benachbarten Unternehmen kann auch darin zum Ausdruck kommen, dass sie im gleichen technologischen Bereich arbeiten und hier Innovationsaktivitäten entfalten, sodass in ihrer Standortregion ein „innovatives Kompetenzfeld“ entsteht.

In der öffentlichen Diskussion über „regionale Cluster“ werden diese pauschal teilweise mit „Netzwerken“, teilweise mit „regionalen Branchenschwerpunkten“ gleichgesetzt, wobei auch Wunschdenken eine Rolle spielt: Kleine und für eine gesamte Region bislang unbedeutende Häufungen von Unternehmen aus bestimmten „Modebranchen“ werden zu wesentlichen regionalen Wachstumsmotoren stilisiert. Weiterhin wird teilweise von der Anforderung abgesehen, dass ein hoher Grad an räumlicher Nähe zwischen den in einem „regionalen Cluster“ vorhandenen Akteure gegeben sein muss, um positive Effekte zu bewirken.

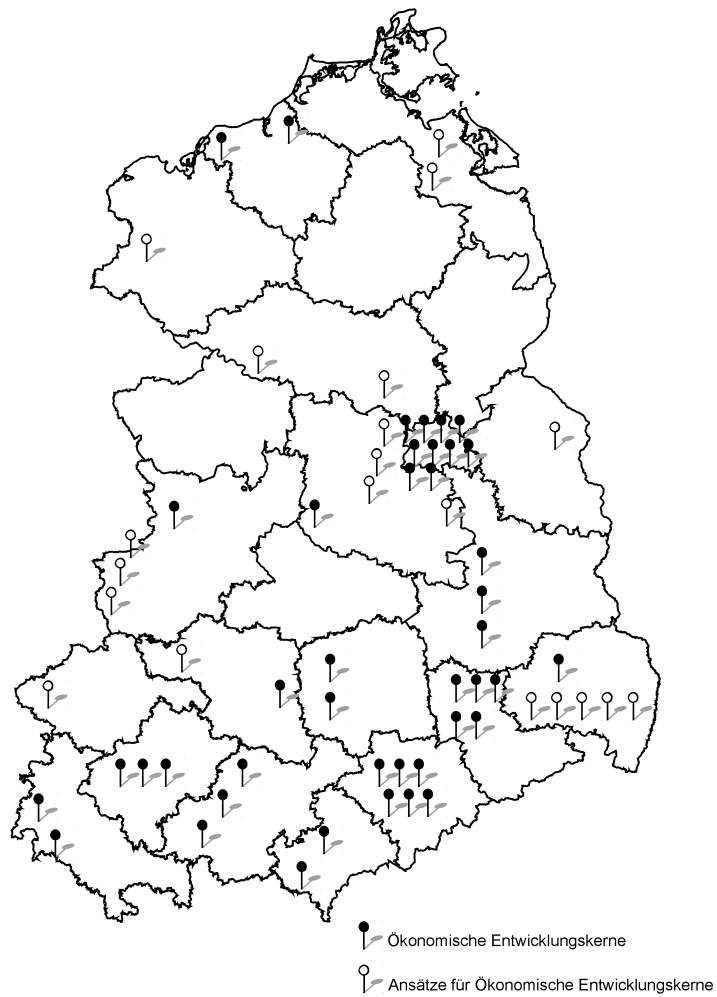
In Anbetracht dieser Begriffsunschärfen sowie des Befundes, dass es bislang hauptsächlich Fallstudien über „regionale Clustern“ in einzelnen Teilräumen, aber kaum flächendeckende Erhebungen von „regionalen Clustern“ für eine größere Region gibt, hat das IWH in einer Studie im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) für alle Raumordnungsregionen in Ostdeutschland drei wesentliche Teilaspekte von „regionalen Clustern“ untersucht, die sich mit einem vergleichsweise geringen empirischen Aufwand ermitteln lassen. Diese Teilaspekte sind (1.) regionale „Branchenschwerpunkte“ i. S. einer besonders ausgeprägten Konzentration einer Branche auf einzelne Teilräume Ostdeutschlands, (2.) die Existenz von Netzwerkbeziehungen zwischen Unternehmen sowie anderen Akteuren („Unternehmensnetzwerke“) und (3.) eine regional konzentriert auftretende Innovationstätigkeit in bestimmten Technikfeldern („innovative Kompetenzfelder“). Explizit ausgenommen von der Untersuchung wurden die Lieferbeziehungen zwischen den Unternehmen, weil deren flächendeckende Ermittlung mit erheblichem zusätzlichem Erhebungsaufwand verbunden gewesen wäre. Für die Frage nach der Existenz eines Branchenschwerpunktes wurden in erster Linie die erst- bis siebtwichtigsten Standorte einer Branche innerhalb Ostdeutschlands insgesamt zugrundegelegt, gemessen am Anteil einzelner Kreise an den Beschäftigten einer Branche in Ostdeutschland insgesamt. Unternehmensnetzwerke wurden auf der Basis von Internetrecherchen sowie einer Expertenbefragung ermittelt. Die Erhebung der innovativen Kompetenzfelder basiert primär auf der Auswertung von Patentstatistiken.

Die Ergebnisse der Studie wurden u. a. auf der Jahrestagung 2004 des Ausschusses für Regionaltheorie und Regionalpolitik des Vereins für Socialpolitik vorgestellt. Zusätzlich zur Textfassung der Untersuchung wurde eine im Internet verfügbare Datenbankversion erstellt, wobei ein Zugriff sowohl über einzelne Branchen als auch über Technologiebereiche sowie über die einzelnen Raumordnungsregionen erfolgen kann. Bereits diese Internetpräsentation kann positive regionale Wachstumsimpulse bewirken, indem sie die Transparenz hinsichtlich der an einzelnen Standorten gegebenen Anknüpfungspunkte für neue Investoren erhöht. Diese Internet-Version kann unter der Adresse <http://www.iwh-halle.de/projects/bbr/index.asp> erreicht und genutzt werden.

Wenn man von den drei betrachteten Elementen ausgeht, d. h. von regionalen Branchenschwerpunkten, Unternehmensnetzwerken und innovativen Kompetenzfeldern, so ist es für jede Region möglich, dass dort Kongruenzen zwischen allen drei Elementen oder zwischen zweien oder gar keine Kongruenzen existieren. Soweit für eine bestimmte Branche innerhalb einer Region eine Kongruenz zwischen den drei Elementen gegeben ist, kann dies als ein *Indiz* für das Vorhandensein eines „regionalen Clusters“ im Porterschen Sinne interpretiert werden. Solche Fälle der räumlichen Kongruenz zwischen den drei untersuchten Elementen wurden im Rahmen der Studie als „Ökonomische Entwicklungskerne“ (kurz: „OEK“) bezeichnet. Es kann vermutet werden, dass sich diese OEK besonders dynamisch entwickeln und für die betreffenden Regionen als „Wachstumsmotoren“ dienen können; die empirische Untersuchung dieser Zusammenhänge muss aber die Aufgabe von weiterführenden Studien sein. Soweit in einer Region mindestens zwei der betrachteten Elemente vorhanden sind, lässt sich von einem dort existierenden „Ansatz für ein OEK“ sprechen, der sich u. U. zu einem OEK weiterentwickeln kann.

Die folgende Karte zeigt die räumliche Verteilung der OEK sowie der Ansätze für OEK und macht deutlich, dass das vielfach diskutierte Bild des Süd-Nord-Gefälles auch in der räumlichen Verteilung der ostdeutschen OEK zum Ausdruck kommt. In zusammenfassender Betrachtung für Ostdeutschland zeigt sich Folgendes: Für vierzehn von dreiundzwanzig ostdeutsche Raumordnungsregionen konnten OEK ermittelt werden, bei denen alle drei untersuchten Teilaspekte gegeben waren. Allerdings ist zusätzlich anzumerken, dass die betreffenden Entwicklungskerne zu einem großen Teil auf eher traditionelle Branchen bezogen sind. Bei neununddreißig von zweiundvierzig OEK gibt es Netzwerkbeziehungen auch mit Wissenschaftseinrichtungen. Für insgesamt zehn Raumordnungsregionen konnte ermittelt werden, dass dort jeweils mehrere OEK vorhanden sind.

Karte:
Ökonomische Entwicklungskerne (OEK) sowie Ansätze für OEK* in den
ostdeutschen Raumordnungsregionen



* Ansätze für OEK sind ausschließlich für diejenigen Raumordnungsregionen ausgewiesen, welche nur über einen OEK oder keinen OEK verfügen.

Quelle: Darstellung des IWH.

In verschiedenen Raumordnungsregionen mit OEK gibt es auch neben dem oder den OEK noch weitere Netzwerke und innovative Kompetenzfelder oder Branchenschwerpunkte. In lediglich vier Raumordnungsregionen gibt es bislang keine OEK und auch keine Ansätze für einen OEK. Demgegenüber zeigen sich für fünf der dreiundzwanzig ostdeutschen Raumordnungsregionen zumindest Ansätze für einen OEK.

Wie gezeigt wurde, weisen die drei untersuchten Elemente in einigen Regionen (und für einige der dortigen Branchen) eine Kongruenz auf, während in anderen Regionen nur jeweils einer oder manchmal auch zwei der untersuchten Elemente gemeinsam auftreten. Hieraus und aufgrund der Erwartung, dass räumliche Nähe zwischen den Unternehmen einer Branche, eine hohe Innovationsneigung sowie die Vernetzung zwischen den wirtschaftlichen Akteuren das regionale Wirtschaftswachstum fördern, lässt sich die Empfehlung ableiten, vor allem auf der kleinräumigen Ebene der Städte und Kreise zu versuchen, die jeweils vorhandenen Standortbedingungen als Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der dortigen OEK sowie Ansätze für OEK weiter zu verbessern. Weiterhin kann versucht werden, die in einer Region jeweils fehlenden oder nur schwach ausgeprägten Elemente von OEK zu ergänzen bzw. zu stärken. So können z. B. Wettbewerbe durchgeführt werden, um solche Vernetzungs-Konzepte zu fördern, die besonders erfolgversprechend erscheinen. In Bezug auf die einzusetzenden Instrumente sollte eine konzentrierte Unterstützung der OEK und ihrer Standortregionen weniger mit Subventionen, sondern eher mit Hilfe von indirekten Maßnahmen der Ansiedlungsförderung, der Bestandspflege und der Gründungsförderung erfolgen. Grundsätzlich sollte überwiegend versucht werden, die in den Entwicklungskern-Regionen gegebenen allgemeinen Standortbedingungen zu verbessern. Dies kommt zwar primär der (den) Branche(n) zugute, die den jeweiligen Entwicklungskern konstituiert (konstituieren), lässt aber auch die Entstehung und das Wachstum anderer Unternehmen und Branchen zu. Zu denken ist u. a. an Maßnahmen zur Infrastruktur- sowie Netzwerkförderung und zur Unterstützung von wesentlichen institutionellen Bedingungen der Wirtschaftsentwicklung.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Franz, P.: Innovative Kompetenzen Ostdeutschlands in den Räumen Berlin und Dresden am stärksten ausgeprägt, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 1/2005, S. 23-28.

Rosenfeld, M. T. W.; Franz, P.; Heimpold, G.; Kronthaler, F.; Günther, J.: Innovative Kompetenzfelder, Produktionsnetzwerke und Branchenschwerpunkte der ostdeutschen Wirtschaft. Endbericht zum Forschungsprojekt im Auftrag des Bun-

desamtes für Bauwesen und Raumordnung, Halle 2004 (im Internet publiziert unter <http://www.iwh-halle.de/projects/bbr/index.asp>).

Kronthaler, F.: Regionale Branchenschwerpunkte in Ostdeutschland: Räumlich stark konzentriert, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 16/2004, S. 459-463.

Neben „regionalen Clustern“ und dem Für und Wider ihrer Förderung ist die Frage nach den Effekten des demographischen Wandels für die Zukunftsperspektiven von einzelnen Regionen und/oder Regionstypen ein weiteres zentrales Thema der aktuellen stadt- und regional-ökonomischen Debatte. Auch hierzu hat das IWH im Jahr 2004 mehrere Untersuchungen durchgeführt. Eine Studie zur Entwicklung

Perspektiven der räumlichen Konzentration und der Ballungsräume in Deutschland

der großen ostdeutschen Städte konnte zeigen, dass in den Zeiträumen 1994-1996 und 1998-2000 noch keine Parallelität von demographischer und ökonomischer Schrumpfung gegeben war. Aus einer weiteren im Jahr 2004 abgeschlossenen Untersuchung lässt sich die Erwartung ableiten, dass der natürliche demographische Wandel (d. h. Veränderungen der Lebenserwartung und der Geburtenraten, unabhängig von Wanderungsbewegungen) die Ballungsräume gegenüber den eher ländlich-peripheren Regionen weiter ökonomisch stärken dürfte. Dabei darf nicht vergessen werden, dass neben dem demographischen Wandel auch zahlreiche andere Faktoren, wie etwa Veränderungen gesellschaftlicher Werte oder technologische Neuerungen, die Raumstrukturen beeinflussen. In einer Studie im Auftrag der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) wurden diese Tendenzen und ihre Auswirkungen auf verschiedene Raumtypen untersucht. Die Untersuchung erfolgte auf der Basis der gängigen Theorien der Raumentwicklung (der Exportbasistheorie, der neoklassischen Außenwirtschafts- und Wachstumstheorie, der Polarisierungstheorien, der endogenen Wachstumstheorie und der New Economic Geography), aus denen Hypothesen über den Zusammenhang zwischen unabhängigen Faktoren (= den erwarteten Tendenzen der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft) und abhängigen Variablen (= den Auswirkungen auf Agglomerations- bzw. räumliche Dekonzentrationsprozesse) abgeleitet wurden.

Im Einzelnen wurden die folgenden Entwicklungstendenzen berücksichtigt: der technologische Wandel in Richtung auf eine verstärkte Entwicklung und Anwendung der Informations- und Kommunikationstechnologien sowie der Bio-, Nano- und Werkstofftechnologien, der Wandel der unternehmerischen Organisationsformen i. S. einer weiteren Zunahme des Outsourcing und der Kooperationsbeziehungen zwischen Unternehmen,

der Wandel der Präferenzen in Richtung auf eine verstärkte Nachfrage nach individualisierten Produkten sowie personenbezogenen Dienstleistungen, der weitere Wandel der Volkswirtschaft von der Industrie- zur Wissensgesellschaft, die Globalisierung i. S. einer Zunahme internationaler Wirtschaftsverflechtungen sowie schließlich die zunehmende Bedeutung intraregionaler Faktoren (Netzwerke, innovative Milieus) für die Güterproduktion („Regionalisierungsstendenz“).

Im Ergebnis der Untersuchung konnte gezeigt werden, dass die meisten der betrachteten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Tendenzen mittelfristig – d. h. in den nächsten 15-20 Jahren – vermutlich eine weitere Stärkung der Agglomerationsräume und der verstärkten Räume gegenüber den eher ländlich-peripheren Räumen mit sich bringen werden. Lediglich die Tendenz der sinkenden Transaktions- und Informationskosten sowie die steigende Nachfrage nach freizeitorientierten Dienstleistungen wirken in Richtung auf eine räumliche Dekonzentration.

Die erwarteten weiteren Agglomerationstendenzen sind aus der Sicht des bislang vorherrschenden Paradigmas der Raumordnungs- und Regionalpolitik (das auf eine Stärkung der ländlich-peripheren Regionen ausgerichtet ist) sicherlich als unerwünscht zu bezeichnen. Sofern diese Ausrichtung beibehalten werden sollte, dürfte sich der politische Handlungsbedarf aufgrund der erwarteten Agglomerationstendenzen zukünftig im Vergleich zu heute noch weiter erhöhen. Bei einem Paradigmawechsel – wie er heute verstärkt diskutiert wird – würde sich aus der Perspektive einer eher wachstumsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik ein geringerer ausgleichspolitischer Handlungsbedarf ergeben.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Rosenfeld, M. T. W.; Kronthaler, F.; Kawka, R.: Nicht-demographische Einflussfaktoren der Regionalentwicklung in Deutschland. Expertise im Auftrag der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, in: Martin T. W. Rosenfeld, Claus Schlömer (Hrsg.), Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels, Teil 4. Arbeitsmaterial der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, ARL, Nr. 312. Hannover 2004.

Franz, P.: Schrumpfende Städte – schrumpfende Wirtschaft?, Der Fall Ostdeutschlands, in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, 43. Jg., Bd. I, S. 33-50.

Rosenfeld, M. T. W.: Demographischer Wandel, unternehmerische Standortentscheidungen und regionale Disparitäten der Standortentwicklung, in: Räumliche Auswirkungen des demographischen Wandels. Arbeitsmaterial der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, ARL. Hannover 2005.

Agglomerationsvorteile kommen nicht zuletzt in Wissensspillovers zum Ausdruck, die sowohl von privaten Firmen als auch von öffentlichen Wissenschaftseinrichtungen ausgehen können. Öffentliche Wissenschaftseinrichtungen haben ihre Standorte i. d. R. in den größeren Städten und Ballungsräumen. Es besteht die Vermutung, dass die von den öffentlichen Wissenschaftseinrichtungen ausgehenden Wissenstransfers zu einem großen Teil jenen Unternehmen zugute kommen, die in räumlicher Nähe zu den Wissenschaftseinrichtungen angesiedelt sind (sich also ebenfalls in den Ballungsräumen konzentrieren). Diese Vermutung rührt aus dem Umstand her, dass das sog. nichtkodifizierte Wissen („tacit knowledge“) nur über direkte persönliche Kontakte vermittelt werden kann, wie sie am ehesten innerhalb der Wohn- und Arbeitsregion von Forschern zu erwarten sind. Ferner haben Hochschulabsolventen vielfach eine Neigung, sich am Ort ihres Studiums selbständig zu machen oder dort eine abhängige Beschäftigung aufzunehmen. Auch neuere Studien u. a. des US-amerikanischen Regionalökonom Florida zur „kreativen Klasse“ messen aufgrund der skizzierten Zusammenhänge den herkömmlichen sog. „weichen“ Standortfaktoren eine geringere Bedeutung bei als der Existenz von Strukturen, die den Austausch von „tacit knowledge“ über vielfältige Spillover-Kanäle begünstigen und vorrangig in den großen Städten vorhanden sein dürften.

Die Bedeutung von räumlicher Nähe für die Wissensspillovers von Hochschulen und Forschungseinrichtungen

Vor dem skizzierten Hintergrund führte das IWH eine empirische Untersuchung zu den Innovations- und Wachstumseffekten von öffentlichen Wissenschaftseinrichtungen am Beispiel der Wissenschaftseinrichtungen im Ballungsraum Halle durch. Das Ziel der Untersuchung war, herauszufinden, ob die Unternehmen in der Standortregion von Wissenschaftseinrichtungen mehr Vorteile von der Existenz „ihrer“ Wissenschaftseinrichtungen haben als Unternehmen in anderen Regionen – anders ausgedrückt: Ob räumliche Nähe für das Zustandekommen und die Intensität von Wissenstransfers von Bedeutung ist. Dieses Forschungsprojekt wurde vom Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt finanziell gefördert und in enger Kooperation mit der Hochschule Harz sowie der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg (Lehrstuhl Prof. Dr. Weimann) durchgeführt. Die wichtigsten Ergebnisse wurden u. a. auf der Jahrestagung 2004 der European Regional Science Association sowie auf der Jahrestagung 2004 des International Institute for Public Finance vorgestellt. Die Grundlage der Untersuchung bildeten eine schriftliche Befragung von wissensbasierten Unternehmen in Sachsen-Anhalt sowie eine schriftliche Befragung der Wissenschaftseinrichtungen in der Region Halle. Der Faktor „räumliche Nähe“

wurde durch eine Differenzierung zwischen der Region Halle, dem Land Sachsen-Anhalt insgesamt sowie dem „Rest der Welt“ operationalisiert.

Eine knappe Mehrheit der befragten Unternehmen (54,5%) in Sachsen-Anhalt hatte im Untersuchungszeitraum Kontakt mit Wissenschaftseinrichtungen; diese Unternehmen lassen sich also als „transferorientiert“ bezeichnen. Dabei wurde auch die Einstellung von Hochschulabsolventen als Kontakt oder „Wissenstransfer“ berücksichtigt. Für die Seite der Forscher wurde ermittelt, dass 75,7% von ihnen transferorientiert waren. Für 84,5% aller befragten Unternehmen in Sachsen-Anhalt waren die Wissenschaftseinrichtungen in der Region Halle ohne Bedeutung. Allerdings ist festzuhalten, dass die mit den Wissenschaftseinrichtungen in Halle kooperierenden Unternehmen zu 85% der Auffassung waren, dass die damit verbundenen Wissenstransfers für sie mit Vorteilen verbunden waren. Ein Blick auf die Seite der Forscher zeigt, dass 62,6% der transferorientierten Forscher aus Halle u. a. *auch* Kontakte mit Unternehmen des Landes Sachsen-Anhalt hatten, während 37,4% gar keine Kontakte zu Unternehmen in Sachsen-Anhalt hatten. Bereits aus diesen Angaben lässt sich ableiten, dass die sachsen-anhaltischen Forscher zum Export ihres Wissens tendieren: Für mehr als 1/3 der transferorientierten Forscher aus Halle bieten sich offenbar unter den dortigen Unternehmen keine für sie geeigneten Partner an.

Sowohl aufgrund der schriftlichen Befragung der Unternehmen als auch aufgrund der Befragung der Wissenschaftseinrichtungen der Region Halle ergibt sich das Bild eines „Distanz-Paradox“, d. h., mit zunehmender Entfernung zwischen Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen nimmt die Intensität der Beziehungen zwischen beiden Seiten zunächst ab, dann aber wieder zu. Anders ausgedrückt: Die Wissenschaftseinrichtungen in der Region Halle sind für die innerhalb dieser Region angesiedelten Unternehmen von größerer Bedeutung als für Unternehmen im Rest von Sachsen-Anhalt, aber auch von großer Bedeutung für Unternehmen, die ihren Sitz in anderen Bundesländern haben. Es kommt damit zu einem beträchtlichen Export von Wissen aus der Region Halle. Umgekehrt orientieren sich die Unternehmen in der Region Halle zwar deutlich stärker auf die dort angesiedelten Wissenschaftseinrichtungen als auf Wissenschaftseinrichtungen im Rest von Sachsen-Anhalt, aber von großer Bedeutung für die Unternehmen der Region Halle ist auch der Import von Wissen von Wissenschaftseinrichtungen, die ihren Sitz außerhalb Sachsen-Anhalts haben. Dieser Befund stützt einerseits die Vermutung, dass räumliche Nähe für den Transfer von Wissen von Bedeutung ist. Andererseits sind sowohl die Unternehmen als auch die Wissenschaftseinrichtungen da-

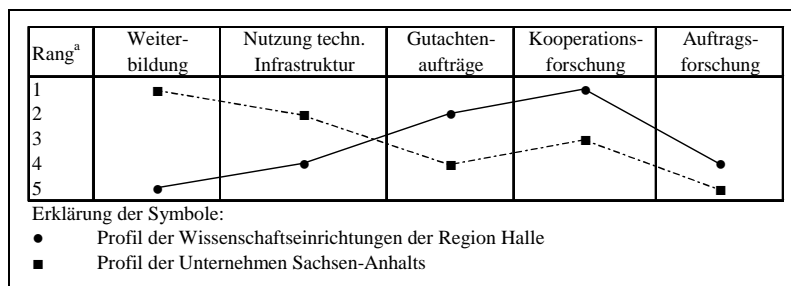
zu in der Lage, mit eher weit entfernt angesiedelten Partnern Wissenstransfers zu praktizieren.

Eine der möglichen Erklärungen für das „Distanz-Paradox“ ist der Befund, dass es ein fachliches *mismatch* zwischen den Angeboten der Wissenschaftseinrichtungen aus der Region Halle und der Nachfrage der Unternehmen in der Region Halle respektive in Sachsen-Anhalt gibt. Wie der Abbildung 1 entnommen werden kann, gibt es z. T. gravierende Unterschiede zwischen den Transferpartnern hinsichtlich ihrer Präferenz für verschiedene Transferformen. Während die Forscher die aufwändigen und hochwertigen Transferformen (Kooperationsforschung, Gutachtaufträge) präferieren, sind die Unternehmen stärker an weniger aufwändigen und weniger hochwertigen Transferformen interessiert.

Abbildung 1:

Profile der Anbieter und Nachfrager nach Wissenstransfers

- Rangfolge verschiedener Transferformen aus Sicht der transferorientierten Forscher bzw. Unternehmer -



^a Die Rangfolge gibt an, in welchem Verhältnis die angeführten Transferformen von den transferorientierten Forschern bzw. Unternehmern praktiziert wurden.

Quellen: IWH-Forscherbefragung 2003, IWH-Wissenstransferbefragung 2003, Darstellung des IWH.

Die Orientierung der sachsen-anhaltischen Unternehmen auf die weniger aufwändigen Transferformen deutet auf Schwächen im Unternehmenssektor (geringe Absorptionsfähigkeit) hin, die nicht zuletzt dem Umstand geschuldet sein dürften, dass die meisten Unternehmen in Sachsen-Anhalt eher klein und noch recht jung sind.

Für die Politik lässt sich zunächst schlussfolgern, dass räumliche Nähe in der Tat wichtig ist und die Unternehmen in der Region Halle – wie vermutlich auch in anderen Regionen – ohne die in ihrer Nähe angesiedelten Wissenschaftseinrichtungen schlechter dastünden als heute. Aufgrund der dargestellten eher schwachen „Absorptionsfähigkeit“ der Unternehmen in

Halle und im restlichen Sachsen-Anhalt dürfte eine *alleinige* Konzentration der Raumentwicklungspolitik auf einen Ausbau von Wissenschaftseinrichtungen wenig dazu angetan sein, um die wirtschaftlichen Probleme in Sachsen-Anhalt zu lösen – es sei denn, man würde versuchen, mit Hilfe von Wissenschaftseinrichtungen die Probleme des Unternehmenssektors direkt anzugehen. Hier ist vor allem an eine verstärkte Förderung der Spin-Off-Tätigkeit zu denken, durch welche der wissenstransferorientierte Unternehmensbesatz in Sachsen-Anhalt erhöht werden könnte. Ergebnisse der IWH-Studie deuten an, dass Spin-Offs besonders intensiv mit ihren Inkubatoren interagieren.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Rosenfeld, M. T. W.; Franz, P.; Roth, D.: Was bringt die Wissenschaft für die Wirtschaft in einer Region? Regionale Innovations-, Wachstums- und Einkommenseffekte von öffentlichen Hochschulen und Forschungseinrichtungen am Beispiel der Region Halle. Schriften des IWH, Band 18. Nomos-Verlagsgesellschaft Baden-Baden 2005.

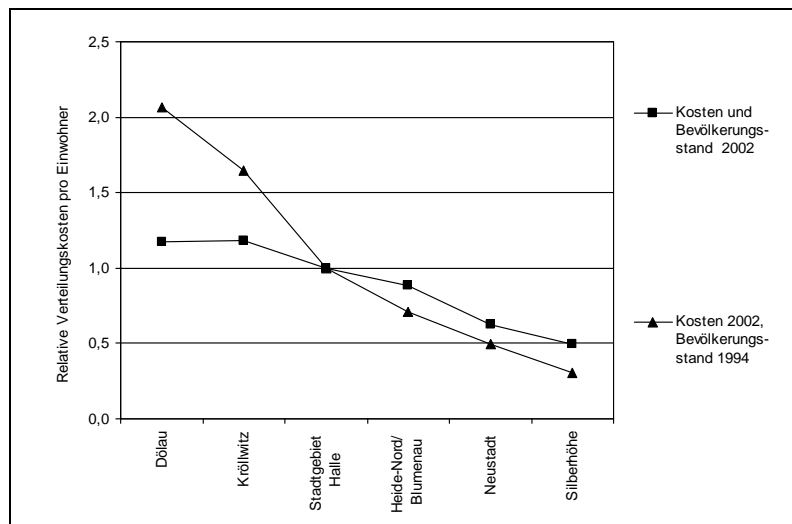
Franz, P.: Innovative Milieus in ostdeutschen Stadtregionen: „sticky places“ der kreativen Klasse?, in: U. Matthiesen, (Hrsg.), Stadtregion und Wissen – Analysen und Plädoyers für eine wissensbasierte Stadtpolitik. Wiesbaden 2004, S. 109-122.

Während im Verhältnis der Ballungsräume zu den eher peripheren Regionen – wie oben skizziert wurde – in Zukunft unverändert für die Ballungsräume günstigere Entwicklungsbedingungen zu erwarten sind, zeigt sich zugleich infolge des demographischen Wandels auch heute bereits in manchen Ballungsräumen ein Rückgang der Einwohnerzahlen, wenngleich dieser deutlich schwächer als in den peripheren Regionen ausgeprägt ist. Vom Bevölkerungsrückgang werden zumeist negative volkswirtschaftliche Auswirkungen erwartet. Eine häufig in diesem Zusammenhang angeführte Befürchtung ist die, dass infolge sinkender Bevölkerungszahlen die Kosten der kommunalen Ver- und Entsorgungsleistungen (pro Mengeneinheit oder pro Einwohner) für die verbleibenden Einwohner deutlich ansteigen würden, da sich die entstandenen Überkapazitäten kurzfristig nicht abbauen lassen. Gerade in Ostdeutschland wird der demographische Wandel seit der Wende sowohl durch Abwanderung ins Umland der Kernstädte als auch nach Westdeutschland verstärkt.

Kostenexplosion im Bereich kommunaler Versorgungsleistungen bei sinkenden Bevölkerungszahlen?

Das IWH führte zu dieser Thematik mit Unterstützung der Halleschen Wasser- und Abwasser GmbH eine Fallstudie für fünf Stadtviertel in Halle durch, deren Ergebnisse auf der Jahrestagung 2004 der European Regional Science Association präsentiert wurden. Es konnte am Beispiel des Trinkwasser- und Abwasserbereichs zum einen gezeigt werden, dass dichtbesiedelte Viertel generell Kostenvorteile bei der Wasserver- und Abwasserentsorgung haben, was entsprechend zu einer Kostenunterdeckung durch die Wasser- und Abwassergebühren in dünn- und zu einer Kostenüberdeckung in dichtbesiedelten Stadtteilen führt.

Abbildung 2:
Streuung der Verteilungskosten im Bereich des Abwassers für ausgewählte Stadtviertel in Halle
- 1,0 = durchschnittliche Verteilungskosten für das gesamte Stadtgebiet -



Quelle: Berechnungen des IWH.

Zum anderen hat sich die Kostenhierarchie (Rangfolge der untersuchten Stadtviertel nach Kosten pro Einwohner) im Zeitverlauf nicht verändert, und zwar trotz massiven Bevölkerungsschwunds in den hochverdichteten Plattenbauvierteln (Bevölkerungsverluste zwischen 33 und 50% allein im Zeitraum 1994-2002) und Bevölkerungszuwachs in den untersuchten gering verdichteten Gebieten. Die Abbildung 2 illustriert diesen Zusammenhang für die Verteilungskosten des Abwasserbereichs. Die Stadtteile sind in der Abbildung von links nach rechts mit steigender Bevölkerungsdichte angeordnet. Dabei handelt es sich bei Dölau und Kröllwitz um eher dünn-

besiedelte Wohngebiete mit hohem Besatz an Einfamilienhäusern, während die übrigen Viertel durch hochverdichtete Plattenbausiedlungen gekennzeichnet sind. Aus Gründen der Vertraulichkeit der zur Verfügung gestellten Unternehmensdaten ist hier nur das Verhältnis der durchschnittlichen Verteilungskosten des jeweiligen Stadtviertels zu den durchschnittlichen Verteilungskosten für das gesamte Stadtgebiet dargestellt. So betragen beispielsweise die Verteilungskosten pro Einwohner in Dörlau beim Bevölkerungsstand von 1994 ungefähr das Doppelte der durchschnittlichen Verteilungskosten pro Einwohner für das gesamte Stadtgebiet Halles.

Aus den Ergebnissen dieser innerstädtischen Fallstudie lässt sich zunächst die Schlussfolgerung ziehen, dass für den „Stadtumbau Ost“ die langfristige Minimierung der Versorgungskosten berücksichtigt werden sollte. Dazu zählt zum Beispiel das Verhindern einer übermäßigen Ausdünnung der Bevölkerungsdichte. Dies darf allerdings nicht als genereller Aufruf zur Rettung der hochverdichteten Plattenbaugebiete interpretiert werden, denn die massiven Bevölkerungsverluste dieser Stadtviertel zeigen deutlich, dass diese Wohnbebauung nicht den Präferenzen der Bewohner entspricht. Weiterhin ist in Anbetracht der trotz des dort erfolgten massiven Bevölkerungsverlustes immer noch niedrigeren Kosten je Einwohner in den dichterbesiedelten Stadtvierteln dafür zu plädieren, die Kostensteigerung infolge einer Beibehaltung überdimensionierter Leitungsnetze gegenüber den Kosten des vielfach pauschal befürworteten Rückbaus der Netze abzuwägen.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Haug, P.: Sinkende Einwohnerzahlen und steigende Kosten für kommunale Leistungen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 11/2004, S. 306-312.

Die derzeitige Situation bei der Liberalisierung kommunaler Leistungen kann nur als Reformstau bezeichnet werden. Auf der EU-Ebene machten die Konsultationen zum Grünbuch (2003) zu den Dienstleistungen von allgemeinem Interesse deutlich, dass die Mitgliedsstaaten nicht an einer Ausweitung der Kompetenzen der EU in diesem Bereich und folglich auch nicht an einer Liberalisierung dieser Bereiche interessiert sind. Die EU-Kommission folgt in ihrem Weißbuch vom 12. Mai 2004 im Wesentlichen dieser Position und verzichtet zum jetzigen Zeit-

Weshalb kommt die Privatisierung kommunaler Leistungen so schlecht voran? Ein politökonomischer Erklärungsversuch

punkt auf einen Vorschlag zu einer europäischen Rahmenrichtlinie. Auf nationaler Ebene sind etwa in Deutschland weiterhin als besonders sensibel angesehene Bereiche (z. B. der Trinkwassersektor) der kommunalen Leistungsangebote von Liberalisierungsbestrebungen explizit ausgenommen. Die deutschen Kommunen privatisieren und liberalisieren, wenn überhaupt, vor allem aus finanzieller Not.

Die Aussagen der Wohlfahrtsökonomik zur generellen Beurteilung kommunaler Wirtschaftstätigkeit sind eindeutig: Selbst wenn Marktversagen (z. B. Umweltprobleme, Gerechtigkeitsüberlegungen) vorliegt, was in vielen Bereichen der Kommunalwirtschaft tatsächlich der Fall ist, rechtfertigt dies zwar kommunale Eingriffe in den Markt, aber nicht notwendigerweise die kommunale Produktion. In den meisten Fällen sind daher gesamtgesellschaftliche Wohlfahrtsgewinne durch Liberalisierung zu erwarten. Eine Ausnahme bilden möglicherweise einige für die Kommunen relevante Netzwerksektoren wie z. B. der Wasser- und Abwasserbereich, wenn die Kosten der Regulierung privater Unternehmen die Wohlfahrtsverluste bei staatlicher Produktion übersteigen.

Das IWH untersuchte in einer Studie, deren Ergebnisse im Rahmen der Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V. am 22. April 2004 präsentiert wurden, weshalb angesichts der angeführten, in der ökonomischen Literatur seit langem vertretenen Vorstellungen die Liberalisierungsbestrebungen in der Kommunalwirtschaft nicht so recht vorankommen. Es ist zu vermuten, dass dies im Wesentlichen auf den massiven politischen Widerstand der derzeitigen Nutznießer des Status quo in der Kommunalwirtschaft zurückzuführen ist. Worin liegt nun dieses hohe Aktivitätsniveau der Nutznießer im Vergleich zur Passivität der Geschädigten begründet? Unabhängig von den rechtlichen Rahmenbedingungen ist der „Schaden“ (i. S. von Wohlfahrtsverlusten z. B. durch überhöhte Preise, Fehlallokation von Produktionsfaktoren) einer konkreten öffentlichen Produktion bzw. der Nutzen von Liberalisierungsbestrebungen nur schwer quantifizierbar, erst mittelfristig spürbar und im Durchschnitt eher marginal pro Geschädigtem (private Haushalte, private Unternehmen oder Steuerzahler). Der „Nutzen“ des institutionellen Status quo hingegen (Arbeitsplätze, zusätzliche Einnahmen für die Kommunen, Verteilungseffekte) ist gut quantifizierbar, individuell zurechenbar und auch kurzfristig spürbar. Nutznießer des Status quo sind vor allem die Mitarbeiter öffentlicher Unternehmen und deren Gewerkschaftsvertreter, die Kommunen, die nationalen Parlamentarier und Regierungen sowie diverse Interessenverbände.

Die Nutznießer des Status quo in der Kommunalwirtschaft sind gut organisierbare (weil relativ kleine) Gruppen mit homogenen Interessen, während die Geschädigten eher heterogene und große Gruppen mit entsprechend hohen Organisationskosten bilden. Man kann also sagen, dass die Profiteure aufgrund des niedrigen Kosten-Nutzenverhältnisses starke Anreize zur Verhinderung von Liberalisierungsbestrebungen in der Kommunalwirtschaft haben, während die Geschädigten aufgrund ihres hohen Kosten-Nutzenverhältnisses in dieser Sache politisch eher passiv bleiben. Ein Indiz für die geringeren Organisationskosten der Nutznießer ist z. B. die starke Präsenz von Kommunalvertretern im deutschen Bundestag: Mit einer empirischen Erhebung konnte festgestellt werden, dass für nahezu 40% der Abgeordneten eine maßgebliche oder sogar eine stark ausgeprägte berufliche oder nebenberufliche Bindung zu den Kommunen gegeben ist. Aufgrund dieses Befundes sind die Chancen für eine durch den Bund initiierte Liberalisierung der Märkte für kommunale Leistungsangebote zurzeit eher gering einzuschätzen.

Eine Liberalisierung kann vermutlich nur bei einer Veränderung der heutigen Rahmenbedingungen erreicht werden. Eine Gemeindefinanzreform, die bei der Ausgaben- wie Einnahmenverteilung den Prinzipien der Konnexität und Subsidiarität folgen würde, um z. B. die Kommunen unabhängiger von den Einnahmen ihrer „Melkkühe“ (der Stadtwerke) zu machen, könnte die Kosten der Liberalisierung für die Kommunen vermutlich senken. Eine Beschränkung der Macht der Reformblockierer kann auch durch einen intensiveren politischen Wettbewerb auf der kommunalen Ebene erreicht werden, bei dem auch die öffentliche Diskussion über die Vor- und Nachteile einer Liberalisierung eine Rolle spielt. Dazu kann auch die Wissenschaft beitragen, indem sie die tatsächlichen Kosten wie die Nutzen des heutigen Systems der kommunalen Leistungsangebote transparenter macht. Das IWH ist bestrebt, hierzu durch entsprechende empirische Untersuchungen einen Beitrag zu leisten.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Haug, P.; Rosenfeld, M. T. W.: The Reform of Local Public Services of General Interest in Europe, in: Applied Economics Quarterly (Supplement). The European Reform Logjam and the Economics of Reform, Band 55 (2004), S. 31-50.

Abteilung Strukturwandel

Leiter: Dr. Joachim Ragnitz

Die Forschungsaktivitäten in der Abteilung Strukturwandel konzentrierten sich im Berichtsjahr auf Themen aus dem Forschungsschwerpunkt „Wirtschaftsräume im Konvergenzprozess“ des IWH-Forschungsplans 2003/2004. Besonders hervorzuheben sind dabei die Arbeiten zum Beitrag auswärtiger Investoren auf regionale Konvergenzprozesse, Evaluationsuntersuchungen zur Wirtschaftsförderung und zur Verwendung der Transferleistungen für die neuen Länder sowie die Analysen zu den Auswirkungen des demographischen Wandels auf Wirtschaftsstruktur und Wachstum. Darüber hinaus wurde eine Reihe von Beiträgen zur Einschätzung des Aufholprozesses der ostdeutschen Wirtschaft (einschließlich differenzierter Branchenanalysen) sowie zur Netzbildung in ausgewählten Branchen und Regionen erstellt. Im Folgenden werden einige Forschungsergebnisse genauer dargestellt.

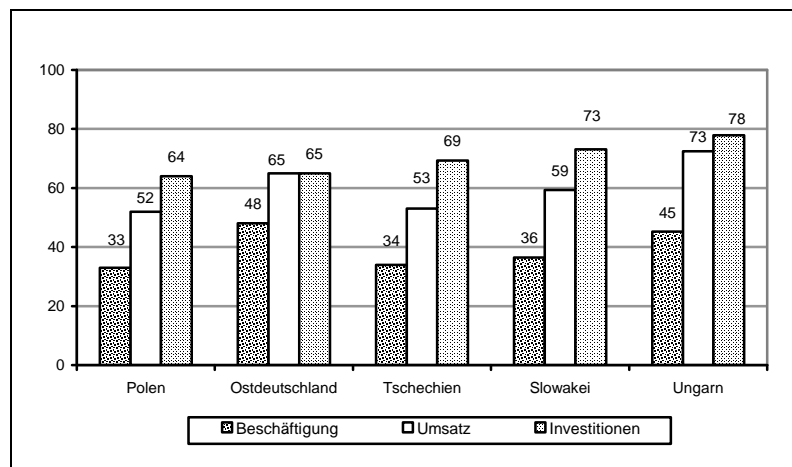
Ausländischer Investoren im Konvergenzprozess

Ähnlich wie die Länder Mittel- und Osteuropas hat Ostdeutschland seit der Marktöffnung im Jahre 1990 in hohem Maße Investoren aus Westdeutschland und dem Ausland angezogen. Bislang vorliegende Informationen hierzu beschränkten sich aber **Ostdeutschland** auf die ausländischen Investitionen in Ostdeutschland, da eine statistische Erfassung der westdeutschen Investoren in den neuen Ländern nicht erfolgt; selbst hier waren erhebliche Lücken in der statistischen Erfassung zu verzeichnen, die einen Vergleich mit den übrigen Transformationsländern unmöglich machten. Diese Lücke hat das IWH mit einer Auswertung verschiedener Datenquellen sowohl für Ostdeutschland als auch für die MOE-Länder zu schließen versucht.

Wie die Untersuchung gezeigt hat, entfällt auf externe Investoren in Ostdeutschland wie in den MOE-Ländern ein hoher Anteil der Investitionen, der Beschäftigung und der Umsätze im gesamten Verarbeitenden Gewerbe (vgl. Abbildung). Bei Berücksichtigung auch der westdeutschen Investoren in den neuen Ländern liegen die Investitionsvolumina auswärtiger Investoren hier aber weit vor jenen in Polen, Tschechien und Ungarn (absolut und pro Kopf). Ein wesentlicher Grund dafür besteht darin, dass Ostdeutschland – anders als die mittel- und osteuropäischen Länder – schon

mit der deutschen Wiedervereinigung der EU beitrug, was Investoren unter anderem Rechtssicherheit und eine von Anfang vollständige Einbindung in den europäischen Binnenmarkt bot. Ferner kam Ostdeutschland in den Genuss höherer Investitionsförderungen. Allerdings, so ein weiteres Resultat der Studie, dürften die höheren Löhne in den neuen Ländern zu einer entsprechend höheren Kapitalintensität geführt haben, sodass die Angaben zu den Investitionsvolumina nicht die wahre Bedeutung der auswärtigen Unternehmen für die ostdeutsche Wirtschaft widerspiegeln.

Abbildung:
Anteil der auswärtigen Investoren an der Beschäftigung, dem Umsatz und den Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes 2001
- in % -



Ostdeutschland (einschließlich Berlin-Ost): Betriebe aller Größenklassen, die sich mehrheitlich in ausländischem oder westdeutschem Besitz befinden; Polen: Unternehmen mit mehr als 5 Beschäftigten und einer ausländischen Kapitalbeteiligung von mehr als 10%; Tschechien: Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten und einer ausländischen Kapitalbeteiligung von mehr als 10%; Ungarn: Unternehmen aller Größenklassen und einer ausländischen Kapitalbeteiligung von mehr als 10%. Slowakei: Unternehmen aller Betriebsgrößen und einer ausländischen Kapitalbeteiligung von mehr als 10%.

Quellen: MOE-Länder: Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW); Ostdeutschland: IAB-Betriebspanel; Berechnungen des IWH.

Weiterhin zeigt sich, dass die technologische Leistungsfähigkeit der auswärtigen Investoren in Ostdeutschland – gemessen an einer Reihe verschiedener Indikatoren – deutlich über der einheimischer Unternehmen liegt, so bei der Häufigkeit von Produktinnovationen, insbesondere auch bei Marktneuheiten, und bei organisatorischen Neuerungen. Dasselbe gilt im Hin-

blick auf die Arbeitsproduktivität (Wertschöpfung je Beschäftigten), die in Betrieben auswärtiger Investoren mehr als doppelt so hoch ist wie in einheimischen Betrieben. Die Divergenz bezüglich der Arbeitsproduktivität ist auch dann noch sehr deutlich, wenn man die Unterschiede zwischen auswärtigen und einheimischen Betrieben hinsichtlich ihrer Branchen- und Betriebsgrößenklassen berücksichtigt.

Eine ökonometrische Untersuchung zu den Determinanten der Innovationsneigung ostdeutscher Betriebe zeigt, dass die Betriebsgröße, das Vorhandensein von FuE, Exportorientiertheit und Modernität der Anlagen signifikante Einflussgrößen darstellen, nicht aber der Eigentumsstatus an sich. Allerdings sind gerade diese Größen bei auswärtigen Investoren aufgrund der Spezifika der ostdeutschen Unternehmenslandschaft besonders günstig ausgeprägt. Insoweit wird die Aussagekraft der erzielten Ergebnisse hierdurch nicht grundlegend beeinträchtigt.

Für die regionale Wirtschaftsentwicklung sind auswärtige Investoren vor allem deshalb interessant, weil Spillover-Effekte zugunsten bereits ansässiger lokaler Unternehmen vermutet werden. Diese können sich unter anderem über den Mechanismus des Technologietransfers vollziehen, was gerade vor dem Hintergrund höherer technologischer Leistungsfähigkeit externer Investoren zu erwarten wäre. Ökonometrische Untersuchungen mit Daten des IAB-Betriebspanels zeigen jedoch keinen positiven Zusammenhang zwischen der Präsenz auswärtiger Investoren und der Arbeitsproduktivität einheimischer Betriebe in Ostdeutschland. Dabei berücksichtigte die Untersuchung – anders als die bisherigen Spilloverstudien – bereits Branchencluster im Sinne von Inputverflechtungen und räumliche Nähe bis hin zu Raumordnungsregionen. Insoweit haben sich Erwartungen, die sich an die (geförderte) Neuansiedlung von Unternehmen in Ostdeutschland geknüpft haben, bislang nicht in hinreichendem Maße erfüllt.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Günther, J.: Technological Capability of Foreign and West German Investors in East Germany. IWH-Diskussionspapiere Nr. 189, März 2004.

Lehmann, H.; Günther, J.: Technology Spillovers from External Investors in East Germany: no Overall Effects in Favor of Domestic Firms. IWH-Diskussionspapiere Nr. 198, Dezember 2004.

Ergänzung fanden die Arbeiten zu auswärtigen Investoren in Ostdeutschland durch entsprechende Untersuchungen für die Transformationsländer Mittel- und Osteuropas. Diese Staaten sind im Vergleich zum Westen Europas trotz aller Entwicklungsfortschritte der letzten 15 Jahre durch wirtschaftliche Rückständigkeit gekennzeichnet. Allerdings ist die relative Rückständigkeit dieser Region nicht unmittelbar Folge des Zusammenbruchs der sozialistischen Wirtschaftsordnung, sondern war auch schon kennzeichnend für die wirtschaftliche Situation vor dem Zweiten Weltkrieg.

Im Rahmen eines interdisziplinären Forschungsprojektes in Kooperation mit der Europa Universität Viadrina wurde der Frage nachgegangen, ob die ostmitteleuropäischen Länder nach dem Ende der Planwirtschaft trotz der in hohem Maße von ausländischen Investoren induzierten Modernisierungsprozesse heute an die von relativer technologischer Rückständigkeit gekennzeichnete Situation vor dem Zweiten Weltkrieg anknüpfen (Stichwort: Pfadabhängigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung). Den Auftakt des Projektes bildete die im Mai 2004 am Institut für Wirtschaftsforschung Halle durchgeführte internationale Tagung zum Thema „Kontinuität und Wandel ausländischer Direktinvestitionen in Ostmitteleuropa“, die Wissenschaftler aus verschiedenen Ländern und Fachrichtungen zusammenführte, die sich mit Teilaspekten der Projektfragestellung auseinandersetzten. Eine Publikation der Forschungsergebnisse in Form eines Buches (Sammelband) ist in Vorbereitung.

Die in erster Linie wirtschaftshistorisch angelegte Untersuchung erfolgt durch die vergleichende Darstellung der ausländischen Direktinvestitionstätigkeit in der Zwischenkriegszeit und heute. Vor dem Hintergrund der bisherigen Untersuchungen ist zu konstatieren, dass es hinsichtlich der Herkunftsländer ausländischer Investitionen klare Kontinuitäten gibt, zum Beispiel die starke Rolle der französischen Investoren in Polen und der österreichischen Direktinvestitionen in Tschechien und Ungarn. An vielen anderen Aspekten wird jedoch deutlich, dass sich die Situation heute erheblich von der Zwischenkriegszeit unterscheidet. Der Rückgang des Anteils von ausländischen Direktinvestitionen in Osteuropa von 10% im Jahre 1914 auf 3% nach 1990 (gemessen an den weltweiten Investitionen) ist nur ein Indikator dieser Diskontinuitäten. Eine mögliche Folge könnte sein, dass sich die Region Ostmitteleuropa erneut zur Peripherie Westeuropas entwickelt.

Evaluation wirtschaftspolitischer Maßnahmen

Mit Blick auf die Konvergenz von Wirtschaftsräumen und ihre politische Beeinflussbarkeit ist es von zentraler Bedeutung, ob wirtschaftspolitische Maßnahmen die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen. Dies gilt insbesondere auch für die direkte Unternehmensförderung, die zum einen hohe finanzielle Mittel beansprucht, zum anderen wegen ihrer Selektivität nicht unbedingt als effizientes wirtschaftspolitisches Instrument gilt.

Eine wissenschaftlichen Kriterien genügende Evaluierung steht vor dem grundsätzlichen Problem, dass eine echte nachträgliche Kontrolle der induzierten Mehrinvestitionen oder gar eine Bewertung ihres Markterfolgs schwierig ist, weil keine Informationen darüber vorliegen, ob ein Betrieb nicht in gleicher oder ähnlicher Höhe auch ohne Förderung investiert hätte. Es sind inzwischen aber eine Reihe von Verfahren entwickelt worden, die dieses grundlegende Problem mit hinreichender Genauigkeit lösen können. In Fortführung entsprechender Arbeiten aus dem Jahr 2003 wurde im Berichtsjahr mit Hilfe eines Matching-Ansatzes versucht, die Wirkung der Investitionsförderung in Ostdeutschland abzuschätzen. Es zeigt sich, dass die Fördergelder durchschnittlich zu einer Verdopplung der Pro-Kopf-Investitionen in den geförderten Betrieben geführt haben, die Fördermittel also keineswegs wirkungslos geblieben sind. Das Ausmaß von Mitnahmeeffekten ist bei der GA demnach eher gering, was mutmaßlich durch die spezifischen Förderkriterien begünstigt wird. Im Vergleich zu alternativen Verfahren liefert der Matching-Ansatz hierbei robuste und konsistente Ergebnisse für die einzelnen Jahre und bei verschiedenen Algorithmen.

Seit dem zweiten Halbjahr 2001 wird zudem im Rahmen eines Dissertationsprojekts in der Abteilung ein sektoral disaggregiertes ökonometrisches Modell entwickelt, das den Strukturwandel in Deutschland unter Berücksichtigung von Vorleistungsverflechtungen abbildet. Dieses Modell ist in der Lage, die kurz- bis langfristigen Beschäftigungs-, Produktions-, Endnachfrage- und Preiswirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen auf sektoraler und gesamtwirtschaftlicher Ebene zu ermitteln.

Ziel der Modellierung ist eine sektoral differenzierte Abbildung der deutschen Wirtschaft. Daher liegt es nahe, die Input-Output-Analyse als Definitionsrahmen des Modells zu wählen. Der traditionelle Input-Output-Ansatz, der eine linear-limitationale Produktionsfunktion zur Erklärung der Vorleistungsströme unterstellt, impliziert konstante Inputkoeffizienten. Diese Annahme ist jedoch für mittel- bis langfristige Zeiträume unange-

messen, denn empirisch verändern sich die Koeffizienten im Laufe der Zeit erheblich. Wesentliche Gründe dafür sind der technische Fortschritt sowie Änderungen in der sektoralen Produktionstechnik, welche wiederum durch sich ändernde relative Inputpreise induziert werden. Daher ist es notwendig, anstelle einer limitationalen eine substitutionale Produktionstechnik anzunehmen. Auf diese Weise kann eine kontinuierliche Anpassung der sektoralen Produktionsprozesse an eine Änderung der relativen Vorleistungspreise modelliert werden, was sich in zeitlich variierenden Inputkoeffizienten widerspiegelt.

Im Berichtsjahr wurde das Modell weiterentwickelt, um damit aktuelle wirtschaftspolitische Fragestellungen besser als in der Vergangenheit untersuchen zu können.

In einer weiteren Untersuchung wurden die finanzwirtschaftlichen Effekte förderpolitischer Maßnahmen für Unternehmensansiedlungen in Ostdeutschland näher analysiert. Hierzu wurden anhand einer Modellrechnung mit realistischen Zahlenwerten die verausgabten Fördermittel (unter Berücksichtigung der gemeinsamen Finanzierung durch Bund, Länder und EU) auf der einen Seite und die dem Investitionsvorhaben zurechenbaren Steuernehreinnahmen bzw. Minderausgaben bei Bund, Ländern und Gemeinden auf der anderen Seite ermittelt. Es zeigte sich, dass unter den getroffenen Annahmen mit erheblichen zusätzlichen Einnahmen bzw. Ausgabeneinsparungen auf allen föderalen Ebenen zu rechnen ist; diese übertreffen in der Summe in einem typischen Jahr die Ausgaben für die Förderung erheblich. Die hohen Fördereffekte erklären sich vor allem daraus, dass neben dem unmittelbaren Beschäftigungs- und Produktionseffekt im geförderten Unternehmen auch induzierte Effekte bei Zulieferunternehmen berücksichtigt werden müssen. Von den Zusatzeinnahmen profitieren dabei vor allem Bund und Sozialversicherungen. Auf die Länder entfällt nur etwa ein Drittel der Mehreinnahmen.

Um die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte von Ländern und Gemeinden in einem ostdeutschen Bundesland zu ermitteln, müssen darüber hinaus die verschiedenen Stufen des Länderfinanzausgleichs berücksichtigt werden. Dieser führt im Ergebnis dazu, dass zwar nur etwa 7,7% der zusätzlichen Einnahmen im Landeshaushalt tatsächlich auch hier verbleiben; gleichzeitig reduziert sich aber auch die haushaltmäßige Belastung durch die Förderung. Selbst in diesem Fall ist die Förderung unter finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten noch als vorteilhaft für das Land anzusehen; die jährlichen Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben (unter Berücksichtigung der anfangs zu zahlenden Ausgaben für die Förderung) belaufen sich in den hier zugrundegelegten Zahlenbei-

spielen auf 6,0% bis 13,4% der verausgabten Landesfördermittel, sofern das Unternehmen tatsächlich im Investitionsland steuerpflichtig ist. Dies bedeutet, dass nach 8 bzw. 5 Jahren die Förderausgaben durch zusätzliche Einnahmen wieder ausgeglichen werden. Der positive Effekt für den Landeshaushalt ist noch größer, wenn zusätzlich induzierte Vorleistungen aus dem gleichen Bundesland bezogen werden.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Lehmann, H.; Stierwald, A.: Investitionsförderung in Ostdeutschland – Ergebnisse einer empirischen Wirkungsanalyse, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 5/2004, S. 122-128.

Stierwald, A.: Investitionsförderung in Ostdeutschland: Wer profitiert von der Förderung?, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 3/2004, S. 71-75.

Ragnitz, J.: Finanzwirtschaftliche Effekte der Ansiedlungsförderung, veröffentlicht unter <http://www.iwh-halle.de>

Demographischer Wandel

Dass Deutschland und insbesondere Ostdeutschland in den nächsten Jahrzehnten aufgrund schrumpfender und gleichzeitig alternder Bevölkerung vor erheblichen Umwälzungen stehen wird, ist inzwischen allgemein bekannt. Vielfach besteht allerdings Unkenntnis über die ökonomischen Auswirkungen dieser Entwicklungen und über mögliche politische Gegenmaßnahmen. Vor diesem Hintergrund hat das IWH begonnen, in Forschungsvorhaben unterschiedlicher Abteilungen ausgewählte Aspekte des demographischen Wandels näher zu analysieren.

Ein Forschungsprojekt widmete sich dem (vermeintlichen) Zusammenhang von Zusammensetzung und Höhe des gesamtwirtschaftlichen privaten Verbrauchs auf der einen Seite und demographischer Entwicklung auf der anderen Seite. Wenn nämlich durch die Alterung der Gesellschaft und die Schrumpfung der Bevölkerung nicht nur schwache Rückwirkungen auf Höhe und Struktur der Nachfrage ausgehen, so sind entsprechend starke Anpassungen auch der Produktionsstruktur zu erwarten, die sich über die Vorleistungsverflechtungen in der Wirtschaft über alle Wirtschaftsbereiche ausbreiten. Anhand einer Auswertung der Konsumstrukturen – dazu wurden Informationen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 an gesamtwirtschaftliche Konzepte angepasst – zeigen sich für bestimmte Alterskohorten und Familienstrukturen erkennbare, aber keineswegs dra-

matische Unterschiede. Insoweit wird es Verschiebungen der Bevölkerungsstruktur hin zu älteren Konsumenten und kleineren Haushaltsgrößen zwar zu einer entsprechenden Verschiebung der gesamtwirtschaftlichen Verbrauchsstruktur kommen. Die Veränderungen der Konsumstruktur dürften allerdings weniger stark ausfallen als die Veränderungen der Konsumentenstruktur. Dies gilt auch dann, wenn diese Projektionen mit Prognosen der künftigen Einkommensentwicklung in den einzelnen Konsumentengruppen verknüpft werden. Dieses, dem allgemeinen Vorurteil widersprechende Ergebnis wird erklärbar, wenn man die insgesamt kleineren Konsumbudget älterer Konsumenten bedenkt, sodass im Aggregat deren Mehrnachfrage nach bestimmten Gütern sich nur schwach bemerkbar macht.

In einem zweiten Forschungsvorhaben wurde am Beispiel des Freistaates Sachsen untersucht, welche Auswirkungen die demographische Entwicklung für Produktion und Nachfrage haben wird. Hierzu wurde ausgehend von den vorliegenden Bevölkerungsprognosen des Statistischen Landesamtes eine Simulationsrechnung durchgeführt und die künftige Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Abhängigkeit von Bevölkerungszahl und Struktur, Erwerbsneigung und Produktivität abgeschätzt. Dabei wurde (anders als in vergleichbaren Studien dieser Art) explizit zwischen regional gehandelten und überregional abgesetzten Gütern unterschieden. Die Ergebnisse zeigen, dass Sachsen (wie auch andere ostdeutsche Länder) nur dann mit einer weiteren Konvergenz der Pro-Kopf-Einkommen an Westdeutschland rechnen kann, wenn die Produktivität jährlich um wenigstens einen halben Prozentpunkt stärker zunimmt als in Westdeutschland. Derartige Produktivitätsvorsprünge zu erzielen, wird aber durch die demographische Entwicklung selber erschwert, insbesondere weil mit zunehmender Alterung die Innovationskraft der Betriebe abnehmen dürfte.

Bei stärkerer regionaler Differenzierung zeigt sich, dass insbesondere die peripheren Regionen Sachsens erhebliche Wohlstandseinbußen zu erwarten haben. Hier werden sich häufig aufgrund der verringerten Bevölkerungszahl heutige Standards bei der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht aufrechterhalten lassen. Für die Wirtschaftspolitik bedeutet dies, dass vor allem bei Entscheidungen über den weiteren Ausbau der Infrastruktur die regional differenzierte Bevölkerungsentwicklung bereits heute in geeigneter Weise berücksichtigt werden muss. Selbst ein weitgehendes „Wüstfallenlassen“ einzelner Regionen muss von der Wirtschaftspolitik als eine mögliche Option in Betracht gezogen werden.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Lehmann, H.: Auswirkungen demografischer Veränderungen auf Niveau und Struktur des Privaten Verbrauchs – eine Prognose für Deutschland bis 2050. IWH-Diskussionspapiere Nr. 195, September 2004.

Lehmann, H.: Demographie und Konsumstruktur in Deutschland, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 16/2004, S. 471-477.

Ragnitz, J.: Demographischer Wandel in Sachsen: Implikationen für die Wirtschaftsförderung und den Infrastrukturaufbau, veröffentlicht unter <http://www.iwh-halle.de>

Finanzpolitik in Ostdeutschland

Fortgeführt wurden im Berichtsjahr die Arbeiten zur Quantifizierung und Bewertung der Transferleistungen für die neuen Bundesländer. Die laufenden Transferrechnungen des Instituts wurden unter Berücksichtigung neuerer Informationen aktualisiert, sodass nunmehr (mit Ausnahme des Jahres 2000) eine inhaltlich konsistente Zeitreihe für die Jahre 1991-2003 vorliegt. Im Ergebnis zeigt es sich, dass unter Verwendung eines Kaufkraftkonzepts das Transfervolumen (ohne EU-Hilfen und ohne Kredite) im Jahr 2003 bei rund 70 Mrd. Euro gelegen haben dürfte – wovon der größte Teil auf Leistungen zur Flankierung von Arbeitslosigkeit und Alter entfällt.

Der Anteil „investiver“ Ausgaben an den gesamten Transfers liegt bei rund 17%. Hinzu kommen die transferfinanzierten Ausgaben der Länder und Gemeinden für Investitionen bzw. Maßnahmen der Wirtschaftsförderung. Hier stellt sich allerdings das Problem, dass die Länder einen erheblichen Teil der ihnen für Investitionszwecke zugewiesenen Mittel zur Finanzierung von anderen, zumeist konsumtiven Ausgaben verwenden. Sanktionen hierfür sind nicht vorgesehen – ein Schwachpunkt des Solidarpaktfortführungsgesetzes, in dem diese Zahlungen ihre rechtliche Grundlage haben.

Vor diesem Hintergrund wurde eine Reihe von Arbeiten erstellt, die sich mit der Problematik nicht zweckgerichteten Mitteleinsatzes im Solidarpakt II beschäftigen. In einem ersten Untersuchungsschritt wurde die Fehlverwendung von Solidarpakt-Mitteln näher quantifiziert (vgl. Tabelle) und die Ursachen hierfür identifiziert. Neben von den Ländern nicht zu vertretenden Faktoren (konjunkturbedingte Einnahmeausfälle, Politikfehler der Vergangenheit) spiegelt sich hierin auch wider, dass eine ausgabenseitige Konso-

lidierung bislang nicht gelungen ist. Inzwischen ist die finanzwirtschaftliche Situation der ostdeutschen Flächenländer mit Ausnahme des Freistaates Sachsen so angespannt, dass eine Erfüllung der Solidarpaket-Vorgaben in absehbarer Zeit kaum möglich erscheint.

Tabelle:
Verwendung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ) 2002 und 2003 in den ostdeutschen Flächenländern
- in % -

	Sachsen-Anhalt	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Brandenburg	Thüringen
	Investitionen in % der SoBEZ				
2002	-9,2	6,5	68,7	15,6	19,8
2003	-13,8	8,3	86,3	16,7	16,2
	Investitionen und unterproportionale Finanzkraft in % der SoBEZ				
2002	7,9	23,9	86,3	34,8	37,4
2003	3,7	25,8	103,8	34,2	33,7

Quellen: Statistisches Bundesamt, FS 14 R 2. Angaben für 2002 vgl. Ragnitz, J.: Solidarpaket: Aufbaugerechte Verwendung der Mittel noch nicht gewährleistet, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 16/2003, S. 473-478.

Allerdings weisen die Regelungen des Solidarpaketes II eine Reihe von Schwächen auf, so insbesondere, dass die Beschränkung der Mittelverwendung auf Investitionen im Sinne der traditionellen Haushaltssystematik nicht länger zeitgemäß erscheint. Letzten Endes geht es nicht primär um den Abbau einer wie auch immer definierten Infrastrukturlücke, sondern vor allem darum, die Länder in die Lage zu versetzen, die für den Aufbau Ost erforderlichen Ausgaben zu finanzieren. Ohnehin erscheint fraglich, ob infrastrukturelle Defizite heute wirklich noch das entscheidende Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern darstellen. Denn zum einen finden potenzielle Investoren in allen ostdeutschen Ländern inzwischen Standorte, die von ihrer Infrastrukturausstattung her westdeutschen und ausländischen Konkurrenzstandorten ebenbürtig (wenn nicht überlegen) sind, und zum anderen entspricht angesichts der absehbaren regional differenzierten Bevölkerungsentwicklung die Vorstellung einer in allen Teilen Ostdeutschlands westdeutschen Durchschnittswerten entsprechenden quantitativen Ausstattung mit Infrastruktureinrichtungen nicht mehr den heutigen Erfordernissen. Dies führt zu der Schlussfolgerung, dass die SoBEZ künftig auch für nicht-investive Zwecke im

traditionellen Sinn der Haushaltssystematik verwendet werden sollten, soweit diese die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern positiv beeinflussen können. Hierzu könnten z. B. die Wirtschaftsförderung für Unternehmen oder auch Ausgaben für die Forschung in Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zählen, die nach der derzeitigen Haushaltssystematik wenigstens zum Teil als laufende Ausgaben klassifiziert werden. Im Gegenzug sollten Ausgaben, die nach der traditionellen Haushaltssystematik zwar Investitionen darstellen, aber zum Aufbau Ost nicht viel beitragen (z. B. Investitionen in die kulturelle oder soziale Infrastruktur) nicht länger mit Solidarpakt-Mitteln finanziert werden dürfen. Insoweit sollten sich Bund und Länder auf ein Rechenschema verständigen, das die „aufbaugerechte“ (und nicht die investive) Verwendung der Leistungen in den Mittelpunkt rückt.

In einer weiteren Arbeit wurde darüber hinaus ein Vorschlag entwickelt, die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen zur Verbesserung der Haushaltslage der ostdeutschen Flächenländer zu verwenden. Die Haushalts-situation der finanzschwachen ostdeutschen Länder droht nämlich zunehmend die Bedingungen für eine Haushaltsnotlage zu erfüllen. Vor diesem Hintergrund wäre zu prüfen, wie ein Teil der derzeitigen Mittel aus dem Solidarpakt II in Sanierungshilfen umgewandelt werden kann, wie sie im Falle Bremens und des Saarlands gewährt werden. Sinnvoll ist dies jedoch nur, wenn die betroffenen Länder ein durchgreifendes Sanierungsprogramm aufstellen, bei dessen Nichteinhaltung strenge Sanktionen auferlegt werden. Faktisch bedeutet dies, dass die ostdeutschen (finanzschwachen) Länder einen mittelfristigen Ausgabenpfad definieren und diesen auch strikt einhalten müssen – eine Überlegung, die auch in den Vereinbarungen zum Nationalen Stabilitätspakt eine Rolle spielt.

Im November 2004 wurden diese und andere Vorschläge zur Reform des Solidarpaktes II in einem Kreis von Experten im Rahmen eines IWH-Workshops zur Diskussion gestellt.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Ragnitz, J.: Solidarpakt II: Anpassungen erforderlich, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 14/2004, S. 411-416.

Ragnitz, J.: Zur Ausgestaltung des Solidarpaktes II – Ein Diskussionsvorschlag, IWH-Diskussionspapiere Nr. 194, September 2004.

Lehmann, H.; Ragnitz, J.; Ludwig, U.: Produktionswirkungen der Transfers für die neuen Länder, veröffentlicht unter <http://www.iwh-halle.de>

Abteilung Mittel- und Osteuropa

Leiter: Dr. Hubert Gabrisch

Mit dem Beitritt von acht Ländern Mittel- und Osteuropas zur Europäischen Union ist das Interesse an der wirtschaftlichen Entwicklung in diesen Ländern weiter gewachsen. Hier lag auch der Schwerpunkt der Forschungstätigkeit der Abteilung. Vor allem wurde untersucht, ob erste Beitritts-effekte in den neuen Mitgliedsländern zu beobachten sind, welche Auswirkungen die Osterweiterung der EU auf die Entwicklung des Euro, auf die Verteilung der Mittel der Strukturfonds und insbesondere auf die ostdeutsche Wirtschaft haben wird. Darüber hinaus wurde der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit bzw. Beschäftigung in den neuen Mitgliedsländern untersucht.

Integration in die EU und Entwicklungsfortschritte

Mit der Analyse der realwirtschaftlichen Determinanten der Produktivität und seiner Entwicklung seit Beginn der Systemtransformation und Integration in den Westen wurden die Arbeiten an dem

Determinanten der Produktivitätslücke

von der EU ko-finanzierten Forschungsprojekt im Berichtszeitraum fortgesetzt. Besonderes Augenmerk galten (i) der Bedeutung von sektoralen und Handelsstrukturen in Mittel- und Osteuropa, (ii) der Rolle von ausländischen Direktinvestitionen für den Technologietransfer, (iii) der Aufdeckung firmenspezifischer Determinanten der Produktivitätsgefälle zwischen Ost und West, (iv) der Effizienz der nationalen Innovationssysteme in den neuen EU-Mitgliedsstaaten sowie (v) den sich daraus ergebenden Rahmenbedingungen und Möglichkeiten für wirtschaftspolitische Interventionen und Unterstützung des Prozesses nachholender Entwicklung.

Obwohl die EU-Beitrittsländer spätestens seit Mitte der 1990er Jahre deutlich höhere Entwicklungsgeschwindigkeiten als der Durchschnitt der Europäischen Union erreichten und so das Entwicklungsgefälle reduzieren konnten, verbleibt noch immer eine große Produktivitätslücke.

Die bereits im Jahr 2003 begonnene Analyse der Gründe für diese Produktivitätslücke zwischen ost- und westeuropäischen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes wurde im Berichtsjahr weiter vertieft. Zum einen wurde die bestehende Datenbasis erweitert, dies nicht nur durch Erweite-

zung des Samples von befragten Unternehmen, sondern vor allem auch durch die Einbeziehung zweier weiterer Branchen – Elektrotechnik und Kosmetikartikelhersteller – zu den bisherigen Wirtschaftszweigen des Maschinenbaus und der Möbelhersteller. Zum anderen wurde die Methode der Analyse insofern verfeinert, als die größere Datenmenge nun eine Querschnitts-Regressionsanalyse erlaubt. Tatsächlich entsprechen die neuen Ergebnisse dem Sinne nach denen der letztjährigen Analyse und können nunmehr mit deutlich höherem Robustheitsgrad berichtet werden. Demnach zeigt sich, dass eine Spezialisierung auf arbeitsintensivere Produktionen nur in vereinzelten Fällen eine signifikante Rolle spielt. Vielmehr lassen sich die geringeren Produktivitätsniveaus der Unternehmen aus Ostdeutschland wie Osteuropa meist auf eine geringere Investitionsintensität und auf eine geringere Intensität marktbezogenen Managements zurückführen. Insbesondere verwendet das Management der Unternehmen in den mittel- und osteuropäischen Ländern weniger Zeit für strategische Unternehmensplanung – eine Produktivitätsdeterminante, die in der neuerlichen Analyse einen wichtigen Stellenwert einnimmt. Ebenso wurde das zu geringe Engagement der Unternehmen, horizontale wie vertikale Netzwerkbeziehungen aufzubauen und unter Nutzung moderner Kommunikationsmittel zu unterhalten, als wichtige Quelle der geringeren Produktivitätsniveaus zwischen Unternehmen in Ost und West identifiziert.

Produktivitätsgefälle im Osten meist auf geringere Investitionsintensität und unzureichende Marktorientierung zurückzuführen

Ein weiterer Schwerpunkt der Forschung im Berichtsjahr beschäftigt sich mit der Analyse von Technologietransfer durch ausländische Direktinvestoren am Beispiel der mittel- und osteuropäischen Transformationsländer. Gerade für empirische Studien ist die Wahl dieser Region besonders interessant, da hier die ohnehin schwer messbaren Effekte aufgrund des hohen Technologiegefälles pronouncierter ausfallen. Diesen Schwerpunkt vorbereitend, wurde ein umfassender Literaturüberblick zu diesem Thema erstellt. Erweitert durch eine Metastudie über die empirischen Ergebnisse der Messung der Intensität von Technologietransfer in der Literatur wurde er als MA-Abschlussarbeit am University College London prämiert und erscheint in Kürze als Buchkapitel bei Palgrave Macmillan.

Technologie- und Wissenstransfer nach Mittel- und Osteuropa durch ausländische Direktinvestitionen

Dieser Schwerpunkt ergänzt die Arbeiten in der Abteilung Strukturwandel zum Technologietransfer in Ostdeutschland.

Erstmalig konnte im Berichtsjahr eine weitere – im Rahmen der Feldstudie vom IWH erhobene – Datenbank einer empirischen Analyse unterzogen werden. Dabei wurden diejenigen Unternehmen in der Region befragt, die ausländische Investoren attrahierten und bei denen daher die Bedingungen intensiven Technologie- und Wissenstransfers untersucht werden konnten. Diese Forschung macht sich ein innovatives Konzept zu Eigen, das der Theorie des internationalen Managements und des strategischen Managements entlehnt ist – Mezzo-analysis-Konzept. Diese Methode stellt ein Komplementär zu der direkten Messung von Produktivitätsverbesserungen im Gastland dar, deren Ergebnisse so große Bandbreiten einnehmen, dass kaum eine Aussage über die tatsächliche Intensität zu treffen ist.

Zwei Studien wurden im Rahmen dieses Ansatzes erstellt. Die erste Studie untersucht, welche Rolle der Grad und die Art der Abhängigkeitsverhält-

Autonomie, Absorptionsfähigkeit und Potenziale für Technologietransfer durch ausländische Direktinvestitionen

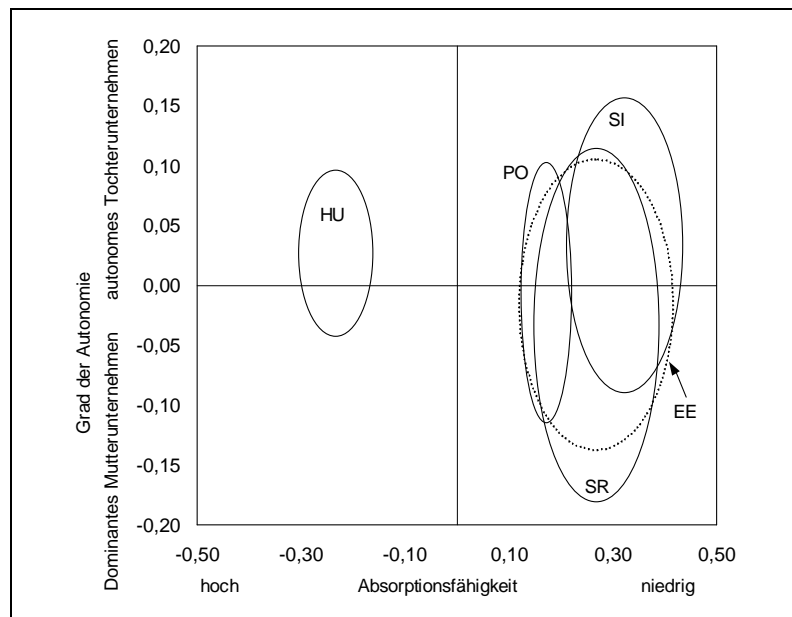
nisse zwischen ausländischem Investor und dem inländischen Tochterunternehmen für die Intensität des Technologie- und Wissenstransfers hat und welche Rolle die Fähigkeit der Tochterunternehmen spielt, die fremde Technologie zu implementieren und den lokalen Bedingungen anzupassen. Damit stellt die Feldstudie insbesondere auf Autonomie- und Absorptionsindikatoren ab. Die empirische Analyse widerlegt zum einen die in der Literatur vertretene Hypothese, dass die Intensität des direkten Technologie- und Wissenstransfers (also zwischen Mutter- und Tochterunternehmen) mit dem Grad der Autonomie des Tochterunternehmens von der Weisung des Mutterunternehmens steige. Tatsächlich wird eine, wenn auch schwache, negative Korrelation zwischen Autonomie und Produktivitätswachstum des Tochterunternehmens seit Engagement des ausländischen Investors nachgewiesen. In Gruppen der geschäftspolitischen Autonomie nach operationaler, marktorientierter und strategischer Autonomie unterteilt, gewinnt dieser empirische Zusammenhang an Bedeutung, je weiter die Geschäftsfunktionen sich von dem operationellen Bereich entfernen und sich eher strategischen Funktionen zuwenden. Darüber hinaus wird deutlich, dass sich das Verhältnis zwischen Autonomie und Produktivitätswachstum der Tochterunternehmen zwischen den untersuchten Ländern erheblich unterscheidet: So sind die polnischen Unternehmen gerade dann besonders erfolgreich, wenn sie selber über die Marktorientierung entscheiden, was sich im Wesentlichen auf den größeren heimischen Markt zurückführen lässt. Bei den ungarischen Tochterunternehmen ergibt sich dagegen ein signifikanter positiver Zusammenhang zwischen

Produktivitätswachstum und Autonomie in eher strategischen Geschäftsfunktionen. Schließlich konnte festgestellt werden, dass der über das gesamte Unternehmenspanel etablierte negative Zusammenhang zwischen Technologietransfer und Grad der Autonomie mit zunehmendem Alter der Tochterunternehmen schwächer wird.

Dies legt nahe, dass Autonomie vom Mutterunternehmen nicht alleine die Intensität des direkten Technologie- und Wissenstransfers bestimmt. Weitere mit der Autonomie verbundene Determinanten spielen eine wichtige Rolle. Aus der Literatur entlehnt wurde als weiterer Einflussfaktor die Absorptionsfähigkeit der Tochterunternehmen untersucht. Dabei wurde die Absorptionsfähigkeit nicht einfach an dem Ausbildungsstand der im Tochterunternehmen Beschäftigten gemessen, da der Vergleich formaler Ausbildungsabschlüsse zwischen den Ländern Mittel- und Osteuropas kaum aussagekräftig ist. Vielmehr wird unterstellt, dass der Grad der Absorptionsfähigkeit dann besonders hoch ist, wenn das Tochterunternehmen die fremden Technologien und Wissen selber erfolgreich implementieren kann und diesbezüglich Eigeninitiative entwickelt. Die simultane Beobachtung zwischen der so gemessenen Absorptionsfähigkeit und der tatsächlichen Autonomie in einem Vier-Quadranten-Diagramm erlaubt dann einen Vergleich der in Ländergruppen unterteilten Tochterunternehmen hinsichtlich ihrer Intensitäten des direkten Technologie- und Wissenstransfers. Damit wird in der Analyse dem verbundenen Charakter der beiden Determinanten Autonomie und Absorptionsfähigkeit Rechnung getragen.

Während sich die ungarischen Tochterunternehmen überwiegend im oberen linken Quadranten wiederfinden und damit davon ausgegangen werden kann, dass hier der höchste Grad sowohl an Autonomie als auch an Absorptionsfähigkeit erreicht wird, tendieren die slowakischen Unternehmen eher in den unteren rechten Quadranten mit geringerer Absorptionsfähigkeit bei gleichzeitig geringerer Autonomie. Bezüglich des Technologie- und Wissenstransfers lässt sich also schließen, dass die ungarischen Tochterunternehmen ausländischer Direktinvestoren bereits größere Fortschritte erzielt haben, und dass dies auch von den Mutterunternehmen honoriert wird. Die slowakischen Unternehmen befinden sich noch auf einer niedrigeren Stufe der Lernkurve. Sie haben somit durchaus Potenzial, mit zunehmender Erfahrung intensiv fremde Technologie und Wissen zu absorbieren. Anders dagegen der Fall der slowenischen Unternehmen: Obwohl sie bisher noch keine hohe Absorptionsfähigkeit aufweisen, bestimmen sie im Wesentlichen bereits über ihre eigene Geschäftspolitik. Daraus kann auf ein eher geringeres Potenzial für den direkten Transfer von ausländischer Technologie und Wissen geschlossen werden.

Abbildung 1:
Einordnung der Tochterunternehmen nach Ländergruppen in das Vier-
Quadranten-Diagramm



Anmerkungen: Die Lage der Ellipsen stellt die Einordnung der durchschnittlichen Tochterunternehmen jedes Landes dar. SI = Slowenien; PO = Polen; HU = Ungarn; EE = Estland; SR = Slowakische Republik.

Quelle: Berechnungen des IWH auf Basis der in der Feldstudie erhobenen Daten.

Zur Abschätzung der Potenziale für den indirekten Technologietransfer wurden, wie in der Literatur üblich, die Intensitäten der Einbindung der Tochterunternehmen in die heimische Wirtschaft betrachtet. Hier zeigt sich, dass vor allem die slowakischen Unternehmen besonders stark in die heimische Wirtschaft eingebunden sind, etwas schwächer die estnischen, während die slowenischen und ungarischen Unternehmen dagegen viel weniger Geschäftsbeziehungen zu Abnehmern und Zulieferern unterhalten. Die polnischen Tochterunternehmen des verwendeten Panels sind deutlich stärker mit Abnehmern verbunden, während ihre Vorleistungen im Wesentlichen von den Mutterunternehmen herrühren. Damit ergeben sich die größten Potenziale für indirekten Technologie- und Wissenstransfer vor allem für die slowakischen und estnischen Wirtschaften.

In einer weiteren Analyse wurde untersucht, wie hoch der Anteil derjenigen Tochterunternehmen ist, die gleichzeitig Vorleistungen und den Ab-

satz vorwiegend mit ihren Mutterunternehmen abwickeln. Ein solches Unternehmen kann als verlängerte Werkbank charakterisiert werden, und es ist zu vermuten, dass hier kaum fremde Technologie und Wissen in die heimische Wirtschaft transferiert werden. Die vorhergehenden Ergebnisse relativierend ist der Anteil solcher Unternehmen in der Slowakei am höchsten, während keines der slowenischen Tochterunternehmen dieses Kriterium erfüllt. Der ebenfalls hohe Wert für ungarische Unternehmen entspricht den Ergebnissen anderer Studien und liefert einen weiteren Beleg für die in der Literatur vertretene Hypothese der Dichotomisierung der ungarischen Wirtschaft in inländische und ausländische Unternehmen.

Tabelle:

Anteil der Tochterunternehmen, die zumindest 80% ihrer Geschäfte mit heimischen Zulieferern und Abnehmern abwickeln

	Estland	Polen	Slowakei	Ungarn	Slowenien
Zulieferern	4,1	0,7	9,0	1,2	0,0
Abnehmer	6,9	13,7	9,0	0,0	0,0
<i>Nachrichtlich:</i>					
Verlängerte Werkbank	1,4	0,7	3,9	2,4	0,0

Quelle: Berechnungen des IWH auf Basis der in der Feldstudie erhobenen Daten.

Diese Forschungsschwerpunkte waren auch Gegenstand einer vom IWH organisierten wissenschaftlichen Konferenz zur realwirtschaftlichen Entwicklung in Mittel- und Osteuropa, die im Mai 2004 in Budapest durchgeführt wurde. Die Beiträge der Konferenz können auf der Internetseite des IWH unter www.iwh-halle.de/projects/productivity-gap eingesehen werden.

In einer weiteren Studie wird die strategische Unternehmenspolitik der ausländischen Direktinvestoren gegenüber ihrer Tochterunternehmen in Mittel- und Osteuropa untersucht. Hierbei wird auf eine Klassifizierung aus der einschlägigen Literatur zurückgegriffen, die die strategische Ausrichtung von Tochterunternehmen entlang der Kriterien ‚Integration in das Gastland‘ und ‚Integration in den Mutterkonzern‘ (oder Autonomie) charakterisiert. Die Klassifizierung der Tochterunternehmen des in der Feldstudie erhobenen Unternehmenspanels erfolgt in zwei analytischen Schritten: Die Faktorenanalyse reduziert die verfügbaren Determinanten für die Klassifizierung auf je einen übergeordneten Faktor für die zwei Extreme; die nicht-hierarchische Clusteranalyse gruppiert dann die Tochterunternehmen in vier

Strategische Unternehmenspolitik der ausländischen Direktinvestoren

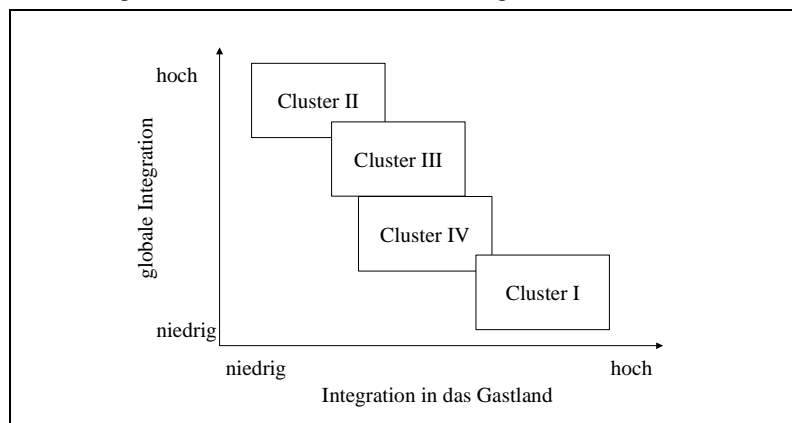
Gruppen mit homogener Ausprägung in den zwei übergeordneten Faktoren. Die vier Cluster lassen sich wie folgt charakterisieren:

- Cluster I vereint die größte Anzahl von Tochterunternehmen des Panels, die sich vor allem durch eine hohe Autonomie gegenüber ihrem Mutterunternehmen, geringe Geschäftsbeziehungen mit dem Mutterunternehmen und weiteren Tochterunternehmen in anderen Regionen und damit dem höchsten Grad der Integration in die Wirtschaft des Gastlandes auszeichnen.
- Cluster II vereint die kleinste Gruppe an Tochterunternehmen, die sich gerade umgekehrt positionieren: geringe Autonomie und Geschäftsbeziehungen vor allem mit dem Mutterkonzern.
- Unternehmen des Clusters III unterscheiden sich von der vorgenannten Gruppe in der geographischen Herkunft der Zulieferer, die hier vor allem aus dem Gastland stammen sowie durch einen höheren Grad der Autonomie.
- Schließlich charakterisiert sich das Cluster IV vor allem durch den Bezug von Vorleistungen aus dem Mutterkonzern und durch einen Absatz, der hauptsächlich in die Märkte des Gastlandes zielt.

Abschließend wird mit Hilfe binärer Probit-Schätzungen überprüft, wie sich die Erfolgsfaktoren Produktivitätswachstum, Verbesserung der Technologie im Produktionsprozess und Verbesserung der Produktqualität zwischen den Clustermitgliedern darstellen und welches die wichtigsten Technologietransferkanäle der jeweiligen Clustermitglieder sind. Dazu werden die unternehmensbezogenen Daten zwei Schätzungen unterzogen: Die erste untersucht, ob die Clusterzugehörigkeit die Wahrscheinlichkeit signifikant erhöht, dass das Clustermitglied positive Veränderungen der Erfolgsfaktoren erfährt. Die zweite Schätzung testet jedes Cluster hinsichtlich der Rolle einer Reihe von Transferkanälen für Veränderungen der Erfolgsfaktoren. Tatsächlich zeigt sich, dass die Clusterzugehörigkeit einen wichtigen Erklärungsbeitrag für die Intensität und die Art des Technologietransfers darstellt. So haben beispielsweise Mitglieder des Clusters II (hohe Integration in den Mutterkonzern, geringe Integration in das Gastland) eine höhere Wahrscheinlichkeit, vor allem Produktivitätsverbesserungen durch den Investor zu erfahren; Mitglieder des verwandten Clusters III dagegen eher Verbesserungen der Produktionstechnologie. Ganz anders die Mitglieder der beiden Cluster I und IV (höherer Grad an Autonomie gegenüber dem Mutterkonzern, höhere Integration in das Gastland): Während die Tochterunternehmen in Cluster I zumindest noch eine hohe Wahrscheinlichkeit haben, durch den Investor Produktivitätsverbesserungen

zu erreichen, konnte für die Mitgliedschaft im Cluster IV keine signifikante Wahrscheinlichkeit von Verbesserungen in Erfolgsfaktoren nachgewiesen werden. Die Schätzungen zeigen auch, dass die Faktoren Unternehmensgröße (Anzahl der Beschäftigten), Unternehmensalter sowie die Bedeutung von Forschung und Entwicklung eine positive Auswirkung auf den Technologietransfer haben. Dies deutet auf die These der absorptiven und adaptiven Fähigkeiten hin. Der Umstand, dass die Zugehörigkeit der Tochterunternehmen zur Gruppe der Niedrigtechnologieindustrien die Wahrscheinlichkeit des Technologietransfers erhöht, entspricht der so genannten Technology-Gap Hypothese.

Abbildung 2:
Einordnung der Tochterunternehmen in homogene Cluster



Quelle: Berechnungen des IWH auf Basis der in der Feldstudie erhobenen Daten.

Die Abschätzung der Rolle der einzelnen Technologietransferkanäle ergibt ebenso deutlich unterschiedliche Ergebnisse für die jeweiligen Cluster: Während für die Cluster III und IV vor allem Autonomie in Marketingfunktionen die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass sich die Tochterunternehmen weiterentwickeln, läuft der Technologietransfer in Mitgliedern des Clusters I vor allem über einen hohen Grad der Autonomie in operationalen und strategischen Unternehmensfunktionen. Tochterunternehmen des Clusters II sind dagegen so stark in den Mutterkonzern integriert, dass kein tochterunternehmensspezifischer Transferkanal signifikant die Wahrscheinlichkeit intensiven Technologietransfers erhöht. Insgesamt bedeutet dies, dass die Tochterunternehmen in Mittel- und Osteuropa vor allem dann vom Technologietransfer profitieren, wenn sie enger mit dem Mutterkonzern

verbunden sind und sich gleichzeitig eigenständig um die Vermarktung ihrer Produkte im Gastland kümmern können. Ebenso profitieren Tochterunternehmen in der Region dann besonders stark vom ausländischen Investor, wenn sie sowohl eng mit der Wirtschaft des Gastlandes und gleichzeitig einen hohen Unabhängigkeitsgrad vom Mutterkonzern bei der operationalen und strategischen Unternehmensplanung erreicht haben. Darüber hinaus haben die Schätzungen für die einzelnen Cluster der Tochterunternehmen gezeigt, dass die Wirkungen bestimmter Determinanten des Technologietransfers clusterspezifisch sind: So hat zum Beispiel die Exportintensität eine positive Wirkung für die Cluster II und III aber eine negative für Betriebe im Cluster I.

Abschließend kann eingeschätzt werden, dass die spezifische Rolle des Tochterunternehmens im multinationalen Investorenkonzern einen signifikanten Erklärungsbeitrag für die unterschiedlichen Intensitäten des Technologietransfers in Osteuropa liefert. Die Frage aus der internationalen Betriebswirtschaft, ob eine stärkere Anbindung an das Mutterunternehmen oder vielmehr eine höhere Autonomie vom Mutterkonzern ein besseres Ergebnis bezüglich der Intensität des Technologietransfers erzielt, hängt also von der Strategie, die das Mutterunternehmen gegenüber dem Tochterunternehmen verfolgt, und von der Absorptionsfähigkeit derselben ab.

Einführung einer Wettbewerbsgesetzgebung in Transformations- und Entwicklungsländern

Im Rahmen eines zweiten EU-finanzierten Forschungsprojektes in Kooperation mit dem Centre for Economic Policy Research (CEPR), London, wurde im Berichtsjahr eine ökonomische Analyse der Gründe vorgenommen, die aus Sicht von Transformations- und Entwicklungsländern gegen die Einführung einer Wettbewerbsgesetzgebung sprechen beziehungsweise Ausnahmeregelungen erforderlich machen. Ziel der Forschung ist es, einen Beitrag zur optimalen Ausgestaltung der Wettbewerbsbedingungen in Transformations- und Entwicklungsländern aus wachstums- und entwicklungsorientierter Perspektive zu leisten. Aus Sicht der EU sind die Ergebnisse insbesondere in Verhandlungsprozessen mit Drittstaaten bezüglich Außenhandelsvereinbarungen und im Rahmen der WTO von Interesse. Die Ergebnisse zeigen, dass sowohl von politischen Entscheidungsträgern als auch von anderen politischen Interessensgruppen eine Reihe von Gründen vorgebracht wird, die gegen die Einführung von Wettbewerbsgesetzen und der Intensivierung von Wettbewerb im eigenen Land sprechen.

Diese Gründe können in drei Hauptkategorien unterteilt werden. Zum einen sind dies Gründe, die aus entwicklungspolitischer Perspektive genannt werden. So scheuen sich die Regierungen einiger Transformations- und Entwicklungsländer vor der Einführung von Wettbewerbsgesetzen, wenn diese die Handlungsfreiheit bei der Gestaltung von Subventionen, beim Aufbau von so genannten ‚National Champions‘ oder zum Schutz der eigenen Industrie (‚infant industry‘) einschränken. Zweitens betreffen sie die Frage nach der Notwendigkeit von wettbewerbsfördernden Gesetzen mit Blick auf mögliche Substitute, z. B. Handelsliberalisierung. Drittens beziehen sich die Gründe auf die Schwierigkeiten, ein Wettbewerbsgesetz einzuführen, insbesondere unter dem Blickwinkel von konkurrierenden Prioritäten und limitierten Ressourcen. Die ökonomische Bewertung dieser Gründe zeigt, dass insbesondere aus entwicklungspolitischer Perspektive die Sicherung des Wettbewerbs im eigenen Land entwicklungsfördernde Kräfte freisetzen kann, und dass Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung keine Substitute sind, sondern die Notwendigkeit, den Wettbewerb zu sichern, eher noch verstärken. Mit Blick auf beschränkte Ressourcen ergibt die Analyse, dass die entwickelten Volkswirtschaften hier Mittel bereitstellen, die als effektive Entwicklungshilfe angesehen werden können. Für den speziellen Fall der Transformationsländer in Mittel- und Osteuropa wurde gezeigt, dass Wettbewerb ein konstituierendes Kriterium des Systemwandels von der Plan- zur Marktwirtschaft darstellt, und dass es somit für die neuen EU-Mitglieder durchaus rational gewesen wäre, wettbewerbssichernde Maßnahmen einzuführen, gleich ob dies eine Bedingung für die angestrebte EU-Mitgliedschaft war oder nicht.

Die Ergebnisse aus diesem Projekt stehen auf der Internetseite unter www.iwh-halle.de/projects/competition_policy/Competition.htm

Ausgewählte Publikationen:

Emmert, F.; Kronthaler, F.; Stephan, J.: Analysis of Statements made in Favour of and Against the Adoption of Competition Law in Developing and Transition Economies. CEPR London, mimeo.

Gabrisch, H.: Ostdeutschland in der erweiterten EU: mehr Anpassungsdruck, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 15/2004, S. 442-447.

Stephan, J.: Ursachen niedrigerer Produktivitäten auf Unternehmensebene in Ostdeutschland und Beitrittsländern, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 16/2004, S. 464-470.

Stephan, J. et al.: EU Integration and the Prospects for Catch-up Development in CEECs – The Determinants of the Productivity Gap. Projekt-Endbericht, Oktober 2004, IWH-Internetpublikation.

Wissenschaftliche Konferenzen, Workshops, Gastvorträge

Wissenschaftliche Konferenzen, Workshops

„Geldtheorie, Geldpolitik und Finanzmärkte“

2. Hallescher Workshop am 12. und 13. Februar 2004, Halle

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:
Dr. Diemo Dietrich, Abteilung Konjunktur und Wachstum,
in Zusammenarbeit mit Frau Dr. Ulrike Neyer, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Der Workshop, der nunmehr zum zweiten Male gemeinsam mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg organisiert wurde, bot jungen Wissenschaftlern ein Forum, eigene Forschungsergebnisse mit erfahrenen Wissenschaftlern zu diskutieren. Ausgewiesene Hochschullehrer und habilitierte Wissenschaftler konnten hierzu abermals als Korreferenten gewonnen werden. Vorgestellt und diskutiert wurden theoretische und empirische Arbeiten aus einem breiten Spektrum der monetären Ökonomik, beispielsweise zu der Wirkungsweise geldpolitischer Regeln und der Transmission monetärer Impulse. Es wurden darüber hinaus auch Arbeiten präsentiert, die sich mit der Stabilität und Regulierung des Bankensektors auseinandersetzen. Der Workshop wurde von der Stiftung Geld und Währung finanziell unterstützt.

Weitere Informationen: Diemo.Dietrich@iwh-halle.de

„Hallescher Input-Output-Workshop 2004“

Workshop am 19. und 20. Februar 2004, Halle

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:
Prof. Dr. Udo Ludwig, Leiter der Abteilung Konjunktur und Wachstum

Nach einem Jahr Pause trafen sich Input-Output-Forscher aus dem deutschsprachigen Raum zum zweiten Mal am Institut für Wirtschaftsforschung Halle. Die Teilnehmer aus Universitäten, Forschungsinstituten und statistischen Ämtern referierten und setzten die Diskussion über neuere Entwicklungen auf dem Gebiet der Input-Output-Analyse und deren Beitrag zur Politikberatung fort. Das Spektrum der Vorträge war breit gefächert und reichte von neueren Arbeiten zu gesamtwirtschaftlichen Input-Output-Tabellen über projektbezogene Input-Output-Analysen bis hin zu empirischen Grundlagen der Input-Output-Rechnung.

Die Beiträge des Workshops wurden in der Reihe IWH-Sonderhefte 3/2004 veröffentlicht.

„Saalekanal: Wachstumsmotor oder Fehlinvestition?“

Workshop am 17. März 2004, Halle

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:
Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld, Leiter der Abteilung Regional- und
Kommunalforschung

Durch einen Beschluss des Bundeskabinetts wurde der Saale-Kanal in den Entwurf des neuen Bundesverkehrswegeplans aufgenommen. Das Bauwerk (Kosten: ca. 80 Millionen Euro) soll als Ersatz für die nach dem Jahrhunderthochwasser aus dem Bundesverkehrswegeplan gestrichene Saale-Staufstufe dienen. Das Projekt ist zwischen Umweltschützern und Wirtschaftsvertretern stark umstritten. Die Befürworter erwarten von der durch den Kanal ermöglichten Anbindung des Hafens Halle und der übrigen Wirtschaftsstandorte an der unteren Saale an die Elbe einen wirtschaftlichen Impuls für die Region. Der Workshop hatte die Aufgabe, die bestehenden Konfliktpunkte und offene Fragen im Hinblick auf die Realisierung der wirtschaftlichen Ziele, die durch die Investition in den Kanalbau angestrebt werden, zur Diskussion zu stellen; die Aspekte des Umweltschutzes wurden bewusst aus der Agenda ausgeklammert. Die Vorträge und die Diskussionsbeiträge im Rahmen des Workshops machten erneut deutlich, wie unterschiedlich die Auffassungen von Befürwortern und Gegnern des Saale-Kanals sind; zur Unterstützung der jeweiligen Argumente wurden teilweise höchst unterschiedliche Berechnungen in Bezug auf die erwartete Wirtschaftlichkeit des Kanalbaus präsentiert. Demgemäß gab es kein von allen Teilnehmern des Workshops mitgetragenes Ergebnis. Es wurde zwar deutlich, dass die vom Kanalbau erwartete Senkung von Transportkosten für verschiedene Firmen am Unterlauf der Saale von großer wirtschaftlicher Bedeutung sein dürfte. Ab welchem Zeitpunkt diese Transportkostensenkung zu erhöhten Steuereinnahmen und damit zu einer Refinanzierung des Kanalbaus führen könnte, konnte jedoch nicht konkret angegeben werden.

„Deregulierung in Deutschland – Theoretische und empirische Analysen“

Workshop am 25. März 2004, Halle

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:
Dr. Joachim Ragnitz, Leiter der Abteilung Strukturwandel

In der wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Diskussion wird seit langem darüber diskutiert, inwieweit das in Deutschland bestehende Regulierungssystem noch angemessen ist. Tatsächlich sind seit Beginn der achtziger Jahre, dem Beginn der Deregulierungsdebatte, eine ganze Reihe von Märkten liberalisiert worden, die früher durch staatliche

Monopole gekennzeichnet waren. Darüber hinaus wurden Regulierungen aber auch in anderen Bereichen abgebaut, so im Handwerk, im Einzelhandel oder auch auf dem Arbeitsmarkt, weil sie sich zunehmend als hemmend für die wirtschaftliche Dynamik erwiesen haben. Mit Blick auf die fortbestehenden Wachstumsprobleme Deutschlands stehen Möglichkeiten der Deregulierung auch weiterhin im Vordergrund des Interesses.

Infolge der wirtschaftspolitischen Bedeutung der Thematik hat das Institut für Wirtschaftsforschung Halle am 25. März 2004 eine wissenschaftliche Tagung veranstaltet, bei der unter dem Titel „Deregulierung in Deutschland – theoretische und empirische Analysen“ eine Reihe von aktuellen Forschungsarbeiten vorgestellt wurden. Neben ex-post-Wirkungsanalysen bereits vollzogener Deregulierungsschritte wurden dabei auch aktuelle Themen der Deregulierungsdebatte einer ex-ante-Analyse unterzogen. Im Einzelnen bezogen sich die einzelnen Beiträge auf die Telekommunikationswirtschaft, den Luftfahrtsektor, die Märkte für Versicherungsleistungen und die Regulierungen des Bausektors. Darüber hinaus wurden die geplanten Reglementierungen der EU-Fischereipolitik einer näheren Wirkungsanalyse unterzogen. Alles in allem konnte festgestellt werden, dass aufgrund von Liberalisierungen zwar Effizienzvorteile zu erwarten sind, gleichwohl ein völlig unreglementierter Markt auch keine optimale Lösung darstellt.

Die Beiträge des Workshops wurden in der Reihe IWH-Sonderhefte 2/2004 veröffentlicht.

*„Innovations- und Wachstumsimpulse von Hochschulen und
Forschungseinrichtungen für wirtschaftlich aufholende Regionen“*

Workshop am 16. April 2004, Halle

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:
Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld, Leiter der Abteilung Regional- und
Kommunalforschung

In der Wirtschaftsforschung wie unter Praktikern der Wirtschaftsförderung besteht weitgehende Übereinstimmung darüber, dass Innovationen zentrale Faktoren für die wirtschaftliche Entwicklung von ganzen Volkswirtschaften, aber auch von einzelnen Regionen sind. Demgemäß wird von der Wirtschaftspolitik mit Hilfe verschiedener Maßnahmen versucht, die Innovationstätigkeit privater Unternehmen auszuweiten. Gerade für die noch immer strukturschwachen Regionen in den neuen Bundesländern, denen es nicht zuletzt an privaten Innovationsaktivitäten fehlt, kann in einer solchen Strategie ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen

Situation gesehen werden. In den letzten Jahren hat sich zunehmend die Erkenntnis durchgesetzt, dass für die private Innovationstätigkeit innerhalb einer Region auch die in dieser Region vorhandenen Netzwerkbeziehungen von Bedeutung sind. Regionale Innovations-Netzwerke bestehen nicht nur zwischen privaten Firmen, sondern beziehen vielfach auch öffentliche Einrichtungen mit ein, nicht zuletzt die öffentlichen Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Die Rolle dieser öffentlichen Wissenschaftseinrichtungen innerhalb der regionalen Innovationsnetzwerke ist bislang nur unzureichend erforscht worden. Dieser Fragestellung kommt über die bereits genannten Aspekte hinaus auch deshalb eine wachsende Bedeutung zu, weil derzeit allgemein über die notwendige Ausstattung von Regionen mit öffentlichen Wissenschaftseinrichtungen diskutiert wird.

Im Rahmen des Workshops wurden neben verschiedenen Beiträgen von externen Referenten auch die Ergebnisse dreier mehrjähriger Forschungsprojekte präsentiert, die vom Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt finanziell gefördert und vom IWH koordiniert wurden. Zusätzlich wurde auch allgemein nach den möglichen Beiträgen von Wissenschaftseinrichtungen im Rahmen einer innovationsorientierten Regionalpolitik für aufholende Regionen gefragt. Abschließend fand eine Podiumsdiskussion mit Vertretern aus Wissenschaft, Politik und Unternehmen statt. Wichtige Ergebnisse der Veranstaltung sind darin zu sehen, dass die Bedeutung der sog. direkten oder Nachfrageeffekte von Wissenschaftseinrichtungen auf keinen Fall die zentralen regionalwirtschaftlichen Effekte darstellen, dass die Unternehmen in Sachsen-Anhalt bislang nur bedingt dazu in der Lage sind, Wissenstransfers von den Wissenschaftseinrichtungen aufzunehmen, sowie dass die räumliche Nähe zwischen Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen auf jeden Fall eine wesentliche Determinante für das Zustandekommen von Wissenstransfers darstellt.

*„Kontinuität und Wandel ausländischer Direktinvestitionen
in Ostmitteleuropa“*

Workshop am 13. und 14. Mai 2004, Halle

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:
Dr. Jutta Günther, Abteilung Strukturwandel

In Zusammenarbeit mit der Europa-Universität Viadrina, Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Neuzeit, und mit finanzieller Förderung durch die Fritz-Thyssen Stiftung wurde am IWH eine internationale Tagung durchgeführt, die sich mit der Rolle ausländischer Investoren in Ostmittel-

europa aus historischer und gegenwartsbezogener Perspektive beschäftigte. Ausgangspunkt der Workshopthematik sind die bestehenden Entwicklungsunterschiede zwischen Ostmittel- und Westeuropa, die nicht ein Phänomen der Posttransformationsperiode darstellen, sondern bereits kennzeichnend waren für die wirtschaftliche Entwicklung Europas vor dem Zweiten Weltkrieg. Damals, das heißt in der Zwischenkriegszeit, wie heute sind die ostmitteleuropäischen Länder in hohem Maße auf ausländische Investoren zur Modernisierung ihrer Volkswirtschaften angewiesen. Der Workshop führte Experten aus verschiedenen Ländern und Fachrichtungen zusammenführen, um die Aktivitäten multinationaler Unternehmen in dieser Region in der Zwischenkriegszeit und seit Beginn der Transformation miteinander zu vergleichen. Länderschwerpunkte bildeten Polen, Tschechien und Ungarn.

Die Beiträge der Tagung werden in einem Buch veröffentlicht.

Weitere Informationen: Jutta.Guenther@iwh-halle.de

„EU Integration and the Prospects for Catch-up Development in CEECs – The Determinants of the Productivity Gap“

Workshop am 29. und 30. Mai 2004, Budapest

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:

Dr. Johannes Stephan, Abteilung Mittel- und Osteuropa

Wie in den vergangenen zwei Jahren organisierte das IWH eine Konferenz zur realwirtschaftlichen Entwicklung in Mittel- und Osteuropa. Das Treffen fand diesmal in Budapest statt und diente als Abschlusskonferenz für das gleichnamige Forschungsprojekt. An der Konferenz beteiligten sich etwa 60 Forscher aus West- und Osteuropa. Im Zentrum des Interesses standen wieder die realwirtschaftlichen Determinanten der Produktivität und seiner Entwicklung seit Beginn der Systemtransformation und Integration in den Westen. Im Rahmen der Konferenz wurden ausgewählte Ergebnisse der Projektforschung vorgestellt und diskutiert. Im Mittelpunkt standen die Bedeutung von sektoralen und Handelsstrukturen in Mittel- und Osteuropa, die Rolle von ausländischen Direktinvestitionen für den Technologietransfer, die Identifizierung firmenspezifischer Determinanten der Produktivitätsgefälle zwischen Ost und West, die Effizienz der nationalen Innovationssysteme in den neuen EU-Mitgliedsstaaten sowie die sich daraus ergebenden Rahmenbedingungen und Möglichkeiten für wirtschaftspolitische Interventionen und Unterstützung des Prozesses nachholender Entwicklung.

Die einzelnen Beiträge des Workshops können auf der Internetseite des IWH unter www.iwh-halle.de/projects/productivity-gap eingesehen werden.

„Gemeinschaftsdiagnose der führenden sechs Wirtschaftsforschungsinstitute“
vom 4. bis 15. Oktober 2004, Halle

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:
Prof. Dr. Udo Ludwig, Leiter der Abteilung Konjunktur und Wachstum

Vom 4. bis zum 15. Oktober 2004 fanden in den Räumen des IWH die Beratungen der sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute „Zur Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2004“ (Herbstgutachten) statt. Das Gutachten wurde am 19. Oktober von 11.00 bis 13.00 Uhr in Berlin auf der Bundespressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Gutachten ist in der *Wirtschaft im Wandel* 13/2004 veröffentlicht.

„Technologietransfer in Ostdeutschland und Osteuropa“
Workshop am 29. Oktober 2004, Halle

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:
Dr. Jutta Günther, Abteilung Strukturwandel und
Dr. Johannes Stephan, Abteilung Mittel- und Osteuropa

Im Mittelpunkt dieses Workshops stand die Förderung der abteilungsübergreifenden Forschungsarbeit zum Thema Technologietransfer durch ausländische Investoren. Dabei wurde ein Positionspapier zur Rolle von ausländischen Direktinvestitionen für Produktivitätseffekte in Ostdeutschland vorgestellt. Darüber hinaus wurde der Einfluss strategischer Faktoren auf den Technologietransfer anhand eines vom Gastwissenschaftler, Björn Jindra, University College London, vorgelegten Beitrags diskutiert.

Weitere Informationen: Jutta.Guenther@iwh-halle.de

„Determinanten der Beschäftigung – die makroökonomische Sicht“
Workshop am 15. und 16. November 2004, Halle

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:
Dr. Christian Dreger, Abteilung Konjunktur und Wachstum

Der Weg aus der Arbeitsmarktkrise – da sind sich alle einig – führt nur über mehr Beschäftigung. An welchen Hebeln kann man aber ansetzen, was sind die Determinanten der Beschäftigung? Die makroökonomische Sicht darauf beleuchtete ein gemeinsamer Workshop des IWH und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB). Dabei ging es zunächst um die Rahmenbedingungen für Wachstum

und Beschäftigung. Hier wurde empirische Evidenz zum Einfluss von Regulierung und Institutionen, von Geldpolitik und außenwirtschaftlicher Verflechtung diskutiert. Im zweiten Block stand der Zusammenhang zwischen Abgabenkeil und Beschäftigung im Mittelpunkt.

Weitere Informationen: Christian.Dreger@iwh-halle.de

*„Fehlverwendung der Transfermittel in Ostdeutschland:
Muss der Solidarpakt II reformiert werden?“*

Workshop am 25. November 2004, Halle

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:
Dr. Joachim Ragnitz, Leiter der Abteilung Strukturwandel

Das IWH veranstaltete zusammen mit der TU Dresden, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Empirische Finanzwissenschaft und Finanzpolitik, am 25. November 2004 eine Tagung zum Thema „Fehlverwendung der Transfermittel in Ostdeutschland: Muss der Solidarpakt II reformiert werden?“ Ziel der Konferenz war es, verschiedene Vorschläge aus der Wissenschaft zur Reform des Solidarpaktes II öffentlich zur Diskussion zu stellen und damit Politik und Verwaltung eine Entscheidungshilfe für etwaige Anpassungen des institutionellen Rahmens der Aufbauhilfen für die neuen Länder zu geben.

In einleitenden Vorträgen gaben Prof. Dr. Dieter Brümmerhoff, Rostock und Dr. Tilmann Schweißfurth, Schwerin, einen Überblick über wirtschafts- und finanzpolitische Herausforderungen in den neuen Ländern. Dr. Dieter Vesper, Berlin, stellte die Fortschritte im Rahmen einer Aktualisierung der Anlagevermögensrechnung die Fortschritte der ostdeutschen Länder bei der Schließung der Infrastrukturlücke dar; diese bleiben hinter den Erwartungen zurück, die im Vorfeld der Neuverhandlungen des Solidarpaktes geäußert wurden. Dr. Joachim Ragnitz, Halle, Prof. Dr. Helmut Seitz, Dresden, und Dr. Karl Lichtblau, Köln, präsentierten schließlich verschiedene Modelle, wie die Transferleistungen an die neuen Länder im Solidarpakt II bzw. im Länderfinanzausgleich neu gestaltet werden könnten. Dabei bestand Einigkeit, dass ohne Änderungen des institutionellen Rahmens eine effiziente Mittelverwendung nicht gewährleistet werden könne.

In der in weiten Teilen kontrovers geführten Diskussion prallten unterschiedliche Positionen aufeinander. Während einige Diskussionsteilnehmer für eine Beibehaltung der derzeitigen Regelungen des Solidarpaktes – insbesondere für eine Beschränkung der zulässigen Mittelverwendung auf Infrastrukturinvestitionen – plädierten, hielten andere weitergehende Lo-

ckerungen der Regelungen des Solidarpaktes II für zwingend erforderlich, um die finanzpolitische Handlungsfähigkeit der ostdeutschen Länder wiederzugewinnen und dem Aufbau Ost neuen Schwung zu geben. Diese Meinungsverschiedenheiten prägten auch die nachfolgende Podiumsdiskussion zwischen Vertretern aus Politik und Wissenschaft.

„Makroökonomie“

5. Workshop am 2. und 3. Dezember 2004, Halle

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:
Dr. Christian Dreger, Abteilung Konjunktur und Wachstum

Das IWH veranstaltete am 2. und 3. Dezember in Kooperation mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg einen Workshop in Makroökonomie. Er fand nunmehr zum 5. Mal statt und richtete sich vor allem an Nachwuchswissenschaftler, die ihre Forschungsergebnisse einem breiten Fachpublikum vorstellen konnten. Eingereicht wurden Beiträge, die neuere empirische Methoden auf makroökonomische Fragestellungen anwenden. Am diesjährigen Call for Papers hatten sich ungefähr 30 Wissenschaftler beteiligt.

Die Referate werden in einem Tagungsband publiziert.
Weitere Informationen: Christian.Dreger@iwh-halle.de

Gastvorträge

„Agent-based Computable economics“

Dr. Dr. Thomas Brenner, Max-Planck-Institut, Jena. 10. Februar 2004.

„Internationale Erfahrungen mit unterschiedlichen Regulierungsansätzen in der Wasserversorgung“

Prof. Dr. Ulrich Scheele, Universität Oldenburg. 9. März 2004.

„Familienpolitik und nichteheliche Elternschaft in West- und Ostdeutschland“

Dr. Michaela Kreyenfeld, Max-Planck-Institut für demographische Forschung, Rostock. 20. April 2004.

„Regionalkreise – Vor- und Nachteile sowie Möglichkeiten der institutionellen Ausgestaltung am Beispiel der Region Kassel“

PD Dr. Walter Müller, Hochschuldozent, Universität Kassel, FB: Wirtschaftswissenschaften, FG: Finanzwissenschaft. 11. Mai 2004.

„Auswirkungen zusätzlicher öffentlicher Finanzhilfen auf das Überleben von aus Arbeitslosigkeit gegründeten Unternehmen“

Dirk Oberschachtsiek, Universität Lüneburg. 7. September 2004.

„Technology Transfer Effects in Estonia and Slovenia“

Priit Vahter, M.A., University of Tartu and Bank of Estonia. 16. September 2004.

„The Role of Subsidiary Strategy and Direct Technology Transfer“

Björn Jindra, M.A., University College London. 29. Oktober 2004.

„Gutachten des Sachverständigenrates 2004/2005.“

Dipl.-Volkswirt Jens Ulbrich, Generalsekretär des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. 14. Dezember 2004.

Gastaufenthalte

PD Dr. rer. oec. habil. Albrecht F. Michler, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Thema des Projektes: „Monetary Conditions Indicators for the Euro Area“.
16. Februar bis 12. März 2004.

Prof. Dr. Matija Rojec, University of Ljubljana

Development of Foreign Investment Enterprises and Technology Transfer:
Journal-Artikel.
3. bis 9. Mai 2004.

Prof. Dr. Boris Majcen, Institute for Economic Research Ljubljana

Development of Foreign Investment Enterprises and Technology Transfer:
Journal-Artikel.
3. bis 9. Mai 2004.

Dr. Judit Hamar, Kopint Datorg
FDI in CEECs: Buchkapitel und Journal-Artikel.
7. bis 13. Juni 2004.

Prof. John Hall, Portland State University, College of Liberal Arts and Sciences, Department of Economics, USA.
Thema des Projektes: „Studien zur Konvergenzproblematik“
16. bis 27. August 2004.

Prof. Dr. Ulrich Scheele, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg,
Thema des Projekts: Internationaler Vergleich unterschiedlicher institutioneller Arrangements zur Regulierung der Wasserwirtschaft
6. bis 30. September 2004.

Forschungsaufenthalte

Prof. Dr. rer. pol. habil. Ulrich Blum

war in der Zeit vom 8. bis 20. November 2004 zu einem Forschungsaufenthalt in Kanada. Dieser Aufenthalt diene drei Zielen:

(1) Im Rahmen einer von der Alexander-von-Humboldt-Stiftung unterstützten Kooperation mit der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Universität Montreal wird zum Thema „Föderalismus“ untersucht, welche Bedeutung Sprachbarrieren für die ökonomische Konvergenz im Wirtschaftsraum Europa besitzen. Der Aufenthalt diene dazu, letzte offene Fragen zu besprechen und einen Abschlußbericht vorzubereiten. Im Rahmen dieses Projekts wird auch eine Dissertation abgeschlossen.

(2) Das der Universität Montreal angegliederte Institut „CIRANO“ (Centre interuniversitaire de recherche en analyse des organisations) besitzt ein Profil, das erhebliche Ähnlichkeiten mit dem des IWH aufweist. Hier war es das Ziel, ein Kooperationsabkommen vorzubereiten, was auch erreicht wurde.

(3) In Calgary fand die Jahrestagung der kanadischen Normer (Standards Council of Canada) statt. Es wurde ein Vortrag zum Thema: „The Economic Value of Standards“ gehalten. Ziel der Einladung war es, die kanadische Normungsstrategie mit den Erkenntnissen aus Deutschland zu den ökonomischen Wirkungen der Normung zu koppeln und auf dieser Basis

Schwerpunkte zu setzen. Es wurde eine Zusammenarbeit mit dem kanadischen Normungsinstitut mündlich vereinbart.

Dr. Diemo Dietrich, Abteilung Konjunktur und Wachstum,

hatte einen Forschungsaufenthalt vom 25. Oktober bis 15. Dezember 2004 an der University of Illinois at Urbana-Champaign, IL (gefördert durch die Fritz Thyssen Stiftung). Er arbeitete dort am Habilitationsprojekt „Internal Capital Markets of Multinational Corporations and the International Transmission of Business Cycle Fluctuations.“ Hierbei hat sich eine enge Zusammenarbeit mit der Universität und insbesondere mit Professor Murillo Campello, Ph. D., Department of Finance, entwickelt.

Dr. Johannes Stephan, Abteilung Mittel- und Osteuropa,

war in der Zeit vom 11. bis 16. Oktober zu einem Forschungsaufenthalt am Fogelman College der University of Memphis/Tennessee. Der Aufenthalt diente vor allem dazu, gemeinsam mit dem Prof. David Kemme unter dem Thema „Prospects for Catch-Up Development in Central East Europe – an Econometric Analysis of Industrial Specialisation“ den Zusammenhang zwischen sektoralen Strukturen und Produktivitätswachstum im Verarbeitenden Gewerbe zu schätzen und auf dessen Grundlage die zukünftigen Produktivitätswachstumspotenziale in Mittel- und Osteuropa vorherzusagen. Die Forschungsergebnisse wurden intensiv sowohl in der Economics Faculty als auch mit den Mitgliedern des „Memphis Economics Club“ diskutiert. Mit dem Forschungsaufenthalt wurden die bereits seit einigen Jahren bestehenden guten Kontakte zwischen dem IWH und der University of Memphis weiter ausgebaut.

Die Ergebnisse werden in einem Artikel im Journal „Comparative Economic Studies“ publiziert.

Dr. Hubert Gabrisch, Leiter der Abteilung Mittel- und Osteuropa,

hatte einen zweiwöchigen Forschungsaufenthalt an der Universität Trient. Gegenstand der Forschung war die Entwicklung von Arbeitslosigkeit und Beschäftigung in den neuen EU-Mitgliedsländern. In Konsultation mit Mitgliedern der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät wurden inhaltliche und methodische Probleme besprochen. Der Aufenthalt endete mit einer Studie zur Problematik, die auf einem Fakultätsseminar vorgestellt wurde. Darüber hinaus wurden Fragen der Kooperation mit der Fakultät, die zu den Besten in Italien gehört, erörtert.

Publikations- und Vortragstätigkeit,
Wissenschaftliche Beratung,
Mitarbeit in Organisationen

Publikationen des IWH

Wirtschaft im Wandel

- 1/2004 Aktuelle Trends:
Senkung der Pendlerpauschale trifft nur jeden sechsten
Beschäftigten erheblich
Hans-Ulrich Brautzsch
- Konjunkturausblick des IWH für 2004:
Das lange Warten auf den Aufschwung geht vorüber
Arbeitskreis Konjunktur
- Erwerbsorientierung von Frauen und Einstellungen
zu Erwerbstätigkeit und Familie
Andrea Besenthal, Cornelia Lang
- IWH-Bauumfrage im Dezember 2003:
Günstige Witterung stützte das Baugeschäft
Brigitte Loose
- 2/2004 Aktuelle Trends:
Nach wie vor hohe Intensität des Strukturwandels
in der ostdeutschen Industrie
Joachim Ragnitz
- Produktionswachstum 2004 mit „Gratisgabe“ des Kalenders
– ein Kommentar
Udo Ludwig
- Der Aufbau forschungsintensiver Industrien kommt
in Ostdeutschland voran
Siegfried Beer
- Tariftreuegesetze – kein Mittel zur Angleichung
der Wettbewerbsbedingungen im Baugewerbe
Andrea Besenthal
- Die Wirtschaftsstruktur der ostdeutschen Großstädte:
Ökonomische Unterschiede nehmen zu
Cordula Winkler

IWH-Bauumfrage Ostdeutschland zum Jahresauftakt 2004:
Finanzielle Lage unter temporären Einflüssen 2003 stabilisiert
Brigitte Loose

IWH-Industrienumfrage im Januar 2004:
Die Unternehmen gehen zuversichtlich ins neue Jahr
Bärbel Laschke

3/2004 Aktuelle Trends:
IWH Konjunkturbarometer – Guter Start der ostdeutschen
Wirtschaft in das neue Jahr
Udo Ludwig

Gewinne der Industrieunternehmen in Ostdeutschland
noch im Aufholprozess
Hans-Ulrich Brautzsch, Udo Ludwig

Investitionsförderung in Ostdeutschland:
Wer profitiert von der Förderung?
Andreas Stierwald

Ostdeutscher Arbeitsmarkt: Besserung noch nicht in Sicht
Hans-Ulrich Brautzsch

Zur Lage auf dem Lehrstellenmarkt
in Ost- und Westdeutschland
Bianca Brandenburg

IWH-Industrienumfrage zum Jahresauftakt 2004:
Ertragslage der Unternehmen gefestigt, Umsatzpläne
ohne Arbeitsmarkteffekte
Bärbel Laschke

4/2004 Aktuelle Trends:
Wirtschaftliche Situation der Kreise an der Grenze zu Polen
und Tschechien: nicht ohne Probleme, aber auch nicht nur
mit Schwächen
Rupert Kawka

Was bringt die EU-Osterweiterung für die deutschen Regionen
entlang der Grenze zu Polen und Tschechien? – ein Kommentar
Gerhard Heimpold

Die wirtschaftliche Entwicklung der mittel- und osteuropäischen Länder am Vorabend der EU-Osterweiterung
Martina Kämpfe

Handelssteigernde Effekte der bevorstehenden EU-Osterweiterung
Bogdan Gorokhovskij

Ungarn: Keine weiche Landung in den europäischen Wechselkursmechanismus
Ibolya Mile

Konjunktur aktuell:
Deutsche Wirtschaft löst sich mühsam aus der Stagnation
Arbeitskreis Konjunktur

IWH-Bauumfrage im Februar 2004:
Geschäftslage wieder mehrheitlich negativ
Brigitte Loose

5/2004 Agenda 2010 nach einem Jahr: die Reformen sind besser als ihr Ruf – ein Kommentar
Rüdiger Pohl

Differenzierte Ertragslage im Industriebereich Chemie Ostdeutschlands
Hans-Ulrich Brautzsch, Udo Ludwig

Investitionsförderung in Ostdeutschland – Ergebnisse einer empirischen Wirkungsanalyse
Harald Lehmann, Andreas Stierwald

Deutliche Unterschiede in den Jahresarbeitszeiten zwischen den Bundesländern
Hans-Ulrich Brautzsch

IWH-Industrienumfrage im März 2004:
Aufwärtstrend des Geschäftsklimas im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe setzt sich fort
Bärbel Laschke

6/2004 Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft – im Frühjahr 2004 –
Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher

Forschungsinstitute e.V., Hamburg:
DIW Berlin, HWWA Hamburg, ifo München, IfW Kiel,
IWH Halle, RWI Essen

- 7/2004 Aktuelle Trends:
Zahl der registrierten Arbeitnehmer in Deutschland aus den
Beitrittsländern und Beitrittskandidaten zur Europäischen
Union sehr gering
Hans-Ulrich Brautzsch
- EU-Osterweiterung:
Auswirkungen auf Direktinvestitionen und Handel
Joachim Ragnitz
- Keine Euro-Schwäche durch die EU-Osterweiterung
Thomas Linne
- EU-Strukturfonds:
Aufstockung der Mittel nach jüngster Erweiterung zu erwarten
Martina Kämpfe
- IWH-Bauumfrage im April 2004:
Geschäftslage noch gut, Aussichten deutlich schlechter als vor
einem Jahr
Brigitte Loose
- 8/2004 Aktuelle Trends:
IWH-Konjunkturbarometer – Ostdeutsche Wirtschaft erholt
sich zögerlich
Udo Ludwig
- Lage und Aussichten der ostdeutschen Wirtschaft:
im Sog der konjunkturellen Erholung
Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland
- Unternehmensbezogene Dienstleistungen in Ostdeutschland
– eine Aktualisierung
Siegfried Beer
- IWH-Industrienumfrage im Mai 2004:
Stimmung hellt sich wieder auf
Bärbel Laschke

- 9-10/2004 Deutschland nach der Stagnation: Exportgetriebene Erholung erfasst die Gesamtwirtschaft nur langsam
Arbeitskreis Konjunktur
- Arbeitslosengeld II und das kommunale Optionsgesetz
Herbert S. Buscher
- Transferleistungen für die neuen Länder
 – eine Begriffsbestimmung
Joachim Ragnitz
- IWH-Bauumfrage im Juni 2004:
 Geschäftsklima vorerst noch von Sondereffekten geprägt
Brigitte Loose
- 11/2004 Aktuelle Trends:
 Pendlerströme führen zu deutlicher Annäherung bei der Beschäftigung zwischen den Bundesländern
Hans-Ulrich Brautzsch
- „Arbeitsplatzlücke“ im Osten fast doppelt so hoch wie im Westen
Hans-Ulrich Brautzsch
- Hartz IV: 1-Euro-Jobs setzen falsche Anreize
Herbert S. Buscher
- Sinkende Einwohnerzahlen und steigende Kosten für kommunale Leistungen
Peter Haug
- Wachstum der Biotechnologiebranche ins Stocken geraten – Branche weiterhin ein Hoffnungsträger?
Walter Komar
- IWH-Industrienumfrage im Juli 2004:
 Eingetrübte Erwartungen sorgen für eine leichte Abkühlung des Geschäftsklimas in der ostdeutschen Industrie
Sophie Wörsdorfer
- 12/2004 Aktuelle Trends:
 IWH-Konjunkturbarometer – Ostdeutsche Wirtschaft kommt in Tritt
Udo Ludwig

IWH-Konjunkturprognose: Investitionszurückhaltung bremst
Anspringen der Inlandsnachfrage in Deutschland
Arbeitskreis Konjunktur

Flexibilisierung des Arbeitseinsatzes stärkt Anpassung
der Industriebetriebe an Geschäftsschwankungen
Brigitte Loose, Udo Ludwig

Die ostdeutsche Tourismuswirtschaft
– eine potenzielle Wachstumsbranche
Siegfried Beer

IWH-Bauumfrage im August 2004:
Kurzes Sommerhoch
Brigitte Loose

13/2004 Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft
– im Herbst 2004 –
Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der
Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher
Forschungsinstitute e. V., Hamburg:
DIW Berlin, HWWA Hamburg, ifo München, IfW Kiel,
IWH Halle, RWI Essen

14/2004 Aktuelle Trends:
Ostdeutsches Handwerk: keine Trendwende in Sicht
Siegfried Beer

Solidarpakt II: Anpassung erforderlich
Joachim Ragnitz

Ostdeutsche Bauunternehmen im Schnitt mit schmalen
Gewinnen
Brigitte Loose, Udo Ludwig

(K)Ein Weg aus der Arbeitslosigkeit? Evaluation von
Weiterbildungsmaßnahmen für verschiedene Zielgruppen
Eva Reinowski, Birgit Schultz, Jürgen Wiemers

IWH-Industrienumfrage im September 2004:
Geschäftslage auf breiter Front verbessert, Aussichten hingegen
eingetrübt
Sophie Wörsdorfer

- 15/2004 Aktuelle Trends:
Rückläufige Kapitalproduktivität in Ostdeutschland
Joachim Ragnitz
- Verliert der deutsche Export an gesamtwirtschaftlicher
Antriebskraft?
Hans-Ulrich Brautzsch, Udo Ludwig
- Ostdeutschland in der erweiterten EU: mehr Anpassungsdruck
Hubert Gabrisch
- Die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung
in Sachsen-Anhalt: 2002 bis 2020
Herbert S. Buscher, Gabriele Hardt
- IWH-Baumfrage im Oktober 2004:
Geschäftsklima im Herbst etwas aufgehellt
Brigitte Loose
- 16/2004 Aktuelle Trends:
IWH-Konjunkturbarometer – Wirtschaftliche Aktivität in
Ostdeutschland belebt sich
Udo Ludwig
- Branchenschwerpunkte in ostdeutschen Regionen:
Stark räumlich konzentriert
Franz Kronthaler
- Ursachen niedrigerer Produktivitäten auf Unternehmensebene
in Ostdeutschland und Beitrittsländern
Johannes Stephan
- Demographie und Konsumstruktur in Deutschland
– eine Entwicklungsanalyse bis 2050
Harald Lehmann
- IWH-Industrienumfrage im November 2004:
Zuversicht der ostdeutschen Unternehmer schwindet erneut
Sophie Wörsdorfer

Sonderhefte

- 1/2004 Beschäftigungseffekte durch den Ausbau erneuerbarer Energien
Steffen Hentrich, Jürgen Wiemers, Joachim Ragnitz
- 2/2004 Deregulierung in Deutschland – theoretische und empirische
Analysen
– Tagungsband –
Peter Eitner, Joachim Ragnitz
- 3/2004 Neuere Anwendungsfelder der Input-Output-Analyse
– Tagungsband –
Beiträge zum Halleschen Input-Output-Workshop

Schriften des IWH Nomos-Verlag

- Band 15 Advances in Macroeconometric Modeling Papers and Proceed-
ings of the 3rd IWH Workshop in Macroeconometrics
Christian Dreger, Gerd Hansen (eds)
- Band 16 Die Modellierung der Konsumausgaben privater Haushalte auf
der Grundlage repräsentativer Einkommens- und Verbrauchs-
statistiken
Harald Lehmann
- Band 17 Deregulierung und Liberalisierung der europäischen
Elektrizitätswirtschaft – theoretische und empirische Befunde
Constanze Kreis
- Band 18 Was bringt die Wissenschaft für die Wirtschaft in einer Region?
Regionale Innovations-, Wachstums- und Einkommenseffekte
von öffentlichen Hochschulen und Forschungseinrichtungen am
Beispiel der Region Halle
Martin T. W. Rosenfeld, Peter Franz, Diana Roth

Diskussionspapiere

- Nr. 187 Die Erhöhung der Tabaksteuer zur Finanzierung versicherungsfremder Leistungen in der Gesetzlichen Krankenkasse
Kristina van Deuverden
- Nr. 188 Evaluation of Further Training Programmes with an Optimal Matching Algorithm – Preliminary Version
Eva Reinowski, Birgit Schultz, Jürgen Wiemers
- Nr. 189 Technological Capability of Foreign and West German Investors in East Germany
Jutta Günther
- Nr. 190 Wissenschaftseinrichtungen und regionale Wirtschaftsentwicklung
Martin T. W. Rosenfeld, Diana Roth
- Nr. 191 Panel Seasonal Unit Root Test with an Application for Unemployment Data
Christian Dreger, Hans-Eggert Reimers
- Nr. 192 Why do Banks hold Capital in Excess of Regulatory Requirements? A Functional Approach
Diemo Dietrich, Uwe Vollmer
- Nr. 193 Are European Equity Style Indexes Mean Reverting? Testing the Validity of the Efficient Market Hypothesis
Marian Berneburg
- Nr. 194 Zur Ausgestaltung des Solidarpaktes II
– Ein Diskussionsvorschlag
Joachim Ragnitz
- Nr. 195 Auswirkungen demografischer Veränderungen auf Niveau und Struktur des Privaten Verbrauchs
– eine Prognose für Deutschland bis 2050
Harald Lehmann
- Nr. 196 Entwicklung des Steueraufkommens in den neuen Bundesländern – ein Ost-West-Vergleich
Kristina van Deuverden

- Nr. 197 Investitions- und Finanzierungsverhalten Multinationaler Unternehmen
Holger Zemanek
- Nr. 198 Technology Spillovers from External Investors in East Germany: no Overall Effects in Favor of Domestic Firms
Harald Lehmann, Jutta Günther
- Nr. 199 Die Entwicklung ostdeutscher Industriezweige von 1991 bis 2003 – aktualisierte Branchenskizzen
Siegfried Beer
- Nr. 200 Mikroökonomische Evaluation und das Selektionsproblem – Ein anwendungsorientierter Überblick über nichtparametrische Lösungsverfahren
Eva Reinowski
- Nr. 201 Revitalisierungsprobleme ostdeutscher Innenstädte – Das Beispiel der Erreichbarkeit des Zentrums von Halle (Saale)
Peter Franz

Referierte externe Publikationen

- Dietrich, Diemo*: Financing FDI into Developing Economies and the International Transmission of Business Cycle Fluctuations, in: Swiss Journal of Economics and Statistics, Vol. 140, Issue 4, 2004, pp. 449-481.
- Dreger, Christian*: Nonlinear Adjustment in the Term Structure of German Interest Rates, in: Applied Economics Quarterly, 2004, pp. 261-276.
- Dreger, Christian; Schumacher, Christian*: Estimating Large-scale Factor Models for Economic Activity in Germany: Do they Outperform Simpler Models?, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. Stuttgart 2004, S. 731-750.

- Franz, Peter*: Schrumpfende Städte – schrumpfende Wirtschaft? Der Fall Ostdeutschland, in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, Halbband I, 2004, S. 33-50.
- Günther, Jutta*: Innovation Cooperation: Experiences from East and West Germany, in: Science and Public Policy, Vol. 31, No. 2, 2004, pp. 151-158.
- Günther, Jutta; Lehmann, Harald*: Is East Germany successful in catching up? An Empirical Investigation of the Technological Capability in Manufacturing Industry, in: VEST Journal for Science and Technology Studies, 2004, Vol. 17, No. 1-2, pp. 24-40.
- Haug, Peter; Rosenfeld, Martin T. W.*: The Reform of Local Public Services of General Interest in Europe, in: Straubhaar, Thomas; Winkelmann, Rainer (eds), Applied Economics Quarterly (Supplement), The European Reform Logjam and the Economics of Reform. Duncker & Humblot, Berlin 2004, S. 31-50.
- Heimpold, Gerhard*: The Economic Situation and Development in the German Regions along the Border with Poland, in: Jahrbuch für Regionalwissenschaft, 24. Jg., H. 1, 2004, S. 51-72.
- Kronthaler, Franz; Franz, Peter*: Methoden und Probleme der Abschätzung regionalökonomischer Effekte großer Sportveranstaltungen – dargestellt am Fall der Ausrichtung der Olympischen Spiele 2012 in der Region Leipzig, in: Tourismus Journal, 2004, S. 439-455.
- Rosenfeld, Martin T. W.; Kronthaler, Franz; Kawka, Rupert*: Nichtdemographische Einflussfaktoren der Regionalentwicklung in Deutschland, in: Rosenfeld, M. T. W.; Schlömer, C. (Hrsg.), Räumliche Wirkungen des demographischen Wandels, Teil 4, Akademie für Raumforschung und Landesplanung Arbeitsmaterial Nr. 312. Hannover 2004, S. 37-81.
- Stephan, Johannes*: Competition Policy in Central East Europe in Light of EU Accession, in: Journal of Common Market Studies, Vol. 42, No. 2, 2004, pp. 321-345.
- Wiemers, Jürgen*: The Influence of a Heterogeneous Banking Sector on the Interbank Market Rate in the Euro Area, in: Swiss Journal of Economics and Statistics, Bd. 140, Nr. 3, 2004, pp. 395-428.

Weitere externe Publikationen

Besenthal, Andrea: Tripartistische Bündnisse im Deutschen Modell, in: WSI-Mitteilungen, 2004, S. 555-561.

Blum, Ulrich: Volkswirtschaftslehre: Studienhandbuch, in: 4. Auflage. Oldenbourg-Verlag, München 2004, S. 1-605.

Raumwirtschaftliche Effizienz von Verkehrsinfrastrukturinvestitionen, in: Raumordnung und (Bundes-)Verkehrswegeplanung im 21. Jahrhundert, Informationen zur Raumentwicklung Heft 6. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, 2004, S. 379-388.

Rating als Chance: Potentiale erkennen, Risiken minimieren, in: Beratende Ingenieure. Springer-Verlag, 2004, S. 45-50.

Blum, Ulrich; Müller, S.: The Role of Intellectual Property Rights Regimes for R&D Cooperation between Industry and Academia, in: Wink, R. (ed.), Academia-Business Links. Palgrave-Macmillan, Houndsmills 2004, pp. 90-104.

Blum, Ulrich; Gleißner, W.; Leibbrand, F.: Ausbau Ost: Nachbetrachtung: Das „Sachsen-Rating-Projekt“, in: Finance, 2004, S. 66-67.

Blum, Ulrich; Veltins, M.: Marktmacht, Kartelle und die Berechnung des Mehrerlöses, in: Bauer, H.; Huber, F. (Hrsg.), Strategien und Trends im Handelsmanagement. Vahlen, München 2004, S. 251-271.

Blum, Ulrich; Gleißner, W.: Modul 3: Markt- und Trendanalyse, in: Gleißner, Werner (Hrsg.), Future Value. Gabler-Verlag, Wiesbaden 2004, S. 67-80.

Blum, Ulrich; Gleißner, W.; Schaller, A.: Standortfaktoren im Existenzgründerrating, in: A.-K. Achleitner, O. Everling (eds), Existenzgründerrating. Gabler-Verlag, Wiesbaden 2004, S. 67-87.

Dreger, Christian; Eckey, H.-F.; Kosfeld, E.: Ökonometrie. Grundlagen, Methoden, Beispiele. Lehrbuch. Gabler-Verlag, Wiesbaden 2004.

Franz, Peter: Wechselwirkungen zwischen Bevölkerungsrückgang und regionaler Ökonomie – Konsequenzen für den Stadtumbauprozess,

in: vhw Forum Wohneigentum – Zeitschrift für Wohneigentum in der Stadtentwicklung und Immobilienwirtschaft, 2004, S. 84-88.

Innovative Milieus in ostdeutschen Stadtregionen: „sticky places“ der kreativen Klasse?, in: U. Matthiesen (Hrsg.), Stadtregion und Wissen. Analysen und Plädoyers für eine wissensbasierte Stadtpolitik. Wiesbaden 2004, S. 109-122.

Gnoth, Werner: Zum Stand der Entwicklung des ungarischen Bankensystems, in: Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (Hrsg.), Osteuropa Wirtschaft. Berlin 2004, S. 33-48.

Günther, Jutta: Foreign Direct Investment as a Source of Technology-Spillovers in Central East European Candidate-Countries, in: Jörg Glombowski, Nora Fuhrmann, Karin Pieper, Kai Rabenschlag (Hrsg.), Erweiterung und Integration der EU. Forschungen zur Europäischen Integration, Band 9. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2004, S. 71-84.

Haug, Peter: Diversifikation und regionale Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung – Eine empirische Analyse für ausgewählte deutsche Gebiete, in: Jahrbuch für Regionalwissenschaft. Physica-Verlag, 2004, S. 177-195.

Kommunale Wirtschaftsförderung – Eine theoretische und empirische Analyse, in: Schriftenreihe volkswirtschaftliche Forschungsergebnisse, Band 97. Verlag Dr. Kovač, Hamburg 2004.

Komar, Walter: Konsolidierung der Biotechnologiebranche: Kernbildung erfolgreicher Unternehmen, in: Zeitschrift für Biopolitik, Heft 4/2004. Berlin, S. 195-200.

Kronthaler, Franz: Branchenschwerpunkte in ostdeutschen Regionen, in: Statistischer Quartalsbericht der Stadt Leipzig. Leipzig 2004, S. 18-21.

Pohl, Rüdiger: Wirtschaftswunder, Planwirtschaft, Vereinigung und Transformation, in: Leibniz-Institut für Länderkunde (Hrsg.), Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland, Band 8, Unternehmen und Märkte. Leipzig 2004, S. 22 ff.

Ragnitz, Joachim: Demographischer Wandel in Sachsen: Implikationen für die Wirtschaftsförderung und den Infrastrukturausbau, in: Milbradt, G.; Meier, J. (Hrsg.), Die Demographische Herausforderung – Sachsens Zukunft gestalten. Gütersloh 2004, S. 44-63.

Beschleunigter Strukturwandel durch EU-Osterweiterung, in: Wirtschaftsdienst 5/2004, S. 283-286.

Mehr Ehrlichkeit beim Aufbau Ost, in: Wirtschaftsdienst 10/2004, S. 620-623.

Sektoraler Strukturwandel in Deutschland seit 1991, in: F. Gerlach, A. Ziegler (Hrsg.), Neuere Herausforderungen der Strukturpolitik. Marburg 2004, S. 59-72.

Forum: Kann Ostdeutschland in absehbarer Zeit wirtschaftlich aufholen?, in: Sparkasse, Heft 7/2004, S. 310.

Reinowski, Eva; Schultz, Birgit; Wiemers, Jürgen: Verschlechterung der Beschäftigungschancen durch Teilnahme an Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen – Oder gibt es Ausnahmen?, in: Statistik in Sachsen, Nr. 2, 2004, S. 9-14.

Rosenfeld, Martin T. W.; Heimpold, Gerhard: Stand und Tendenzen regionaler Disparitäten im wiedervereinigten Deutschland, in: F. Gerlach, A. Ziegler (Hrsg.), Neuere Herausforderungen der Strukturpolitik. Marburg 2004, S. 73-95.

Stephan, Johannes: EU Integration and the Prospects for Catch-up Development in CEECs – The Determinants of the Productivity Gap, in: Internet-Publikation der EU-Kommission, Generaldirektion Forschung (Endbericht eines EU-Projekts, 255 Seiten).

Wörsdorfer, Sophie: Medien als Konsumindikator, in: Medien Tenor Forschungsbericht Nr. 148, 4. Quartal, 2004, S. 80-83.

Veröffentlichungen im Internet

Ragnitz, Joachim: Demographischer Wandel in Sachsen – Teilbereich „Staatliche Handlungsfähigkeit/finanzielle Ressourcen“ – Teil III: „Implikationen für die Wirtschaftsförderung und den Infrastrukturaufbau“, in: Gutachten des IWH im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei, 2004, S. 1-40.

Finanzwirtschaftliche Effekte der Ansiedlungsförderung, in: Studie des IWH im Auftrag des Wirtschaftsministerium des Landes Sachsen-Anhalt, 2004.

Rosenfeld, Martin T. W.; Franz, Peter; Heimpold, Gerhard; Kronthaler, Franz; Kawka, Rupert; Günther, Jutta: Innovative Kompetenzfelder, Produktionsnetzwerke und Branchenschwerpunkte der ostdeutschen Wirtschaft. Ergebnisse einer Untersuchung des IWH im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, 2004.

Lehrtätigkeit

Dreger, Christian: Vorlesung Zeitreihenanalyse an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Sommersemester 2004 und Wintersemester 2004/2005 (jeweils drei Semesterwochenstunden).

Kawka, Rupert: Methoden der empirischen Wirtschaftsgeographie. Vorlesung am Institut für Geographie der Universität Leipzig, Wintersemester 2003/2004 (zwei Semesterwochenstunden).

Methoden der Regionalanalyse. Vorlesung am Institut für Geographie der Universität Jena, Wintersemester 2003/2004 (zwei Semesterwochenstunden).

Rosenfeld, Martin T. W.: Vorlesung „Fiskalföderalismus III – Verteilung der Besteuerungsrechte und Länderfinanzausgleich“ Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Hamburg, Wintersemester 2003/2004, (zwei Semesterwochenstunden).

Vorlesung „Finanzpolitische Probleme des Aufbaus Ost“ am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Hamburg, Sommersemester 2004, (zwei Semesterwochenstunden).

Vorlesung „Regionalpolitik“ an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wintersemester 2003/2004, (zwei Semesterwochenstunden).

Vorlesung „Föderalismusökonomik“ an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Sommersemester 2004, (zwei Semesterwochenstunden).

Ausgewählte Vorträge

Besenthal, Andrea: „Erwerbsverhalten von Frauen und Einstellungen zur Rolle der Frau in Deutschland und den EU-Erweiterungsländern.“ Vortrag im Rahmen der Vorlesungsreihe zur Frauen- und Geschlechterforschung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 21. Oktober 2004, Halle.

Blum, Ulrich: „The Economic Value of Standards.“ Vortrag anlässlich der Tagung der National Standards System Conference, 16. November 2004, Calgary.

Buscher, Herbert S.: „Is there a Wage Curve in East Germany?“ Vortrag auf der EALE-Tagung, 8. September 2004, Lissabon.

„Die Zukunft des Flächentarifvertrags.“ Vortrag an der Evangelischen Akademie, 27. und 28. September 2004.

Brautzsch, Hans-Ulrich, zusammen mit Ludwig, Udo: „Zuverlässigkeit von Fortschreibungsmethoden im Lichte der amtlicher Originärberechnung der sektoralen Wertschöpfung der Länder.“ Vortrag auf der 6. VGR-Tagung an der Universität Rostock, 10. und 11. Juni 2004, Rostock.

Deuverden, Kristina, van: „Estimation of Tax Revenues.“ Vortrag auf dem Seminar mit Kolleginnen aus dem Finanzministerium Litauens (Vilnius), organisiert vom BMWA, 8. Juni 2004, Halle.

Dietrich, Diemo: „Risk Management, Financial Contagion, and Banking Regulation.“ Korreferat zum Vortrag von Hendrik Hakenes auf dem 2. Halleschen Workshop „Geldtheorie, Geldpolitik und Finanzmärkte.“ 12. Februar 2004, Halle.

„Investment Behaviour of Financially Constrained Multinational Corporations.“ Vortrag auf dem 53rd Annual Meeting of the Midwest Finance Association. 18. März 2004, Chicago.

„Exchange Risk and Market Forces.“ Korreferat zum Vortrag von Tai Yi auf dem 53rd Annual Meeting of the Midwest Finance Association. 19. März 2004, Chicago.

„Der Stabilitäts- und Wachstumspakt – Perspektiven in einer erweiterten Eurozone.“ Vortrag auf dem 37. Monetären Workshop der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V. 8. Mai 2004, Würzburg.

„Investitionsverhalten Multinationaler Unternehmen und Internationale Konjunkturübertragung.“ Vortrag im Volkswirtschaftlichen Forschungskolloquium der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. 8. Juni 2004, Halle.

„Multinational Corporations and Volatility of U. S. GDP.“ Korreferat auf der 79th Annual Conference of the Western Economic Association International. 3. Juli 2004, Vancouver.

„Investment Behaviour of Multinational Firms.“ Vortrag auf der 79th Annual Conference of the Western Economic Association International. 3. Juli 2004, Vancouver.

„Financing FDI into Developing Economies and the International Transmission of Business Cycle Fluctuations.“ Vortrag auf dem 19th Annual Meeting of the European Economic Association. 22. August 2004, Madrid.

„Internal Capital Markets of Multinational Corporations. Possible Consequences for the Cross-Border Transmission of Business Cycles.“ Vortrag auf dem Research Seminar, Economics Department University of Illinois at Urbana-Champaign. 9. Dezember 2004, Champaign.

Dreger, Christian: „Consumption and Income in the Euro Area – Empirical Evidence Based on Panel Cointegration Methods.“ Vortrag auf der Jahrestagung der Nationalökonomische Gesellschaft. 21. Mai 2004, Wien.

„The Impact of Institutions on the Employment Performance in European Labour Markets.“ Vortrag auf dem Center for European Integration Studies, ZEI/INFER Workshop on Competitiveness and growth in Europe. Lessons and policy implications for the Lisbon strategy. 4. September 2004, Bonn.

„Consumption and Income in the Euro Area– Empirical Evidence Based on Panel Cointegration Methods.“ Vortrag auf der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Universität Dresden. 28. September 2004, Dresden.

„Consumption and Income in the Euro Area. The Role of Wealth Effects.“ Vortrag auf dem Workshop des DFG-Projekts: Integrations- und Kointegrationsanalyse mit Paneldaten. Universität Frankfurt. 22. Oktober 2004, Frankfurt/Main.

„The Impact of Institutions on the Employment Performance in European Labour Markets.“ Vortrag auf dem Workshop „Determinanten der Beschäftigung – die makroökonomische Sicht“ am 15. November 2004, Halle.

„Consumption and Income in the Euro Area. The Role of Wealth Effects.“ Vortrag auf der Jahrestagung der Southern Economic Association. 22. November 2004, New Orleans.

„A Long Run Analysis of Unemployment in the United States and United Kingdom.“ Korreferat zu Anthony P. Andrews auf der Jahrestagung der Southern Economic Association. 22. November 2004, New Orleans.

„A Macroeconometric Model for the Euro Area.“ Präsentation auf dem 5. Workshop des IWH in Makroökonomie. 2. Dezember 2004, Halle.

„Panel Seasonal Unit Root Tests. With an Application to Unemployment Data.“ Vortrag auf der EC2 Conference: The Econometrics of Industrial Organization. 18. Dezember 2004, Marseille.

Franz, Peter: „Darstellung und Kritik des Bundesprogramms Stadtumbau Ost.“ Vortrag im Rahmen der Vorlesung „Stadt- und Infrastrukturplanung“ des Instituts für Geographie an der Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg. 5. Februar 2004, Halle.

„Wirtschaftliche Stärken und Schwächen sowie Chancen und Risiken der großen Städte in der Metropolregion Sachsendreieck.“

Vortrag auf der Tagung der AG Metropolregion Sachsendreieck.
9. Dezember 2004, Chemnitz.

Gabrisch, Hubert: „Transformation and Stabilisation in Belarus.“ Vortrag auf dem ILO Workshop an der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin. Berlin, 6. Februar 2004.

„The Macroeconomics of Transition and EU Enlargement.“ Vortrag auf der MBA, Viadrina. 14. und 15. Mai 2004, Frankfurt/Oder.

„Europa nach der EU-Erweiterung: Wirtschaftliche Dynamik: Wirtschaftliche Verflechtungen und Intensivierung der Handelsbeziehungen.“ Vortrag an der Evangelischen Akademie Tutzing. 15. Juni 2004, Tutzing.

„Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf Ostdeutschland.“ Vortrag bei der IHK Dessau. 14. September 2004, Schkeuditz.

„Overcoming the Social and Economic Split in the Enlarged European Union.“ Vortrag an der School for International Studies (SIS) Universität Trient (Italien). 13. Oktober 2004, Trento.

„Why is Unemployment so Persistently High in New EU Member States?“ Vortrag an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Universität Trient (Italien). 14. Oktober 2004, Trento.

„Preventing Financial Crises – the Role of Exchange Rate Arrangements in New EU Member Countries.“ Vortrag auf der Konferenz „The Macroeconomics of Neighbourhood Policy. Lessons from the Past – Options for the Future“ der Friedrich-Ebert-Stiftung. 12. November 2004, Lissabon.

Günther, Jutta: „FDI and National Innovation Activities.“ Vortrag auf dem Workshop „Science and Technology in Central and Eastern European Countries at the Eve of EU-Enlargement“ am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB). 23. April 2004, Berlin.

„Innovationskooperationen und regionale Netzwerke in Ostdeutschland.“ Vortrag und Teilnahme an der Podiumsrunde des Fachkongresses Regio Ost. 4. Mai 2004, Chemnitz.

„Verlauf der Direktinvestitionstätigkeit in Ostmitteleuropa seit 1990 und Perspektiven für die Empfängerländer.“ Vortrag auf dem IWH-Workshop: „Kontinuität und Wandel ausländischer Direktinvestitionen in Ostmitteleuropa.“ 14. Mai 2004, Halle.

„Auswirkungen deutscher Direktinvestitionen auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ihrer ostmitteleuropäischen Standortregionen.“ Vortrag und Teilnahme an der Podiumsrunde der Internationalen Konferenz der Otto Brenner Stiftung. 18. Mai 2004, Prag.

„Einstiegsmöglichkeiten für Hochschulabsolventen in der empirischen Wirtschaftsforschung.“ Vortrag an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. 7. Juni 2004, Halle.

„Berufsfeld Politikberatung: Das IWH und seine Aufgaben – Berufsperspektiven für Hochschulabsolventen.“ Vortrag an der Universität Erfurt. 9. Juni 2004, Erfurt.

„Ausländische Direktinvestitionen in Mitteleuropa.“ Vortrag an der Universität Osnabrück, Fachbereich Sozialwissenschaften. 21. Juni 2004, Osnabrück.

„Ausländische Direktinvestitionen in Mitteleuropa – Verlauf seit 1990 und Perspektiven für die Empfängerländer aus technologischer Sicht.“ Vortrag an der Universität Leipzig am ZIW (Zentrum für Internationale Wirtschaftsbeziehungen). 9. Dezember 2004, Leipzig.

Haug, Peter: „The Reform of Local Public ‚Services of General Interest‘ in Europe.“ Vortrag im Rahmen der 67. wissenschaftlichen Tagung der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute (ARGE) mit dem Rahmenthema „Reformstau in Europa? (Economics of Reform).“ 22. April 2004, Berlin.

„Einwohnerschwund und Kosten der Versorgung mit öffentlichen Leistungen: Das Beispiel Trinkwasser/Abwasser in Halle.“ Vortrag im Rahmen der Beigeordnetenkonferenz im Stadthaus Halle. 22. Juni 2004, Halle.

„Decreasing Population and Rising Costs of Providing Water and Sewage Treatment: A Case Study.“ Vortrag im Rahmen des 44. Kongress der European Regional Science Association (ERSA) zum Thema ‚Regions and Fiscal Federalism.‘ 25. bis 29. August 2004, Porto.

Heimpold, Gerhard: „Grenzüberschreitende Regionsbildung als Chance für wirtschaftliches Wachstum.“ Vortrag anlässlich der 5. Sitzung der AG ‚Chancen der EU-Osterweiterung für Ostdeutschland‘

der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL).
29. April 2004, Berlin.

„Von der Halbkreissituation zum Kooperationsraum? Wirtschaftliche Situation und Entwicklungsperspektiven in den Regionen entlang der östlichen Außengrenzen Deutschlands.“ Vortrag anlässlich der Auftaktveranstaltung zum Aufbau eines Gesprächskreises Deutsch-Polnischer Jungunternehmer, Industrie- und Handelskammer zu Neubrandenburg. 17. November 2004, Neubrandenburg.

Kawka, Rupert: „Regional Development along the Former Inner-German Border – Seen by the New Economic Geography.“ Association of Borderlands Studies 2004 European Conference ‘Borders in a New Europe: Between History and New Challenges.’ 15. bis 19. September 2004, Graz.

Lindner, Axel: „The Mechanics of a Reasonably Fitted Quarterly New Keynesian Macro Model.“ Korreferat zum Vortrag von Eric Mayer (Universität Würzburg): „Geldtheorie, Geldpolitik und Finanzmärkte“, 2. Hallescher Workshop „Geldtheorie, Geldpolitik und Finanzmärkte.“ 12. und 13. Februar 2004, Halle.

„Does Transparency of Central Banks produce Multiple Equilibria on Currency Markets?“ Vortrag vor der ESEM. 22. August 2004, Madrid.

„Zinsen und Konjunktur in Deutschland. Empirische Evidenz auf Basis eines VAR Modells.“ Korreferat zum Vortrag von Boris Hofmann (Deutsche Bundesbank): Gemeinsamer Workshop des IWH und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB): „Determinanten der Beschäftigung – die makroökonomische Sicht.“ 15. und 16. November 2004, Halle.

Loose, Brigitte zusammen mit Ludwig, Udo: „Betriebliche Flexibilität der Industrie im Ost-West-Vergleich.“ Vortrag beim Forschungstreffen des IAB im Sozialministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern. 15. Juni 2004, Schwerin.

Ludwig, Udo: „Mut zur Wahrheit – Einsichten und Aussichten der ostdeutschen Wirtschaft.“ Vortrag auf der wirtschaftlichen Fachtagung des Bildungszentrums Schloss Wendgräben der Konrad-

Adenauer-Stiftung e. V. und dem Bund Katholischer Unternehmer (BKU) zur Thematik „Was hindert mich daran, erfolgreich Unternehmer zu sein?“ 6. Februar 2004, Wendgraben.

„Konjunkturperspektiven der deutschen Wirtschaft und die Lage in den neuen Bundesländern.“ Vortrag auf dem Kolloquium beim BDA-Ausschuss Volkswirtschaftliche Fragen. 4. Mai 2004, Berlin.

„Ostdeutsche Wirtschaftstransformation: ein Lernbeispiel für Russland?“ Vortrag auf dem Seminar im Konferenzzentrum Brühl der Bundeszentrale für politische Bildung. 6. und 7. Mai 2004, Brühl.

„Data and Methods of Forecast“ und „Step-by-Step Analytical approach augmented by Iterations.“ Vorträge auf dem Seminar mit Kolleginnen aus dem Finanzministerium Litauens (Vilnius), organisiert vom BMWA. 8. Juni 2004, Halle.

„Zusammenbruch und Transformation – von der Plan- zur Marktwirtschaft.“ Vortrag auf dem Workshop „Wir sind das Volk.“ 29. Oktober 2004, Magdeburg.

„Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2004.“ Vortrag über die Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2004 an der Universität Leipzig. 12. November 2004, Leipzig.

Zusammen mit Wörsdorfer, Julia Sophie: „Der Einfluss der Medien-Berichterstattung auf den privaten Verbrauch. Empirische Ergebnisse für Deutschland 1995-2002.“ Vortrag auf der 5. Internationalen Agenda Setting Konferenz (Economics-Workshop) des „Medien Tenor.“ 22. bis 24. September 2004, Bonn.

Pohl, Rüdiger: „Nach der Reform ist vor der Reform. Was Deutschland zur Erneuerung der Wirtschaft noch tun muss.“ Vortrag auf der 11. Domizila. 15. Januar 2004, Neubrandenburg.

Ragnitz, Joachim: „Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf Wirtschaftsstruktur und Wachstum im Freistaat Sachsen.“ Vortrag anlässlich einer Klausurtagung der Sächsischen Staatskanzlei. 6. Februar 2004, Dresden.

„German Unification Revisited: The Restitution of Nationalized Properties.“ Vortrag anlässlich einer Konferenz zur Wiedervereinigung Zyperns am Goethe-Zentrum Nikosia, Zypern. 28. Februar 2004, Nikosia.

„Evaluation von Maßnahmen der Wirtschaftsförderung am Beispiel der Investitionsförderung in Ostdeutschland.“ Vortrag am DIW Berlin. 24. März 2004, Berlin.

„Konsequenzen der demographischen Entwicklung in Sachsen für die Wirtschaftspolitik.“ Beitrag anlässlich des „Demographie-Gipfels Sachsen.“ 21. April 2004, Dresden.

„Ostdeutschland im Schatten der EU-Erweiterung.“ Vortrag anlässlich einer IWH-Konferenz zum Thema EU-Osterweiterung. 23. April 2004, Halle.

„Neue Wege beim Aufbau Ost.“ Vortrag vor dem Forum Wirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung. 23. April 2004, Potsdam.

„Förderung von Clustern und Wachstumspolen.“ Vortrag im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. 10. Mai 2004, Berlin.

„Notwendige Neuorientierungen der Wirtschaftspolitik in Ostdeutschland.“ Vortrag beim Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. 28. Mai 2004, Nürnberg.

„Konzentration der Fördermittel auf Wachstumspole/Cluster?“ Vortrag anlässlich der KfW-Tagung „Wirtschaftsförderung für Ostdeutschland: Ist eine Neuausrichtung erforderlich.“ 22. Juni 2004, Berlin.

„Perspektiven der ostdeutschen Wirtschaft.“ Vortrag in der Reihe „Potsdamer Gespräch.“ 15. September 2004, Potsdam.

„Die Produktivität ostdeutscher Unternehmen im Vergleich zu anderen Standorten.“ Vortrag anlässlich einer Beiratssitzung des International Investment Council. 29. September 2004, Halle.

„Voraussetzungen und Möglichkeiten einer Stärkung der Innovationskraft Ostdeutschlands.“ Vortrag anlässlich eines Workshops der Konrad-Adenauer-Stiftung. 13. Oktober 2004, Berlin.

„Der gegenwärtige Stand des Aufholprozesses in den neuen Ländern.“ Vortrag anlässlich der Konferenz „Neujustierung Aufbau Ost“ des Staatswissenschaftlichen Forums. 14. Oktober 2004, Erfurt.

„Die deutsche Einheit aus ordnungspolitischer Perspektive.“ Vortrag anlässlich der Tagung „Modell Deutschland? – Ordnungspolitische Orientierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Ungarn“. 21. Oktober 2004, Budapest.

„Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf Ostdeutschland.“ Vortrag anlässlich des KfW-Forums „EU-Osterweiterung – Chance oder Risiko für die deutsche Wirtschaft?“ 3. November 2004, Berlin.

„Reformbedarf in der Förderung des Aufbau Ost – Konzentration der Unternehmensförderung und Neugestaltung des Solidarpakts II.“ Vortrag anlässlich der Konferenz „Wirtschaftliche Perspektiven der östlichen Bundesländer.“ 10. November 2004, Berlin.

„Passt das Konvergenzinstrumentarium der EU für den Aufholprozess der neuen Mitgliedsländer aus MOE?“ Vortrag anlässlich des 18. Weltwirtschaftsseminars an der Universität Leipzig, „Die mittel- und osteuropäischen EU-Mitglieder im wirtschaftlichen Aufholprozess: Strategien, Erfahrungen und Rahmenbedingungen nach dem EU-Beitritt.“ 19. November 2004, Leipzig.

„Muss der Solidarpakt II angepasst werden?“ Vortrag anlässlich eines Workshops von IWH und TU Dresden zu Reformmöglichkeiten des Solidarpakts II. 25. November 2004, Halle.

„Aktuelle Reformansätze – Motor für den Arbeitsmarkt in den neuen Ländern?“ Vortrag in der Reihe der Oppurger Gespräche. 29. November 2004, Schloß Oppurg.

„Wirtschaftliche Perspektiven Ostdeutschlands bis 2015.“ Vortrag anlässlich des Zukunftsgesprächs des Instituts für Zukunftsstudien und Technologiebewertung. 30. November 2004, Berlin.

„Ist der Osten noch zu retten? Strukturwandel und demographische Folgen.“ Vortrag an der Universität Bayreuth, 8. Dezember 2004, Bayreuth.

Reinowski, Eva: „Evaluation of Further Training Programmes with an Optimal Matching Algorithm.“ Vortrag an der London School of Economics (LSE). 23. und 24. April 2004, London.

„Evaluation of Further Training Programmes with an Optimal Matching Algorithm.“ Vortrag und Posterpräsentation auf dem 19th Annual Meeting of the European Economic Association. 20. bis 24. August, Madrid.

Rosenfeld, Martin T. W.: „Wirtschaftspotentiale für Unternehmen im südlichen Sachsen-Anhalt: Wo liegen die Stärken und Schwächen der Region?“ Vortrag im Rahmen der Berufsfindungs-Messe „Chance 2004.“ 4. März 2004, Halle.

„Politische Implikationen der IWH-Studie zu den regionalen Effekten von Wissenschaftseinrichtungen für das Land Sachsen-Anhalt – und darüber hinaus.“ Vortrag im Rahmen des IWH-Workshops „Innovations- und Wachstumsimpulse von Hochschulen und Forschungseinrichtungen für wirtschaftlich aufholende Regionen.“ 16. April 2004, Halle.

„Welche Rolle hat ein Grundzentrum aus ökonomischer Sicht?“ Eingangsstatement im Rahmen der 10. Thüringer Regionalplanertagung. 22. April 2004, Arnstadt.

„Konsequenzen der EU-Erweiterung für die regionale Wirtschaftsstruktur und die regionale Wirtschaftspolitik in Thüringen.“ Vortrag im Rahmen der Tagung „EU-Osterweiterung – Chancen für die Wirtschaft Thüringens.“ 23. April 2004, Erfurt.

„Vorschläge zur Gebietsneugliederung im Raum Halle.“ Vortrag bei der Halleschen Montagsgesellschaft. 3. Mai 2004, Halle.

„Wie wichtig sind Wissenschaftseinrichtungen für die regionale Wirtschaft?“ Vortrag im Innovationsökonomischen Forschungskolloquium der TU Bergakademie Freiberg. 5. Mai 2004, Freiberg.

„Evaluierung der Landesförderpolitik in Sachsen-Anhalt und Vorschläge zur Reform.“ Vortrag im Rahmen einer Sonderkabinettsitzung der Landesregierung von Sachsen-Anhalt. 1. Juni 2004, Magdeburg.

„Regional vs. National Benefits of Public Research Units and the Allocation of Competences Between Different Levels of Government.“ Vortrag auf dem 60th Congress des International Institute for Public Finance (IIPF). 23. August 2004, Milano.

„Private Production of Local Public Services: Is there an Efficient Way to Secure Service Quality?“ Vortrag auf dem 60th Congress des International Institute for Public Finance (IIPF). 25. August 2004, Milano.

„Bestandsaufnahme und Bewertung der regionalen Strukturpolitik in den Neuen Bundesländern.“ Vortrag auf der Regionalwissenschaftlichen Konferenz des Regionalforums Mitteldeutschland. 20. September 2004, Halle.

„‘Leuchttürme’ und Problemfälle der Regionalentwicklung in Ostdeutschland – Stand, Tendenzen und regionalpolitische Implikationen.“ Vortrag im Rahmen der Sitzung des Ausschusses für

Regionaltheorie und Regionalpolitik des Vereins für Socialpolitik. 8. Oktober 2004, Kiel.

„Ökonomische Entwicklungskerne in den ostdeutschen Regionen: Gegenwärtiger Stand und Ansatzpunkte für die Regionalpolitik.“ Vortrag im Rahmen der Tagung „Aktuelle Entwicklungstendenzen und Einflussfaktoren der räumlichen Entwicklung“ des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR). 6. Dezember 2004, Bonn.

Roth, Diana: „Wie wichtig ist das Vorhandensein von Wissenschaftseinrichtungen für die Unternehmen in ihrer Standortregion? Zur Bedeutung von räumlicher Nähe für das Zustandekommen und die Intensität von Wissenstransfers am Beispiel der Region Halle.“ Vortrag im Rahmen des IWH-Workshops ‚Innovations- und Wachstumsimpulse von Hochschulen und Forschungseinrichtungen für wirtschaftlich aufholende Regionen.‘ 16. April 2004, Halle.

„The Impact of Public Research Units on Regional Innovation Processes and Regional Economic Development: A Case study on the Role of Distance for Knowledge Transfers.“ Vortrag im Rahmen des 44. Kongresses der European Regional Science Association (ERSA) zum Thema ‚Regions and Fiscal Federalism‘ an der Fakultät für Ökonomie an der Universität Porto. 27. August 2004, Porto.

Schultz, Birgit: „Evaluation of Further Training Programmes with an Optimal Matching Algorithm.“ Vortrag auf der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik. 1. Oktober 2004, Dresden.

Stephan, Johannes: Kommentar zu „Acceding Countries on the Road to EMU: Introducing the Euro in Two Waves?“ an der Freien Universität Berlin. 5. und 6. März 2004, Berlin.

„What can we Infer from Sectoral Structures in Terms of Future Prospects of Productivity Catch-up in Central East European Countries?“ und

„Firm-specific Determinants and Strategic Management in Comparative Analysis of East and West Germany, Poland, the Czech Republic, and Hungary.“ Vorträge an der Kopint-Datorg Foundation for Economic Research. 29. und 30. Mai 2004, Budapest.

„Merger Control and Competition Policy in Central East Europe in view of EU Accession“ und

„Firm-Specific Determinants of Productivity Gaps between East and West German Industrial Branches.“ Vorträge an der VSE, University of Economics, Department of Econometrics. 19. bis 22. Juni 2004, Prag.

„The Potentials for Technology Transfer and Spill-over Effects to Host Economies in Central East Europe – Results of a Field Study.“ Vortrag an der Kopenhagen Business School. 27. August 2004, Kopenhagen.

„Panel: „Technology Transfer, Foreign Direct Investment Enterprise Development, and Productivity Growth in CEECs“ mit 3 papers.“ Vortrag an der EACES, Universität Belgrad. 24. September 2004, Belgrad.

„Technology Transfer in Central East Europe: The Relationship between FDI Parent and Subsidiary.“ Vortrag auf der 58th International Atlantic Economic Conference in Chicago. 7. bis 10. Oktober 2004, Chicago.

„Sectoral Structures, Industrial Specialisation and the Productivity Gap between East and West Europe: an Econometric Study.“ Gastvortrag im Economics Club, Fogelman College, University of Memphis. 8. Oktober 2004, Memphis.

„Conditions of Economic Catch-up Development in CEECs.“ Vortrag an der University of Memphis, Fogelman College. 14. Oktober 2004, Memphis.

Wörsdorfer, Sophie, zusammen mit Ludwig, Udo: „Der Einfluss der Medien-Berichterstattung auf den privaten Verbrauch. Empirische Ergebnisse für Deutschland 1995-2002.“ Vortrag auf der 5. Internationalen Agenda Setting Konferenz (Economics-Workshop) des „Medien Tenor.“ 22. bis 24. September 2004, Bonn.

Wissenschaftliche Beratung, Mitarbeit in Organisationen

Auch im vergangenen Jahr haben Wissenschaftler des Instituts in nationalen und internationalen Gremien und Organisationen aktiv mitgewirkt. Eine Auswahl wird im Folgenden dokumentiert.

Blum, Ulrich: Gutachtertätigkeit für die Fritz Thyssen Stiftung.

Gutachtertätigkeit für die Annals of Regional Science (Springer-Verlag).

Brautzsch, Hans-Ulrich vertritt das IWH im Fachausschuss Erwerbstätigenstatistik beim Statistischen Bundesamt.

Buscher, Herbert S.: Gutachtertätigkeit für das Allgemeine Statistische Archiv, Zentralblatt für Mathematik, Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Applied Econometrics.

Podiumsdiskussion über die Arbeitslosenquoten des Stat. Bundesamtes und Bundesagentur für Arbeit auf der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik am 29. September 2004 in Dresden.

Deuverden, Kristina, van: Mitglied im Arbeitskreis Steuerschätzungen beim BMF.

Franz, Peter: Mitglied im Steuerkreis des interdisziplinären BMBF-Forschungsprojekts „Effiziente Transportketten in Entsorgungnetzwerken modular und umweltgerecht gestalten“ (ETIENNE).

Heimpold, Gerhard zusammen mit Kawka, Rupert: Mitarbeit in der Arbeitsgruppe „Chancen der EU-Osterweiterung für Ostdeutschland“ der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Hannover (Leiter der Arbeitsgruppe: Prof. Dr. Stefan Krätke, Frankfurt (Oder)).

Gabrisch, Hubert: Mitglied im Executive Board der European Association for Comparative Economic Studies (EACES).

Mitglied des Board of Editors der Zeitschrift „International Advances in Economic Research“.

Günther, Jutta: Europäische Kommission – Gutachterin von Projektanträgen im 6. Forschungsrahmenprogramm der EU.

INTAS (International Association for Promoting Scientific Cooperation with the New Independent States of the Former Soviet Union) – Gutachterin von Projektanträgen.

Kawka, Rupert: Arbeitsgruppe der Akademie für Raumforschung und Landesplanung zu Chancen der EU-Osterweiterung für Ostdeutschland (mit GHP).

Loose, Brigitte vertritt das IWH im Arbeitskreis Bau- und Wohnungsbau-prognostik.

Ludwig, Udo nahm für das IWH an der Anhörung der Wirtschaftsforschungsinstitute im Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Arbeit zur Gemeinschaftsdiagnose teil. Er vertritt zudem das Institut im gemeinsamen Gesprächskreis der Mitgliederinstitute der ARGE und des Statistischen Bundesamtes sowie im Arbeitskreis Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bei der Bundesagentur für Arbeit. Dort ist er zugleich Mitglied der Fragebogengruppe. Außerdem führt er, zusammen mit Bärbel Laschke und Brigitte Loose, regelmäßig Konjunkturgespräche mit der Geschäftsleitung der IHK Halle-Dessau.

Ragnitz, Joachim: Mitglied und stellvertretender Vorsitzende des Wirtschaftsbeirats des Thüringischen Ministerpräsidenten, Erfurt.

Mitglied einer Arbeitsgruppe des CDU-Wirtschaftsrats zum Thema EU-Osterweiterung; darüber hinaus arbeitete er in verschiedenen Beratungsgremien u. a. beim BMVBW, bei der sächsischen Staatskanzlei und bei der Botschaft der VR China mit. Er vertritt das IWH im Round Table Mittelstand bei der KfW. Als Sprecher des Kollegiums des IWH wirkte er bei der Auswahl eines neuen IWH-Präsidenten mit.

Gutachtertätigkeit für die Zeitschriften „Schmollers Jahrbuch“ und „Journal of Economic History“ sowie für die Fritz Thyssen Stiftung.

Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Wernigerode AG.

Expertise für den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zum Thema „Reformbedarf in der Wirtschaftspolitik des Aufbau Ost“.

Rosenfeld, Martin T. W.: Leiter der Landesarbeitsgemeinschaft Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen in der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Hannover.

Mitglied im Beirat des Forschungsprojekts „Bedeutung von Hochschulen und öffentlichen Forschungseinrichtungen für die Regionalentwicklung“ der TU Bergakademie Freiberg (Lehrstuhl Prof. Dr. Michael Fritsch) und der Hans-Böckler-Stiftung.

Mitglied der Arbeitsgruppe „Räumliche Auswirkungen des demographischen Wandels“ (Leitung: Prof. Dr. Paul Gans, Universität Mannheim) der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Hannover.

Mitarbeit im Arbeitskreis „Neubau von Städten und Regionen“ der Landesarbeitsgemeinschaft Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Hannover (Leiter des Arbeitskreises: Prof. Dr. Peter Sedlacek, Jena).

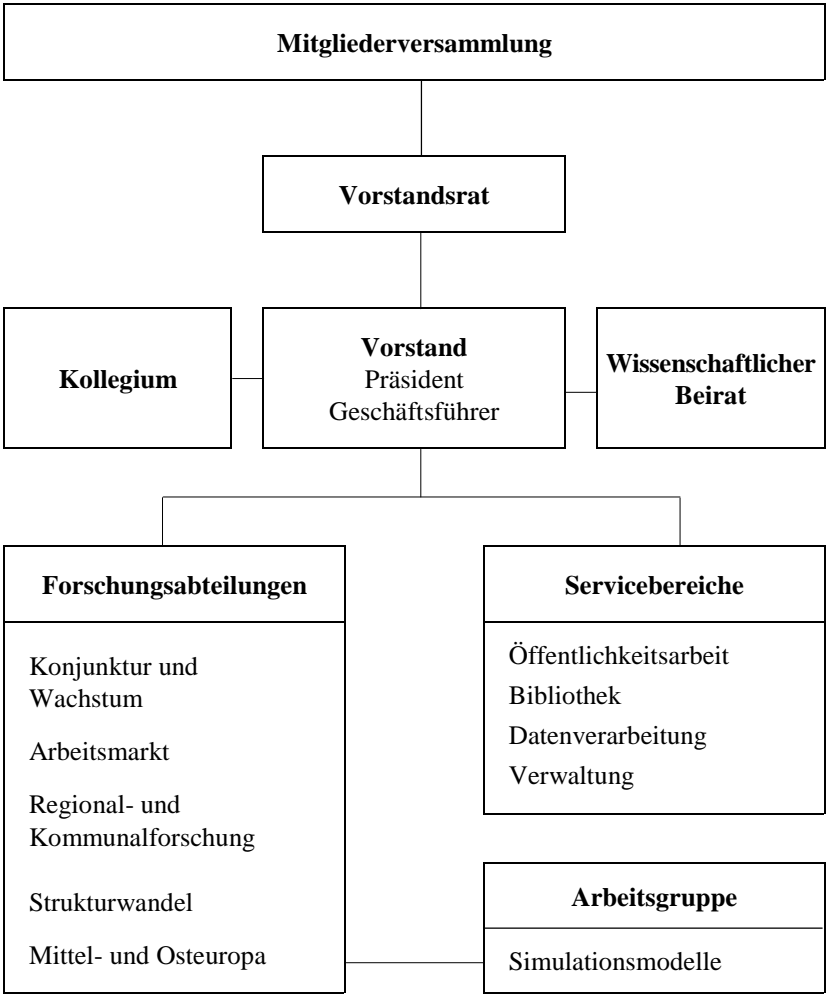
Gutachter für die Zeitschrift Raumforschung und Raumordnung sowie für das Jahrbuch für Regionalwissenschaft.

Zusammen mit Heimpold, Gerhard: Expertentätigkeit im Rahmen des EU-Projektes ESPON 3.2 „Spatial Scenarios and Orientations in Relation to the ESDP and Cohesion Policy“.

Stephan, Johannes leitete ein von ihm organisiertes Panel über „Technology Transfer, Foreign Direct Investment Enterprise Development, and Productivity Growth in CEECs“ auf der 8. Konferenz der European Association of Comparative Economic Studies (EACES) in Belgrad (23. bis 26. September). Er präsentierte auf dieser Konferenz außerdem eine Studie über „The Potential for Technology Transfer via Foreign Direct Investment in Central East Europe – Results of a Field Study“ (Coautorenschaft mit Judith Hamar, Budapest).

Organisation des IWH

Organisationsstruktur des IWH



Mitglieder des Vereins

Dr. Rainer J. Abbenseth
Esso Deutschland GmbH

Dr. Christoph Bergner
Mitglied des Deutschen Bundestages

Rudolf Bohn
Staatssekretär im Ministerium für
Wirtschaft und Arbeit des Landes
Sachsen-Anhalt

Dr. Manfred Caspari

Hans Dietrich Genscher

Hans-Günter Goedecke

Dr. Jens Holger Göttner

Hans-R. Günther
Institut für Marktforschung Leipzig

Dr. Werner Hannemann
Datenverarbeitungszentrum Halle

Jörg Henning
Stadtwerke Halle

Rudolf D. Keller
Bayerische Vereinsbank AG

Dr. Wilfried Knaebel

Norbert Labuschke
Baugruppe Köhler

*Professor Dr.-Ing.
Wolfgang Lukas*
Technologie-und Gründerzentrum
Halle GmbH

Manfred Maas
Direktor der Investitionsbank
Sachsen-Anhalt
Vorsitzender der
Mitgliederversammlung

Dr. Klaus Peter Rauen
Oberbürgermeister der Stadt Halle a. D.

Ernst-Helmut Rost
Unternehmensberater, Personaltrainer

Professor Dr. Norbert Simon
Duncker & Humblot GmbH

Dietrich von Stein-Lausnitz
Rechtsanwalt

Dr. Jürgen Weißbach

Heinrich Weitz
Hauptverband der deutschen
Bauindustrie

Dr. sc. Konrad Wetzker

Bernd Wunderlich
Deutsche Bank AG

DEBRIV
Gert Rückert

Deutsche Bank AG
Edgar Most bis 27.10.2004
Gabriele Meloch ab 28.10.2004

Dow Olefinverbund GmbH
Dr. Evelyn Meerbote

Druckhaus Schütze GmbH
Peter Schütze

*envia Mitteldeutsche
Energie AG*
Dr. Friedrich-Josef Glatzel

GP Günter Papenburg AG
Klaus Papenburg

IHK Halle-Dessau
Professor Dr. Peter Heimann

Kreditanstalt für Wiederaufbau
Dr. Norbert Irsch

*Mitteldeutsches Druck- und
Verlagshaus GmbH & Co. KG*
Heinz Kiegeland

Norddeutsche Landesbank
Professor Dr. Sonning Bredemeier

Sal. Oppenheim jr. & Cie. KgaA
Norbert Braems

Siemens AG
Professor Dr. Bernd Stecher

Stadt Halle
Ingrid Häußler

*Verband der Chemischen
Industrie*
Rolf Siegert

Vorstandsrat

Manfred Maas
Vorsitzender des Vorstandsrates
Direktor der Investitionsbank
Sachsen-Anhalt

Dr. Matthias Schürgers
Stellvertreter des Vorsitzenden
des Vorstandsrates
Ministerialdirektor
im Bundesministerium
für Wirtschaft und Arbeit

Rudolf Bohn
Staatssekretär im Ministerium für
Wirtschaft und Arbeit des Landes
Sachsen-Anhalt

Marion Fischer
Landtag Sachsen-Anhalt

Dr. Gerhard Gröbner
bis 30.8.2004
Ministerialdirigent
im Bundesministerium
für Wirtschaft und Arbeit

Volker Halsch
Staatssekretär im
Bundesministerium der Finanzen

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin
der Stadt Halle

*Professor Dr.
Peter Heimann*
Hauptgeschäftsführer der IHK
Halle-Dessau

Edgar Most bis 27.10.2004
Gabriele Meloch ab 28.10.2004
Direktor der Deutschen Bank AG

Dr. Klaus Peter Rauhen
Oberbürgermeister
der Stadt Halle a. D.

Wolfgang Roth
Vizepräsident der Europäischen
Investitionsbank Luxemburg

*Professor Dr.
Gunter Steinmann*
Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre,
insbesondere Wachstum und
Konjunktur an der
Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg

Dr. Manfred Wegner
Gründungspräsident des IWH

Dr. Joachim Ragnitz
Sprecher des Kollegiums des IWH

Martina Kämpfe
Vorsitzende des Betriebsrates
des IWH

Wissenschaftlicher Beirat

Professor Dr.
Heinz Peter Galler
Vorsitzender des
Wissenschaftlichen Beirates
des IWH
Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg

Professor Dr.
Michael C. Burda
Humboldt-Universität zu Berlin

Professor Dr.
Juergen B. Donges
Universität zu Köln

Professor Dr.
Bernhard Felderer
Institut für Höhere Studien Wien

Professor Dr.
Jürgen von Hagen
Zentrum für Europäische
Integrationsforschung (ZEI)
Rheinische Friedrich-Wilhelms-
Universität Bonn

Professor Dr.
Karl-Heinz Paqué
Minister der Finanzen
des Landes Sachsen-Anhalt

Professor Dr.
Horst M. Schellhaaß
Universität zu Köln

Vorstand

Professor Dr. Dr. h.c. Rüdiger Pohl
bis 23.6.2004
Präsident

Professor Dr. Udo Ludwig
vom 24.6.2004 bis 31.10.2004
Stellvertreter des Präsidenten

Professor Dr. Ulrich Blum
ab 1.11.2004
Präsident

Frowin Gensch
Geschäftsführer